

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

EDEN-Initiative bekämpft Malaria im Indo-Pazifik

Am 6. Mai fand in Port Moresby, der Hauptstadt von Papua-Neuguinea, die erste regionale Koordinierungssitzung der EDEN-Initiative statt. EDEN ist die Abkürzung für *“Eliminating Malaria and Other Vector-Borne Diseases through Enhanced Regional Partnerships”*.

Diese Initiative wurde während des 8. Asien-Pazifik-Gipfels der Staats- und Regierungschefs im Jahr 2024 beschlossen, um Malaria im zentralen Indo-Pazifik zu eliminieren.

Zu der Initiative haben sich die Gesundheitsministerien der folgenden Pazifikstaaten zusammengetan: Indonesien, Papua-Neuguinea, die Salomonen, Timor-Leste und Vanuatu. In den Regionen Südostasien und Westpazifik konzentrieren sich nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 75 % der Malariafälle auf diese fünf Länder.

Der Gesundheitsminister von Papua-Neuguinea, Elias Kapavore, hatte seine Kolleg*innen nach Port Moresby eingeladen, um gemeinsame Prioritäten festzulegen und die Bemühungen um einen malariafreien Zentral-Indopazifik zu beschleunigen. Kapavore sagte, die Bekämpfung der Malaria sei einer der Schwerpunkte des Gesundheitsministeriums. *„Unser Land hat eine der höchsten Malaria-Raten im westlichen Pazifik mit fast einer Million gemeldeter Fälle pro Jahr. Papua-Neuguinea engagiert sich weiterhin für die EDEN-Initiative“*, so der Minister.

Im Mittelpunkt der Tagung standen die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels auf die Malariaübertragung. Temperaturschwankungen, Niederschläge und Wetterextreme haben die Entwicklung von Parasiten und Stechmücken beschleunigt, die Aktivität dieser Mücken und die Bissraten erhöht und die Brutstätten vergrößert.

Die Sitzungsteilnehmenden kamen zu dem Schluss, dass der zentrale Indopazifik mit steigenden klimabedingten Risiken konfrontiert ist, die die Übertragungsmuster verändern und die Gesundheitssysteme überfordern - und damit mehr Menschen in Gefahr bringen.

Auf der Sitzung wurden vier transformative Ansätze beschlossen:

- (1) Ein auf die einzelnen Länder zugeschnittenes Programm wird PNG, den Salomonen und Vanuatu helfen, kontextspezifische, kosteneffiziente Strategien zur Bekämpfung der Malaria umzusetzen.
- (2) Der Aufbau eines starken regionalen Netzwerks von Laboratorien und Unterstützungssystemen soll die Diagnostik, Überwachung und schnelle Reaktion verbessern.
- (3) Eine grenzüberschreitende Plattform für den Datenaustausch wird die Früherkennung, koordinierte Reaktionen und ein besseres Management von importierten Fällen unterstützen.
- (4) Skalierbare Demonstrationsprojekte werden in ausgewählten Gebieten mit hoher und niedriger Belastung in jedem Land

gestartet.

In Gebieten mit hoher Malaria-Belastung werden diese Projekte Gesundheitspersonal in den lokalen Gemeinden, Management von Larvenquellen, Vektorkontrolle und verbesserte Überwachung einbeziehen, um die Diagnose zu verbessern und Parasitenreservoirs zu reduzieren. In Gebieten mit geringer Endemie liegt der Schwerpunkt auf sensibler Überwachung, schneller Eindämmung und der Verhinderung einer erneuten Ausbreitung.

Hintergrund: Die EDEN-Initiative zielt darauf ab, in der gesamten Region - von Sabang in Indonesien bis Tafea in Vanuatu - durch innovative Lösungen, die die Gesundheitssicherheit in der Region stärken und wirtschaftliche Vorteile für die Gemeinschaften bringen, Fortschritte bei der Malaria-Eliminierung zu erzielen.

Die Gesundheitsminister der fünf EDEN-Länder wollen die Initiative auf dem 9. Asien-Pazifik-Gipfel der Staats- und Regierungschefs zur Beseitigung von Malaria, der am 16. und 17. Juni 2025 in Indonesien stattfindet, weiter vorantreiben. (<https://www.aplma.org/>, PNG Business News 21.05.25)

EU-Zuschüsse sollen Frauen stärken

Anlässlich des Internationalen Frauentags im März 2025 hat die Europäische Union (EU) zwei neue Verträge über Zuschüsse zur Förderung der Menschenrechte unterzeichnet. Mit den Geldern sollen vor allem Frauen in Papua-Neuguinea (PNG) wirtschaftlich unterstützt werden.

Die Initiative steht im Einklang mit dem Jahresthema der

Vereinten Nationen „Für ALLE Frauen und Mädchen: Rechte. Gleichberechtigung. Empowerment“, das darauf abzielt, die Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter zu beschleunigen. Der EU-Fahrplan für die Rechte der Frau dient als strategischer Rahmen für die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, den Schutz der Rechte von Frauen und Mädchen und die Schaffung von Chancengleichheit in allen Bereichen der Gesellschaft.

Im Rahmen dieses Engagements finanziert die EU ausschließlich zivilgesellschaftliche Organisationen in PNG, um Menschenrechte und Demokratie voranzutreiben, die wirtschaftliche Teilhabe zu verbessern und politische Veränderungen zu unterstützen, die die Gleichstellung fördern.

In Papua-Neuguinea hatten sich mehrere Organisationen um die Zuschüsse beworben, letztendlich ausgewählt wurden diese beiden:

1.) World Vision PNG: Das Projekt mit dem Titel „Sapotim Strongplameri: Empowering AROB Women in Business“ erhält einen Zuschuss von 3,5 Mio. Kina (818.750 Euro) und wird 150 Unternehmerinnen in Bougainville unterstützen, indem es ihre Fähigkeiten, ihr Wissen und ihren Zugang zu Marktsystemen verbessert.

2.) Specialty Coffee Association of PNG: Dieses Projekt, für das ebenfalls 3,5 Mio. Kina bereitgestellt werden, wird Frauen und Mädchen im Kaffeesektor im Südlichen Hochland unterstützen, unternehmerische Schulungen, Finanzdienstleistungen und die Entwicklung von Führungsqualitäten anbieten. (PNG Business News 17.03.25)

AusAID springt ein

Tonga und die Föderierten Staaten von Mikronesien werden in diesem Jahr einen deutlichen Anstieg der australischen Auslandshilfe verzeichnen. Analysten zufolge gibt es einige Anzeichen dafür, dass Canberra einspringt, um die Lücke zu füllen, die das Einfrieren der Auslandshilfe durch die staatliche US-amerikanische Entwicklungshilfeorganisation *USAID* hinterlassen hat.

Insgesamt hat Australien in seinem Haushaltsplan für 2025-26 5,1 Mrd. AUD (3,2 Mrd. USD) für die Auslandshilfe angekündigt, was einer Steigerung von 2,7 % gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Den pazifischen Inselstaaten wurden 2,157 Mrd. AUD zugewiesen, gegenüber 2,05 Mrd. AUD für das Haushaltsjahr 2024-25, wie aus den Haushaltsunterlagen hervorgeht.

Auf Ozeanien entfallen nun rund 42 % der australischen Hilfe, was gegenüber dem Vorjahr fast eine Verdoppelung bedeutet und Australien zum größten Geber im Pazifikraum macht, vermutlich auch als Reaktion auf das Vordringen Chinas in der Region.

Im pazifischen Raum sind die größten Aufstockungen der Hilfe für die Föderierten Staaten von Mikronesien und Tonga vorgesehen, wobei letzteres in den nächsten vier Jahren 85 Millionen AUD zur Unterstützung seiner schwachen Wirtschaft erhalten wird.

Die kleine und schwache Wirtschaft Tongas steht unter Druck, da sich die Rückzahlung von Schulden an China in Höhe von 120 Millionen US-Dollar

abzeichnet, eine Summe, die etwa einem Viertel der Bruttoinlandswirtschaft des Landes entspricht, so eine Analyse des *Lowy Institute*.

Die Hilfe für Tonga ist Teil eines umfassenderen Budgethilfepaketes in Höhe von 296 Millionen AUD für die pazifischen Inselstaaten, um die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit zu stärken. Darüber hinaus werden über vier Jahre insgesamt 355 Mio. AUD für Projekte zur Stärkung der Klimaresilienz in pazifischen und südostasiatischen Ländern bereitgestellt.

Australien wird über einen Zeitraum von drei Jahren rund 81 Millionen australische Dollar für das Gesundheitswesen im Pazifik und in Südostasien ausgeben, um die Dienste für HIV und Tuberkulose, die Gesundheit von Müttern und Kindern, die Familienplanung sowie die sexuelle und reproduktive Gesundheit fortzusetzen.

(Benar News 26.03.25,
<https://www.rfa.org/english/pacific/2025/03/27/australia-foreign-aid/>)

Megaprojekt „Digitaler Staat Tuvalu“

Die Elbphilharmonie, Stuttgart 21 oder der Berliner Flughafen BER sind vermutlich die bekanntesten deutschen Bauprojekte der letzten Jahre. Was sie – wie auch viele andere Bauvorhaben – gemeinsam haben: Die Baukosten überschreiten die Prognosen bei Weitem. In anderen Ländern der Welt nehmen Bauvisionen ganz andere Größendimensionen an. In Ägypten beispielsweise wird seit einigen Jahren eine riesige Planstadt gebaut, die in der Zukunft Platz für 8,5 Millionen Einwohner*innen bieten soll. Die

Stadt, die etwa 50 km östlich von Kairo liegt, hat bis jetzt noch keinen Namen und nur einige Zehntausende Einwohner. Die neue Vorzeigestadt Ägyptens ist noch größtenteils leer. Bis jetzt sind nur einige Zehntausende Leute und die Regierung aus der infrastrukturell überlasteten Metropole Kairo mit seinen bis zu 25 Mio. Einwohnenden hierhin umgesiedelt.

Ein Megaprojekt aus Saudi-Arabien trägt den Namen „The Line“ und wird im Zuge der Bauoffensive des saudischen Premierministers und Kronprinzen Mohammed bin Salman verwirklicht. *The Line* soll ein 170 km langer Gebäudekomplex mit verspiegelten Außenfassaden werden, der bis 2040 ca. 9 Millionen Menschen ein modernes, komfortables Leben ermöglichen soll – und das mitten in der Wüste. Die ursprünglichen Pläne verzögern sich. So werden bis 2030 nur 2,4 Kilometer des 500 Meter hohen Riesengebäudes erwartet und eine Fertigstellung wäre nur noch bis 2080 denkbar. Ob man generell an dem ganzen Vorhaben festhält, ist auch fraglich, denn besagte Fertigstellung würde laut „*Wall Street Journal*“ Investitionen in Höhe von 8,8 Billionen USD (also 8800 Milliarden) erfordern. Diese Summe entspricht dem 25-fachen des Staatshaushalts von Saudi-Arabien.

Ein Megaprojekt aus dem Pazifik, das es in dieser Art sicher noch nicht gab, hat einen ernsten Hintergrund. Der Staat Tuvalu wird massiv von den Folgen des Klimawandels und dem steigenden Meeresspiegel getroffen. Die Inseln des Staates Tuvalu versinken zwar voraussichtlich nicht wirklich im Ozean (wie teilweise

angenommen), werden aber in den nächsten Jahren höchstwahrscheinlich unbewohnbar. Grund dafür ist beispielsweise die Zunahme von Extremwetterereignisse wie Zyklonen oder Sturmfluten; außerdem kann es durch Überschwemmungen zur Versalzung des Grundwassers kommen.

Aus diesem Anlass sollen sich Regierungsangebote und behördliche Dienstleistungen des 10.000-Einwohner*innen-Staates ins Internet – genauer in das Metaversum des Facebook Mutterkonzerns META – verlagern. 2021 hatte der damalige Außenminister von Tuvalu, Simon Kofe, eine medienwirksame Botschaft an die Delegierten der Klimakonferenz COP 26 in Glasgow geschickt, in welcher er andere Nationen zum Handeln gegen den Klimawandel aufrief. Ein Jahr später kündigte er dann Tuvalu als „*first digital nation*“ an. Geplant sind 3D-Scans der Inseln und wichtiger Orte, um diese im digitalen Raum für die Zukunft zu bewahren, Kooperationen mit anderen Staaten und Firmen, um alles problemlos umzusetzen und die Speicherung der Daten in einer Cloud. Der aktuelle Stand des Projekts scheint aber unklar. (Artikel von Noah Schmitz. <https://www.bbc.com/future/article/20241121-tuvalu-the-pacific-islands-creating-a-digital-nation-in-the-metaverse-due-to-climate-change>, BBC 11/24, https://de.wikipedia.org/wiki/The_Line_Saudi-Arabien)

Geringe politische Teilhabe von Frauen in Ozeanien

Die Leiterin des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für die Menschenrechte (OHCHR) für den pazifischen Raum, Heike Alefsen, hat kürzlich beklagt, dass die politische

Teilhabe von Frauen im Pazifikraum mangelhaft sei. Sie sagte: „*Wir haben Länder, in denen es keine weiblichen Parlamentarier und keine Frauen im Kabinett gibt. Zwei Länder haben einige reservierte Sitze im Parlament und ein paar Frauen im Kabinett, aber insgesamt ist der Prozentsatz im Vergleich zu den meisten anderen Regionen der Welt wirklich sehr niedrig.*“

Alefsen sprach bei der Feier anlässlich des 20-jährigen Bestehens des regionalen OHCHR-Büros in Suva (Fidschi) vor Vertreter*innen aus Politik und Zivilgesellschaft. In Fidschi beispielsweise hat sich die Zahl der weiblichen Abgeordneten seit 2020 von 10 auf 5 halbiert, bedauerte Alefsen. Sie riet den pazifischen Staaten, in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) auf eine 50:50-Parität der Geschlechter in ihren Regierungsgremien hinzuwirken. (RNZ Pacific 29.04.25)

Bessere Registrierung von Geburten und Todesfällen

Ein kürzlich von der *Pazifischen Gemeinschaft* (SPC) geleitetes und von der „*Bloomberg Philanthropies Data for Health Initiative*“ unterstütztes Programm für zivile Registrierung und Lebensstatistiken soll sicherstellen, dass alle Pazifikinsulaner*innen Zugang zu Dienstleistungen haben und länger und gesünder leben können.

Bloomberg Philanthropies unterstützt künftig die Arbeit der SPC im Bereich der zivilen Registrierung und der Vitalstatistiken im Rahmen seiner *Data for Health*

Initiative. Diese Initiative unterstützt Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen bei der Verbesserung der öffentlichen Gesundheitsdaten und der Nutzung von Daten für die politische Entscheidungsfindung. Im Rahmen der *Data for Health Initiative* wird das SPC seine Hilfen für die Länder ausweiten, indem es sein Personal aufstockt und mehr praktische Unterstützung leistet.

Vom Wahlrecht bis hin zu zuverlässigen Bevölkerungszählungen - die hohe Zahl der Geburten und Todesfälle, die im Pazifik bisher noch nicht oder nur unzureichend registriert werden, hat Auswirkungen auf Generationen, sowohl auf den Einzelnen als auch auf sein Land. Das soll sich jetzt mit der neuen Initiative zur Datenerfassung ändern.

Die Führung eines Bankkontos, die Einschulung der Kinder, die Teilnahme an Wahlen, die Beantragung eines Reisepasses - das tägliche Leben hängt davon ab, dass man die richtigen Papiere hat. Auf nationaler Ebene werden die am Lebensende gesammelten Informationen mit den Todesursachen abgeglichen, um die staatlichen Bemühungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit und der Bildung besser zu steuern.

Die Berichterstattung über die Todesursachen ist in den meisten pazifischen Ländern unzureichend. Fast alle Registrierungssysteme sind nach wie vor papiergestützt und es findet kaum ein digitaler Datenaustausch zwischen Regierungsstellen oder der gesamten Region statt.

Auf vielen Pazifikinseln arbeiten nur ein oder zwei Personen an der Erfassung von Geburten,

Adoptionen, Eheschließungen, Namensänderungen, Scheidungen und Sterbefällen und deren Weiterverwendung in offiziellen Statistiken wie Bevölkerungsschätzungen.

Das Versäumnis, eine Geburt offiziell zu registrieren, hat lebenslange Auswirkungen, sowohl auf individueller als auch auf staatlicher Ebene, erklärte Jeff Montgomery, Spezialist für zivile Registrierung und Vitalstatistiken in der Abteilung *Statistik für Entwicklung* der SPC und früherer neuseeländischer Generalregisterführer. *„Die zivilrechtliche Registrierung ist für die rechtliche Identität eines jeden Menschen von grundlegender Bedeutung“*, sagte Montgomery.

„Immer mehr Menschen im Pazifik werden in einem Land geboren und sterben in einem anderen“, erklärte Montgomery weiter. *„Wirtschaftliche und klimatische Faktoren werden in den kommenden Jahren wahrscheinlich zu weiteren Bevölkerungsverschiebungen führen.“*

Hintergrund: Während in Nordamerika, Europa, Australien und Neuseeland eine nahezu vollständige Registrierung erreicht wird, werden im Pazifikraum immer noch etwa 50 % der Geburten und 80 % der Todesfälle nicht registriert, wobei es innerhalb der Region erhebliche Unterschiede gibt - von einigen Ländern mit einer 100-prozentigen Erfassung bis zu anderen mit weniger als 20 %.

Im Rahmen eines von der SPC unterstützten Pilotprojekts werden bereits Informationen über Todesursachen zwischen Fidschi, Tonga und Tuvalu ausgetauscht, wobei die Länder ihr Fachwissen im Hinblick auf bessere Gesundheitsergebnisse ebenfalls teilen.

(<https://sdd.spc.int/news/2025/03/31/spc-bloomberg-philanthropies-crvs-partnership> 31.03.25)

Umstellung auf Biokraftstoff

Swire Shipping, ein führendes Schifffahrtsunternehmen im asiatisch-pazifischen Raum, hat bekannt gegeben, dass drei seiner Schiffe, die den Südpazifik bedienen, freiwillig auf die Biokraftstoffmischungen B24 und B30 der zweiten Generation umgestellt haben.

Bei den drei am Biokraftstoffprogramm beteiligten Schiffen handelt es sich um die *„Apia Chief“* und die *„Tonga Chief“* auf dem Pacific Weekly Express-Dienst, der Direktverbindungen von Südostasien nach Papua-Neuguinea, den Salomonen, Neukaledonien und Fidschi anbietet, sowie um die *„Kokopo Chief“* auf dem Osttimor-Dienst, der alle zehn Tage Direktverbindungen zwischen Singapur, Dili, Darwin und Surabaya bietet.

Jeremy Sutton, Chief Executive Officer von Swire Shipping, sagte: *„Wir bei Swire Shipping sind bestrebt, unseren ökologischen Fußabdruck zu verringern und zu einer nachhaltigeren Zukunft beizutragen. Die Inselstaaten des Südpazifiks sind besonders anfällig für die Auswirkungen des Klimawandels, und dieser Schritt ist ein wichtiger Schritt in unseren laufenden Bemühungen, die Emissionen zu reduzieren und eine sauberere, umweltfreundlichere Schifffahrtsindustrie zu unterstützen.“*

Mit dem Start des neuen Biokraftstoffprogramms wird *Swire Shipping* auch ein Programm zur Verringerung des Kohlenstoffausstoßes namens *„Voyage to Zero“* einführen, um Kund*innen bei der

Dekarbonisierung ihrer Lieferketten zu unterstützen. Die teilnehmenden Kund*innen erhalten Zertifikate über Emissionseinsparungen, die von einer unabhängigen dritten Partei überprüft werden.

Für das erste Jahr mit Biokraftstoff und „Voyage to Zero“ wird die Wirkung des Programms vergleichbar sein mit dem Wegfall von 2.700 Autos auf der Straße, freute sich Susana Germino, Chief Sustainability & Energy Transition Officer bei *Swire Shipping*.

(PNG Business News 28.04.25, <https://www.swireshipping.com/information/info-pages/sustainability/sd-reports/>)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Hohe Zufriedenheit bei Reisenden

Vier von fünf Tourist*innen, die Papua-Neuguinea (PNG) im Jahr 2024 besuchten, waren mit ihrem Aufenthalt zufrieden und sind bereit, das Land erneut zu besuchen und es anderen Reisenden zu empfehlen. Dies geht aus dem jährlichen „PNG International Visitor Survey Report“ hervor, der Ende März 2025 veröffentlicht wurde.

Etwa 86 % der Befragten empfahlen PNG weiter und 89 % gaben an, dass sie bereit wären, wiederzukommen, so die *Pacific Tourism Organisation* (SPTO) über die Ergebnisse der Studie.

Info: Die Studie wurde im Rahmen der *Pacific Tourism Data Initiative* der SPTO in Zusammenarbeit mit der *Papua New Guinea*

Tourism Promotion Authority (TPA) erstellt.

Die Umfrage unter den Reisenden lief von Januar bis Dezember 2024 und analysierte 3.701 Antworten von 3.775 Befragten. Fast die Hälfte (42 %) der Befragten waren Erstbesucher*innen des melanesischen Inselstaates mit einem durchschnittlichen Haushaltseinkommen von 86.074 USD (etwa 366.000 Kina).

39 % aller Reisenden kamen aus dem Nachbarstaat Australien, 35 % aus Asien und nur 8 % aus Europa. Die vorherrschende Altersgruppe war 40 bis 59 Jahre alt. 48 % reisten aus geschäftlichen Gründen nach PNG, 23 % machten dort Urlaub und 18 % der Befragten kamen ins Land, um Freunde und Verwandte zu besuchen. (<https://southpacificislands.travel/pacific-tourism-organisation-and-papua-new-guinea-tourism-promotion-authority-release-key-findings-from-the-2024-international-visitor-survey/>)

Kabinettsumbildung

Premierminister James Marape gab am 25. März die Ernennung des Abgeordneten für Finschhafen, Rainbo Paita, für das Amt des Bergbauministers bekannt.

Er bestätigte, dass Paita die Verantwortung für das Bergbauministerium nach einer Kabinettsumbildung übernehmen wird, die durch den Rücktritt des Abgeordneten Walter Schnaubelt aus Namatanai ausgelöst wurde. Schnaubelt war zurückgetreten, um sich um den vakanten Gouverneursposten in Neuirland zu bewerben.

Paita ist seit 2017 Abgeordneter im Parlament für den Sitz Finschhafen Open. Er ist Vorsitzender der „*Papua and Niugini Union Party*“ (PANGU) und hatte bereits

verschiedene Ministerposten inne.

Im Rahmen der Kabinettsumbildung übertrug der Premierminister dem scheidenden Bergbauminister Wake Goi die Leitung des Ministeriums für Verkehr und Zivilluftfahrt. „*Ich habe Minister Goi damit beauftragt, die Fertigstellung der wichtigsten Flughafen- und Terminalprojekte in Boram, Tokua und Buka sowie die laufenden Arbeiten an den Flughäfen Wapenamanda, Kerema und Daru sicherzustellen*“, erklärte Marape. (PNG Business News 31.03.25)

Ambitionierte Pläne für die Kautschuk-Industrie

Die *Cape Rodney Farmers & Settlers Association* (CRFSA) im Distrikt Uplima Abau in der Zentralprovinz hat einen 10-Jahres-Plan für den Anbau von 100 Millionen Kautschukbäumen im ganzen Land angekündigt, wodurch Tausende von Hektar Ackerland in produktive Kautschukplantagen umgewandelt werden könnten.

Der ambitionierte Plan wurde kürzlich im „Cape Rodney Rubber Report 2025“ vorgestellt. Dieser Bericht zeigt sowohl die Herausforderungen als auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Naturkautschukindustrie auf.

Dem Bericht zufolge ist Kautschuk eine nicht saisonale und nicht verderbliche Nutzpflanze, die einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaft PNGs leistet und die Armut verringert, indem sie Einkommen und Beschäftigung in ländlichen Gemeinden schafft.

Der Distrikt Abau ist als das Herz des neuguineischen Kautschuksektors bekannt. Aus dem

Bericht geht hervor, dass Cape Rodney, das sich in Abau befindet, zwischen 2014 und 2018 etwa 64 % der gesamten Naturkautschukproduktion von Papua-Neuguinea beisteuerte.

Mit über 2,5 Millionen Kautschukbäumen beherbergt Abau einige der größten Kautschukplantagen des Landes.

Derzeit werden landesweit etwa 25.000 Hektar Kautschuk angebaut, wobei sowohl kommerzielle als auch Kleinbauern beteiligt sind. Die Industrie erwirtschaftet jährlich etwa 70 Millionen Kina durch den Export von Kautschuk und seinen Beiprodukten. Neun Provinzen im ganzen Land sind in der Kautschukproduktion tätig: West Sepik, East Sepik, Manus, New Ireland, Milne Bay, Central, Northern, Gulf und Western

Hintergrund: Das *Cape Rodney Agriculture Development Project* (CRADP), das in den 1980er Jahren im Rahmen einer Partnerschaft zwischen der Regierung von PNG und der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) initiiert wurde, steht an der Spitze des Kautschukwachstums in der Region.

Das dem Ministerium für Landwirtschaft und Viehzucht unterstellte CRADP wurde als nationales Landwirtschaftsprojekt anerkannt und ist nach wie vor die einzige offiziell anerkannte Kautschuk-Initiative ihrer Art im Land.

Zur Verbesserung der Kautschukindustrie hat der nationale Kautschukrat eine Reihe von Verbesserungen vorgeschlagen:

- Ausbau der Infrastruktur: Aufbau moderner Verarbeitungsanlagen, Lagereinrichtungen und Logistiknetze.

- Flächenerweiterung: Vergrößerung der Anbaufläche über die derzeitigen Plantagen hinaus.

- Ausbildung der Arbeitskräfte: Ausbildung der örtlichen Landwirte in modernen Kautschukbautechniken.

- Technologie-Upgrades: Einführung fortschrittlicher Ausrüstung zur Verbesserung von Effizienz und Ertrag.

- Markterweiterung: Erkundung groß angelegter Exportmöglichkeiten, insbesondere nach China.

- Ökologische Nachhaltigkeit: Einführung umweltfreundlicher Praktiken wie Wiederaufforstung und Bodenschutz.

(PNG Business News 16.04.25, <https://www.anrpc.org/news/rubber-industry-restructure-is-key-to-progress%2C-says-chairman>)

Erste Umfrage zum Geschäftsvertrauen

Die Pazifische Tourismusorganisation (SPTO) hat in Zusammenarbeit mit der Tourismusförderungsbehörde von Papua-Neuguinea (PNG-TPA) Mitte Mai den ersten Bericht über den „*Business Confidence Index*“ (BCI) von PNG veröffentlicht.

Der BCI wurde über eine Umfrage ermittelt, die über einen Zeitraum von vier Monaten zwischen November 2024 und Februar 2025 durchgeführt wurde. Es gingen 299 Antworten ein, von denen 206 für die Analyse als gültig erachtet wurden. Die Umfrage richtete sich in erster Linie an tourismusbezogene Unternehmen, um die Erholung nach der Corona-Pandemie und das Vertrauen innerhalb des Sektors zu messen.

Der jetzt vorgelegte Bericht bietet Einblicke in die Geschäftsaussichten des Landes im Tourismussektor. Auf diese erstmals

erhobenen Zahlen und Daten ist der Privatsektor bei der Entscheidung angewiesen, ob und in welcher Form in den Tourismus investiert werden soll.

Die Ergebnisse des Berichtes sollen in die künftige Planung einfließen, strategische Investitionen leiten und Initiativen zur Stärkung der Unternehmen im gesamten Sektor unterstützen.

Hintergrund: Papua-Neuguinea ist eines von zehn pazifischen Inselstaaten, die an der „*Pacific Tourism Data Initiative*“ (PTDI) teilnehmen, neben den Cook-Inseln, Niue, Kiribati, Samoa, Vanuatu, Tonga, den Salomonen, Timor-Leste und Yap.

Das von der neuseeländischen Regierung finanzierte PTDI spielt eine zentrale Rolle bei der Stärkung regionaler Tourismusstrategien durch hochwertige Datenerhebung und Forschung. *(PNG Business News 12.05.25)*

Exekutivrat ernennt neue Handelsbeauftragte für Indonesien

Der Nationale Exekutivrat (NEC) hat im Mai die Ernennung von Frau Seline Leo-Lohia zur neuen Handelskommissarin von Papua-Neuguinea in der Republik Indonesien genehmigt.

Premierminister James Marape erklärte dazu: „*Papua-Neuguinea und Indonesien sind enge Nachbarn, müssen aber die Möglichkeiten unserer Zusammenarbeit noch voll ausschöpfen. In den letzten 49 Jahren haben wir uns auf die jährlichen Grenz- und Sicherheitsgespräche konzentriert. Diese haben nicht zu einer Verbesserung unserer Grenzanlagen, direkten Schiffsverbindungen, der Schaffung von Arbeitsplätzen*

oder bedeutenden Exporten zwischen unseren beiden Ländern geführt. Es ist an der Zeit, dass PNG eine starke Beziehung zu Indonesien aufbaut, um das Potenzial beider Länder in den Bereichen Handel und Investitionen auszuschöpfen“.

Mit der Ernennung von Leo-Lohia zur Handelsbeauftragten wolle man auch indonesische Groß-Investoren für Papua-Neuguinea attraktiv machen und sie ins Land locken, so der Premier.

Info: Seline Leo-Lohia ist Absolventin der Universitäten in Papua-Neuguinea und Australien. Die Beamtin ist hoch qualifiziert in den Bereichen Diplomatie, Handelsverhandlungen, Analyse und Entwicklung der öffentlichen Politik sowie in internationale Beziehungen. Seit Oktober 2024 ist sie Managing Director bei „Essell Solutions“. (Pressemitteilung Büro Marape Mai 2025, Infos auf LinkedIn)

Steamships ernennt Aktivistin zur Managerin

Ruth Kissam ist zur neuen General Managerin für Unternehmensangelegenheiten bei der Firma *Steamships* ernannt worden. Die ausgebildete Gemeindeorganisatorin („Community Organizer“) und Menschenrechtsaktivistin engagiert sich seit 16 Jahren im Entwicklungsbereich und arbeitet mit einer Vielzahl von Interessengruppen auf öffentlicher und privater Ebene zusammen. Zuletzt war sie als strategische Beraterin für das *United States Institute for Peace* (USIP) tätig und hatte verschiedene beratende Funktionen bei internationalen Entwicklungspartnern inne.

Info: Die *Steamships Trading Company Limited* ist eines der ältesten und größten Unternehmen in Papua-Neuguinea (PNG). Seit ihrer Gründung im Jahr 1918 hat sie sich von einem kleinen Küstenschiffbetrieb zu einem diversifizierten Betrieb entwickelt, der in den Bereichen Logistik, Immobilien, Gastgewerbe und Joint Ventures tätig ist.

Ruth Kissam hat zwei Jahre lang Jura an der Universität von PNG studiert, ist Obama-Stipendiatin an der Columbia University und Draper Hills Fellow (Fisher Family) an der Stanford University.

(PNG Business News 14.05.25, <https://www.steamships.com.pg/>)

Neue Geschäftsbank eröffnet

Am 10. April 2025 hat Premierminister James Marape offiziell Papua-Neuguineas neueste Geschäftsbank, die *National Banking Corporation* (NBC), aus der Taufe gehoben, womit sich die Gesamtzahl der Geschäftsbanken im Land auf sieben erhöht.

Die NBC geht aus der früheren *People's Micro Finance Bank* hervor und ist eine Tochtergesellschaft der *National Development Bank* (NDB), einem der neun staatlichen Unternehmen von PNG.

Der Schritt in den kommerziellen Bankensektor ist das Bemühen der Regierung um eine bessere finanzielle Eingliederung in Gebieten des Landes, die von den bestehenden Geschäftsbanken noch nicht erreicht werden, hieß es aus dem Büro des Premiers.

Marape forderte die NBC auf, innerhalb der nächsten fünf Jahre in allen 21 Provinzen, einschließlich der autonomen Region Bougainville, Filialen zu eröffnen. (PNG Business 21.04.25)

Hoskins Airport wird modernisiert

Premierminister James Marape hat der Bevölkerung der Provinz West New Britain zum offiziellen Spatenstich für das 51,7 Millionen Kina teure Projekt zur Modernisierung des Flughafens *Hoskins* im Rahmen des „*Civil Aviation Development Investment Project Phase II*“ (CADIP II) gratuliert.

Das Projekt umfasst die neue Asphaltierung der Start- und Landebahn, die Renovierung des Terminalgebäudes und damit verbundene Arbeiten. Es wird von der *China Railway Construction Engineering Group* mit finanzieller Unterstützung der *Asiatischen Entwicklungsbank* (ADB) durchgeführt und von der einheimischen *National Airports Corporation* (NAC) umgesetzt.

Marape betonte in einem Schreiben an die Provinzverantwortlichen die wirtschaftliche Bedeutung des Provinzflughafens auf der Insel Neubritannien. „*West-Neubritannien ist eine wichtige Provinz für unser Land - ein Zentrum der Landwirtschaft, der Ölpalmen, der Forstwirtschaft und des Tourismus und Heimat für Menschen aus allen Regionen Papua-Neuguineas*“, so der Premier. (PNG Business News 05.05.25)

BOUGAINVILLE

Unabhängigkeit für 2027 empfohlen

Das „*Bougainville Independence Leaders Consultation Forum*“ hat bei einem Treffen am 11. März im *Kuri Village Resort* wichtige Beschlüsse gefasst und den 1. September 2027 als Datum für die

Unabhängigkeit Bougainvilles empfohlen. Sie sprachen diese Empfehlung im Vorfeld der Konsultationen zwischen Papua-Neuguinea (PNG) und Bougainville unter der Leitung eines unabhängigen Moderators, des ehemaligen neuseeländischen Generalgouverneurs Sir Jerry Mataparae, aus.

In einer Erklärung, die von 14 Vertretern, darunter Präsident Ishmael Toroama, unterzeichnet wurde, erklärte das Forum, dass die Entscheidungen der verfassungsgebenden Versammlung nicht durch den Moderationsprozess beeinflusst werden und dass die Führer von Bougainville selbstständig die zukünftige Beziehung zwischen Bougainville und PNG als souveräne Nation definieren werden.

Das Forum erklärte weiter, dass die nationale Regierung von PNG kein Veto gegen das Ergebnis des Referendums einlegen kann und verpflichtet ist, an der Umsetzung des Friedensabkommens und des Referendums mitzuwirken, um längerfristig die Unabhängigkeit Bougainvilles zu erreichen. (RNZ Pacific 12.03.25)

Neuseeländische Polizei weiter im Einsatz

Auch zwei Jahrzehnte nach Beendigung der Bougainville-Krise sind neuseeländische Polizeikräfte weiterhin als Berater auf Bougainville im Einsatz. Die neuseeländische Polizei unterstützt die *Bougainville Community Policing Initiative* (eine Art Hilfspolizei) mit Rat und Tat. Ein sechsköpfiges Team von Polizist*innen ist dafür auf Bougainville eingesetzt. Die Polizeikräfte wechseln jährlich. Das neuseeländische Team steht mit den einheimischen Polizei-

kräften in ständigem Kontakt und unterstützt in bestimmten Gefahrensituationen mit Expertise. Zum Einsatz kommen die neuseeländischen Polizist*innen z.B. bei Drogen- oder Alkoholmissbrauch.

Ein Sprecher der neuseeländischen Polizei-Berater erklärte dazu: „*Die Polizei von Bougainville arbeitet ein wenig anders als die Polizei auf dem Festland. Die Polizei auf Bougainville ist sehr gemeinschaftsorientiert. Die Bougainvillianer haben sich im Rahmen des Friedensabkommens für eine lokale Polizei entschieden, weil sie den Fokus auf die Beziehungen zur Bevölkerung legen wollten.*“ (RNZ Pacific 30.04.25)

Landbesitzer unterzeichnen Vertrag

Die traditionellen Landbesitzer in Nord-Bougainville haben ein Landzugangs- und Entschädigungsabkommen (*Land Access and Compensation Agreement, LACA*) für eine geplante Minenexplorationsanlage unterzeichnet.

Mehr als 250 Landbesitzer aus acht Clans in den Taonita-Teop-Gebieten, die von der Explorationslizenz Nummer EL08 abgedeckt werden, und Vertreter des Unternehmens *Bougainville Minerals Investment* (BMI) hatten sich Ende März zur Unterzeichnung getroffen. Der Eigentümer und Geschäftsführer von BMI, Paul Rya, erklärte, dass die Vorbereitungen für den Bau von Büros und Unterkünften für die zukünftigen Mitarbeitenden, die im Yokomori Camp untergebracht werden sollen, bereits im Gange seien.

Joe Pais, ein ehemaliger Abgeordneter von Bougainville und

lokaler Paramount Chief, sagte, dass es wichtig sei, dass die Landbesitzer ihr Land freigeben, damit die Autonome Regierung von Bougainville (ABG) dort wichtige Projekte vorantreiben könne.

Hintergrund: Eine Vereinbarung mit den landbesitzenden Clans ist eine Voraussetzung für die Erteilung der Explorationslizenz.

Sie verpflichtet den Lizenznehmer, eine solche Vereinbarung zu unterzeichnen, bevor er das Land betritt, auf dem er explorieren möchte. (RNZ Pacific 24.03.35)

SALOMONEN

Souveränität über Staatsbürgerschaft

Das Büro des Premierministers und das Kabinett haben die offizielle Position der staatlichen *Abteilung für nationale Einheit und Transformation* (GNUT) bezüglich des vorgeschlagenen *Citizenship by Investment* (CBI) Programms (Kauf der Staatsbürgerschaft) bestätigt.

McFaddean Aoraunisaka, Stabschef und Leiter der Abteilung Politik, sagte, dass die GNUT zwar das wirtschaftliche Potenzial eines gut geführten Programms „Staatsbürgerschaft durch Investitionen“ sehe, die Regierung aber daran festhalte, dass die Salomonen nicht zum Verkauf stehen: „*Solomon Islands is not for sale*“.

„*Die Staatsbürgerschaft ist ein heiliges Band zwischen einem Individuum und unserer Nation. Sie darf niemals auf eine Art und Weise kommerzialisiert werden, die die Souveränität, die Würde oder die Identität der Salomonen gefährdet*“, so Aoraunisaka.

Info: Derzeit gibt es noch kein rechtmäßiges Programm für eine salomonische Staatsbürgerschaft durch Investitionen.

Die notwendigen rechtlichen, regulatorischen und operativen Rahmenbedingungen sind noch in der Entwicklung und noch nicht umgesetzt. Solange das Programm nicht offiziell und auf legalem Wege eingeführt ist, gibt es keine Möglichkeit, eine Staatsbürgerschaft der Salomonen zu „kaufen“. (*Pressemitteilung des Büros des Premiers 28.04.25*)

Premier stellt Sicherheitsstrategie vor

Premierminister Jeremiah Manele hat Ende März in der Hauptstadt Honiara offiziell die Nationale Sicherheitsstrategie 2025 (NSS) unter dem Thema „*United for Security: A Collective Vision for a Resilient & Prosperous Solomon Islands*“ vorgestellt.

Die Strategie markiere den Beginn einer neuen Anstrengung zur Stärkung der kollektiven Sicherheit der Nation und zur Gewährleistung einer besseren Zukunft für alle Bewohner*innen der Salomonen, so der Premierminister. Er hob hervor, dass die NSS-2025 die Erreichung des fünften Ziels der nationalen Entwicklungsstrategie 2016-2035 unterstützt und die vier Hauptsäulen der nationalen Politik der Regierung – (1) wirtschaftliche Transformation, (2) Einheit und Stabilität, (3) Infrastrukturentwicklung und (4) Entwicklung des Humankapitals – stärkt.

Premierminister Manele forderte alle Beteiligten, einschließlich der Ministerien, der Strafverfolgungsbehörden, der lokalen Behörden

und der Bürger*innen auf, sich die in der NSS 2025 dargelegten Grundsätze, Ziele und Strategien zu eigen zu machen und sie in ihren Bereichen umzusetzen. (*SIBC 28.03.25*)

Kein Zugang zu Trinkwasser

Ein aktueller Bericht über den Zugang zu sauberem Wasser auf den Salomonen zeigt, dass die Zahlen seit den 2000er Jahren stetig gesunken sind. Derzeit haben 33 % der Bevölkerung keinen Zugang zu Trinkwasser, 65 % der Menschen haben keinen Zugang zu sanitären Anlagen.

Laut dem Ende März veröffentlichten Bericht von „*Community Water Management Plus*“ sind diese Zahlen in ländlichen Gebieten besonders hoch, wo 35 % der Bevölkerung auf ungeschütztes und schwer zugängliches Trinkwasser angewiesen sind und 82 % unhygienische und unzureichende sanitäre Einrichtungen nutzen.

Der Bericht stellt fest, dass die Salomonen weltweit zu den 20 Ländern mit dem schlechtesten Zugang zu Trinkwasser gehören.

„*Unzureichender Zugang zu sauberem Wasser trägt zu übertragbaren und nicht übertragbaren Krankheiten bei, fördert die Ausbreitung von Infektionen und verschlimmert die Ernährungsunsicherheit und Unterernährung*“, heißt es wörtlich in dem Bericht. (*SBM online 28.03.25, <https://water-centre.org/projects/pacific-community-water-management-plus-pacwam/>*)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin]

Oberster Gerichtshof entscheidet nach Scheitern von Verfassungsreform im Parlament über die Rechtmäßigkeit der derzeitigen Verfassung

Die fidschianische Regierung und Premierminister Sitiveni Rabuka sind vorerst mit ihren Plänen einer Reform der fidschianischen Verfassung gescheitert. Die derzeit gültige Verfassung ist im Jahr 2013 von der damaligen Übergangsregierung unter Rabukas Vorgänger Voreqe Bainimarama erlassen worden, nachdem dieser im Jahr 2006 die Macht im Land übernommen und einige Zeit später die bis dahin gültige Verfassung – die im Jahr 1997 während der ersten Regentschaft des heutigen Premierministers Rabuka entstanden war – ausgesetzt hatte.

Obwohl Rabuka seine Machtbasis im fidschianischen Parlament festigen konnte, nachdem einige ehemalige Oppositionsabgeordnete in sein Lager gewechselt sind (siehe Berichterstattung in der letzten Ausgabe), und er bei der ersten Lesung eines Gesetzesentwurfs zur Verfassungsreform einen Sieg erringen konnte, scheiterte das Anliegen in der zweiten Lesung knapp an der für eine Verfassungsänderung notwendigen Zweidrittelmehrheit. Vor der Abstimmung hatte Rabuka noch einmal versucht, auch oppositionelle Abgeordnete der Partei des früheren Regierungschefs Bainimarama von der Notwendigkeit zur Überarbeitung der Verfassung zu überzeugen. Unter anderem unterstrich er seine Sichtweise, dass die „*moralische und*

demokratische Zukunft“ Fidschis von der Verfassungsreform abhinge (siehe dazu auch Berichterstattung in der letzten Ausgabe). Am Ende enthielt sich ein Abgeordneter, auf dessen Unterstützung die Regierung gesetzt hatte, aber der Stimme.

Nach dem Scheitern ihrer Initiative im Parlament hat die fidschianische Regierung nun den Obersten Gerichtshof des Landes angerufen, um die Rechtmäßigkeit der Bestimmungen der Verfassung zu den Modalitäten für Verfassungsänderungen überprüfen zu lassen. Mittlerweile ist das Verfahren erweitert worden und geht es auch grundsätzlich um die rechtmäßige Gültigkeit der derzeitigen Verfassung, insbesondere um die Frage, ob das Inkrafttreten der Verfassung im Jahr 2013 – zu einem Zeitpunkt, an dem eine demokratisch nicht legitimierte Übergangsregierung das Land regierte – und insbesondere die vorherige Einbeziehung der Bevölkerung rechtsgültig sind.

Die Regierung hatte zunächst auf ein deutlich schnelleres Urteil und möglicherweise niedrigere Hürden für eine Änderung der Verfassung im Parlament gehofft, ein Urteil in dem umfangreicheren Verfahren wird nun aber nicht vor dem 5. September erwartet. Die Anhörungen sollen vom 18. – 22. August 2025 erfolgen.

Rückendeckung bekommt die Regierung in ihrem Wunsch nach einer Verfassungsrevision vom *Great Council of Chiefs* (GCC), einem repräsentativen Gremium der indigenen Bevölkerung Fidschis, das im Jahr 2023 von der derzeitigen Regierung wiedereingeführt wurde, nachdem es unter der vorherigen Regierung

abgeschafft worden war, um die Konzentration der politischen Macht auf die indigene Bevölkerung und die Diskriminierung weiterer Bevölkerungsgruppen – insbesondere der Nachfahren von Einwanderer*innen aus Indien – zu reduzieren. Die Mitglieder des GCC stimmten einstimmig für ein Votum zur Ablehnung der derzeitigen Verfassung. Der GCC-Vorsitzende, Ratu Viliame Seruvakula, sagte, die Mitglieder des Rats hätten genug von dieser Verfassung und wollten sie „weghaben“. Sie behindere die indigene Bevölkerung Fidschis und ihre Fortschritte. (*Radio New Zealand* 12.03.25, 29.04.25, 23.05.25, *Fiji Village* 20.06.25)

Steht Ex-Premier Bainimarama vor einem Comeback?

Nach Äußerungen seines früheren Stellvertreters Ayaz Saiyed-Khaiyum gibt es in Fidschi Spekulationen über den Versuch eines möglichen Comebacks des früheren fidschianischen Premierministers Voreqe Bainimarama. Saiyed-Khaiyum sagte Medienvertreter*innen, dass die Menschen in Fidschi Bainimarama „zurückhaben“ wollten und er möglicherweise bei der Parlamentswahl im kommenden Jahr antreten könnte.

Bainimarama hatte als damaliger Militärführer im Jahr 2006 die Macht in Fidschi übernommen und war 2014 und 2018 in Wahlen zum Premierminister gewählt worden. Auch bei der Wahl im Jahr 2022 war er erneut der Kandidat mit dem besten Einzelergebnis und zog seine Partei *FijiFirst* als größte Fraktion ins Parlament ein – verlor allerdings ihre Mehrheit an eine Koalitionsregierung aus den Parteien *Peoples' Alliance Party*, *National*

Federation Party und *SODELPA*, die Sitiveni Rabuka zum neuen Premierminister wählten. Dieser hatte bereits 1987 zwei Militärputschs durchgeführt und war in den 1990er Jahren gewählter Regierungschef des Landes. Bainimarama und Rabuka gelten seit Langem als Erzrivalen.

Eigentlich dürfte eine Teilnahme Bainimaramas an der Wahl im kommenden Jahr gar nicht möglich sein. Denn nach dem Verlust seines Amtes wurde Bainimarama für – vergleichsweise geringfügige – Vergehen in seiner Amtszeit zu einer Haftstrafe von einem Jahr verurteilt. Auch wenn er wegen guter Führung mittlerweile vorzeitig aus der Haft entlassen worden ist, gilt eine gesetzliche Regelung, nach der Personen, die mindestens zu einem Jahr Haft verurteilt worden sind, acht Jahre lang nicht in ein öffentliches Amt gewählt werden dürfen (zum juristischen Gezerre um Bainimaramas Verurteilung und seine vorzeitige Entlassung aus der Haft siehe Berichterstattung in früheren Ausgaben). Diese Regelung hatte Bainimarama während seiner Amtszeit selbst häufig genutzt, um politische Widersacher an der Teilnahme an Wahlen zu hindern. Angeblich soll Bainimarama überlegen, seine Verurteilung bzw. die Festsetzung des genauen Strafmaßes erneut juristisch anzufechten – was aufgrund der vorherigen Gerichtsentscheidungen auf verschiedenen Instanzen aber schwierig sein dürfte.

Auch der Direktor des *Macmillan Brown Centre for Pacific Studies* an der *University of Canterbury* in Neuseeland, der fidschianische Politikwissenschaftler Prof. Dr. Steven Ratuva, schätzt die Chancen auf ein tatsächliches

Comeback Bainimaramas derzeit eher gering ein. Dies liegt vor allem an den juristischen Hürden, aber auch daran, dass Bainimaramas Partei *FijiFirst* nicht mehr existiert. Sie wurde im vergangenen Jahr nach einem internen Streit von der Parteienbehörde offiziell de-registriert, auch mit der Auswirkung, dass die Parlamentsfraktion aufgelöst worden ist (siehe damalige Berichterstattung). Bainimarama und auch sein ehemaliger Stellvertreter Saiyed-Khaiyum, gegen den ebenfalls eine Anklage läuft, hatten zu diesem Zeitpunkt bereits ihre Abgeordnetenmandate und Parteifunktionen niedergelegt, um trotz der juristischen Verfahren gegen sie eine Nachbesetzung ihrer Parlamentssitze möglich zu machen.

Ratuva verweist jedoch auch darauf, dass sich die einst große Unterstützung für die derzeitige Koalitionsregierung in der Bevölkerung in den letzten Jahren deutlich abgeschwächt hat. Dazu haben sowohl interne Streitereien und zahlreiche Skandale beigetragen, aber auch globale Krisen und ihre Auswirkungen auf Fidschi. Nach 16 Jahren der Regentschaft von Bainimarama hatten viele Menschen auf Veränderungen und Verbesserungen ihrer Lebensumstände unter der neuen Regierung gehofft, viele dieser Erwartungen sind aber nicht erfüllt worden. Die Regierung müsse also davon ausgehen, so Ratuva, bei den anstehenden Wahlen keine erneute Mehrheit zu erlangen. Bisher kristallisiert sich aber noch kein wirklicher neuer Gegenspieler zu Rabuka heraus. Bereits jetzt haben 15 Parteien ihre Teilnahme an der Wahl im kommenden Jahr beantragt, sodass die Sorge besteht, dass das zukünftige Parlament sehr stark

fragmentiert sein könnte.

Saiyed-Khaiyum kritisiert in diesem Zusammenhang auch die geplante Verfassungsänderung durch die Regierung (siehe vorherige Meldung). Er sieht darin den Versuch einer unbeliebten Regierung, das Wahlsystem so anzupassen, dass es dem derzeitigen Regierungschef eine Wiederwahl erleichtern könnte. (*Radio New Zealand* 25.04.25, 29.04.25, 15.05.25)

Größtes Drogen-Verfahren in der fidschianischen Geschichte

In Juni ist in Fidschi der größte „Drogen-Prozess“ in der Geschichte des Landes gestartet. Nachdem bei einem versuchten Drogenschmuggel mehr als vier Tonnen Methamphetamine im Wert von zwei Milliarden Fidschidollar (ca. 770 Millionen Euro) in Nadi von Ermittlern entdeckt worden sind, hat nun das Verfahren gegen sieben Angeklagte, die in den Drogenschmuggel verwickelt gewesen sein sollen, begonnen. Unter den Angeklagten befinden sich zwei Polizeibeamte, die in einem erst kurz zuvor eingerichteten Stab zur Bekämpfung des Drogenschmuggels tätig waren, sowie ein hochrangiger Beamter der Zollbehörde.

Fidschi leidet seit einigen Jahren unter einer zunehmenden „Drogenkrise“. Dies liegt zum einen daran, dass die Zahl der durch Fidschi und andere pazifische Inselstaaten geschmuggelten Drogen massiv zugenommen hat. Zum anderen mündet dies aber auch, teils ausgelöst durch den Schmuggel durch Fidschi, in einer größeren Verfügbarkeit von Drogen und einem deutlich zugenommenen Drogenkonsum in Fidschi

selbst. So bezeichnete auch der Staatsanwalt in dem Gerichtsverfahren gegen die sieben Angeklagten Fidschi als einen zunehmenden „transnationalen Hub“ im Drogenschmuggel.

Während die Methamphetamine im nun zur Anklage gebrachten Fall versteckt in Luftfracht und getarnt als Kaffee auf dem internationalen Flughafen von Nadi entdeckt worden sind, gibt es auch zahlreiche Berichte über den Schmuggel von Drogen per Schiffen über das Meer, wo sie teilweise auf der hohen See von Boot zu Boot übergeben werden.

Info: Bei Methamphetaminen handelt es sich um eine als „Partydroge“ genutzte Substanz, die ursprünglich für die medizinische Nutzung entwickelt worden ist, in einigen Ländern wie auch Deutschland mittlerweile aber auch in der Medizin nicht mehr zugelassen ist. (*Radio New Zealand* 27.05.25, 16.06.25)

Fidschi erklärt HIV- und Denguefieber-Ausbrüche

Fidschi leidet derzeit gleich unter mehreren Gesundheitskrisen: Bereits im Januar hat Fidschi einen starken Ausbruch von HIV ausgerufen. Nun wurden neue detaillierte Zahlen veröffentlicht: Demnach habe es in Fidschi im Jahr 2024 1.583 neue HIV-Fälle gegeben, davon fast 500 im letzten Quartal. Fast die Hälfte der neuen Fälle seien bei jungen Menschen in ihren 20ern entdeckt worden. Unter den Zahlen für 2024 befinden sich auch 32 Neugeborene, die sich bereits bei der Geburt mit der Viruserkrankung angesteckt hatten.

Laut Berichten der Tageszeitung *Fiji Sun* soll es im Jahr 2024 insgesamt 115 Todesfälle gegeben haben, die sich direkt mit den Folgen einer HIV-Erkrankung in Verbindung bringen lassen. Zugenommen hat den Zahlen zu Folge auch die Zahl der Co-Infektionen von HIV und Tuberkulose.

Ganz akut ist im April außerdem ein Ausbruch von Denguefieber in der Central Division von Fidschi erklärt worden, nachdem vom 1. Januar bis zum 23. März 2025 mehr als 1.000 bestätigte Fälle von Denguefieber gemeldet worden sind. Hohe Infektionszahlen wurden unter anderem aus der fidschianischen Hauptstadt Suva gemeldet. Im März starb mindestens eine Person an Denguefieber. (*Radio New Zealand 06.06.25, 11.04.25*)

Korruption oder Schmutzkampagne? Hartnäckige Gerüchte über Premier Rabukas Golduhr

Bereits seit einigen Monaten halten sich hartnäckig Gerüchte, dass Premierminister Sitiveni Rabuka von einem prominenten Geschäftsmann im Gegenzug für eine Begnadigung eine goldene Uhr im Wert von 150.000 Fidschi-Dollar erhalten haben könnte. Unterstützer*innen des Regierungschefs hingegen sehen in den Korruptionsvorwürfen eine bewusste Schmutzkampagne gegen Rabuka.

Erstmals verbreitet wurden die Gerüchte im März 2025 von dem renommierten Journalisten Graham Davis auf seinem Blog *Grubsheet Fiji* – trotz seiner langen journalistischen Karriere ist Davis politisch allerdings nicht wirklich neutral, weil er zeitweise

als Presseberater für den ehemaligen fidschianischen Premierminister Voreqe Bainimarama tätig war, einem politischen Erzrivalen von Rabuka.

Unbestritten ist, dass Fotos existieren, die Rabuka tatsächlich mit einer goldenen Rolex-Uhr am Handgelenk zeigen. Davis behauptet, dass die Golduhr ein Geschenk des fidschianischen Geschäftsmanns Mahendra Motibhai „Mac“ Patel sei. Patel lebt seit Jahren in Australien und ist heute Eigentümer der fidschianischen Tageszeitung *Fiji Times*, für die er auch eine Kolumne schreibt. Er war unter anderem Chef der fidschianischen Kaufhauskette *Prouds*. Im Jahr 2006 wurde er wegen Vergehen im Amt als Chef der fidschianischen Postbehörde angeklagt und 2014 zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt, die er jedoch nie angetreten hat, da er zu diesem Zeitpunkt bereits in Australien lebte. Nachdem er erstmals 2023 eine Begnadigung beantragte, die damals aber von der zuständigen Kommission noch abgelehnt wurde, wurde die Strafe gegen ihn 2024 schließlich von Premier Rabuka aufgehoben.

Rabuka und Patel bestreiten beide, dass es sich bei der Uhr um ein Geschenk an Rabuka handele. Mitarbeiter*innen aus dem Team des Regierungschefs haben ausgesagt, Rabuka habe die Uhr bereits vor der Begnadigung Patels getragen. Rabuka hat mitgeteilt, dass er sich nicht weiter zu den Gerüchten äußern werde, was sein Recht sei, solange die Gegenseite keine Beweise vorlege. Aufklärung fordert unter anderem der frühere Premierminister Mahendhra Chaudhry. Vor allem in den sozialen Medien gibt es außerdem Stimmen, die es für unangemessen halten, dass sich der

Premierminister angesichts der wirtschaftlichen Situation vieler Menschen in Fidschi öffentlich mit einer Luxusuhr zeigt.

Einige Quellen behaupten auch, dass die Informationen über die geschenkte Uhr vom stellvertretenden Premierminister Manoa Kamikamica stammen könnten, der demnach ein Interesse daran hätte, Nachfolger Rabukas zu werden. Andere Quellen vermuten hingegen, dass die Golduhr ein Geschenk der Abgeordneten und früheren Ministerin Linda Tabuya sein könnte, die nach Auftauchen eines Nacktvideos in Ungnade gefallen und aus ihrem Amt entlassen worden war (siehe Berichterstattung in der letzten Ausgabe), sich anschließend aber bei Premierminister Rabuka entschuldigt hatte und derzeit auf eine Wiederaufnahme in Rabukas Kabinett hofft.

Belege gibt es für keine dieser Theorien. Allerdings knüpfen sie an eine historische Behauptung an, die Patel jedoch ebenfalls bis heute abstreitet. Demnach soll Patel, dessen Unternehmensfirma damals die exklusive Lizenz für die Vermarktung von Rolex-Uhren in Fidschi besaß, Rabuka bereits im Jahr 1987 nach den beiden von ihm ausgeführten Militärputschen eine vergleichbare Golduhr geschenkt haben, die Rabuka kurz darauf verkauft haben soll. Obwohl er selbst nicht der indigenen Bevölkerungsgruppe der i-taukei angehört, gilt Patel als Unterstützer der Putsch von Rabuka und hat immer wieder kritisiert, dass die indigene Bevölkerung während der Amtszeit des Premierministers Bainimarama benachteiligt worden sei. (*Radio New Zealand 12.03.25, 23.03.25, FBC News 13.03.25, Fiji Village 13.03.25*)

Japan finanziert Meteorologisches Zentrum

Dank eines Zuschusses der japanischen Regierung in Höhe von 27 Millionen US-Dollar wird Fidschi bald über ein hochmodernes meteorologisches Zentrum für Wirbelsturmvorhersage- und Frühwarnsysteme in der Stadt Nadi verfügen. Das vereinbarten der japanische Botschafter in Fidschi, Michii Rokuichiro, und der fidschianische Minister für öffentliche Arbeiten, meteorologische Dienste und Verkehr, Ro Filipe Tuisawau, während der offiziellen Unterzeichnungszeremonie im Büro des Meteorologischen Dienstes der Fidschi-Inseln (FMS) in der Laucala Bay in Suva am 27. März 2025.

Der japanische Botschafter hob hervor, dass Fidschi das erste Land im Pazifik sei, das diese neue Art von Zuschuss erhält. „Dieses Projekt stellt eine bedeutende Investition von 1,739 Milliarden Yen, etwa 11,6 Millionen US-Dollar, dar“, sagte Rokuichiro.

Das Zentrum wird nach umweltfreundlichen Grundsätzen errichtet, unter anderem mit Hilfe von Solarenergie, und soll auch für lokale und internationale Tagungen und Konferenzen genutzt werden. Das zweistöckige Gebäude wird im ersten Stock ein regionales Schulungszentrum und im Erdgeschoss ein regionales Instrumentenzentrum beherbergen. (Artikel von Julia Ratzmann. *The Fiji Sun* 30.03.25)

Philippinen eröffnen Botschaft in Suva

Das fidschianische Kabinett hat einen Vorschlag der Philippinen zur Einrichtung einer ständigen

Botschaft in Suva genehmigt. Bisher wurden die Beziehungen zu Fidschi von der philippinischen Botschaft in Wellington (Neuseeland) betreut, während die philippinische Botschaft in Jakarta (Indonesien) die diplomatischen Angelegenheiten mit den Philippinen verwaltete.

Info: Fidschi und die Philippinen unterhalten seit 1973 diplomatische Beziehungen. (Artikel von Julia Ratzmann. *Fiji One News* 18.04.25)

VANUATU

Können künftig nur indigene Ni-Vanuatu gewählt werden?

Nur indigene Ni-Vanuatu werden künftig an den Wahlen auf Provinzebene und auf nationaler Ebene teilnehmen können. Dies ist eine der wichtigsten Reformen, die im 100-Tage-Plan der neuen Regierung vorgesehen ist. Befürworter dieser Wahlreform sehen hier eine Stärkung des öffentlichen Vertrauens in Staatsbürgerschaftsprozesse sowie die Bewahrung der nationalen Identität und die Stärkung der kulturellen Repräsentation in der Regierung. Gegner der Reform bezeichnen die Reform als „*puren Rassismus*“.

Bei der Wahlreform soll es vor allem um eingebürgerte Wähler*innen gehen. Diese müssten zukünftig „*Bürger der dritten Generation*“ sein, bevor sie zu den Wahlen zugelassen werden.

Die Reform widerspräche der Verfassung von Vanuatu. Hier heißt es in Artikel 17, dass jeder Bürger von Vanuatu, der mindestens 25 Jahre alt ist, für das Parlament kandidieren kann.

„*Die Auswirkung dieser vorgeschlagenen Änderung, die einem*

Referendum unterzogen werden muss, schafft möglicherweise eine Klassifizierung der Bürgerschaft, die zu einer Spaltung der Gesellschaft führt, und es ist ein offener Aufruf der Regierung Vanuatus, Rassismus zu legitimieren“, kritisierte der Oppositionsführer Alatoi Ishmael Kalsakau.

Der Präsident des Nationalen Jugendrates, Morry Ruben, erklärte dagegen, dass der Jugendrat mit der Richtlinie der Regierung einverstanden sei, nur einheimischen Bürger*innen Vanuatus die Teilnahme an den Wahlen zu erlauben.

Die Wahlkommission, die dem Innenministerium untersteht, wurde von der Regierung beauftragt, einen Vorschlagstext für die Wahlreform zu entwerfen. Vor der Gesetzesänderung müsste jedoch laut Verfassung eine Volksabstimmung erfolgen. (*Vanuatu Daily Post* 07.03.25)

Vanuatu und China besprechen Zusammenarbeit im maritimen Bereich

Der chinesische Botschafter in Vanuatu, Li Minggang, und Vanuatus neuer Minister für Fischerei, Ozean und maritime Angelegenheiten, Jack Norris Kalmet, haben sich bereits mehrfach getroffen, um die laufende und künftige Zusammenarbeit im Meeresbereich zu besprechen.

Info: Das Ministerium für Fischerei, Ozean und maritime Angelegenheiten ist eine neu eingerichtete Regierungsbehörde, die im Rahmen der 14. Legislaturperiode auf Beschluss des vorherigen Ministerrats geschaffen wurde. Mit seiner Einrichtung soll die Fähigkeit Vanuatus verbessert werden, Einnahmen aus seinen maritimen Ressourcen zu erzielen, die bisher

kaum genutzt wurden. (*Vanuatu Daily Post* 11.02.25)

Neue französische Botschafterin

Die französische Botschafterin für den Pazifikraum, Véronique Roger-Lacan, hat Mitte März erstmals Vanuatu besucht und sich mit dem neu ernannten Premierminister Jotham Napat getroffen. Mit ihm erörterte sie ein geplantes Freihandelsabkommen mit Neukaledonien. Mit dem Minister für Klimawandel, Ralph Regenvanu, führte sie Gespräche zu den Klimawandelfolgen für die pazifischen Überseegebiete im Pazifik.

Die neue Botschafterin traf sich auch mit den Leitern der wichtigsten diplomatischen Vertretungen in Port Vila (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich, Australien, Neuseeland) zu „gemeinsamen regionalen Themen“. Sie besuchte ebenfalls eine Reihe von Projekten und Einrichtungen, die von Frankreich finanziert werden, wie das Nationalmuseum von Vanuatu, den Nationalen Rat der Häuptlinge (Malvatumauri) und sein kürzlich wieder aufgebautes Häuptlings-Nakamal (das vorherige wurde durch ein Feuer zerstört) sowie die Nationale Universität von Vanuatu (NUV).

In Vanuatu unterstützt Frankreich auch französischsprachige Bildungs- und Kulturprojekte.

Während ihres Besuchs traf die französische Diplomatin auch mit Vertreter*innen der 2.000 Mitglieder zählenden französischen Expatriate-Gemeinschaft in Vanuatu zusammen, darunter führende Vertreter*innen aus Wirtschaft, Kultur und Bildung, die von ihrem in Vanuatu ansässigen

Amtskollegen Jean-Baptiste Jean-gène Vilmer eingeladen wurden.

Info: Das ehemalige französisch-britische Kondominium (das 1980 unabhängig wurde) hat Französisch als eine seiner drei Amtssprachen beibehalten (neben Englisch und dem lokalen Bislama) und ist Mitglied sowohl des britischen Commonwealth als auch der *Organisation Internationale de la Francophonie* (OIF, internationale Organisation der französischsprachigen Länder).

Roger-Lacan trat ihr Amt als französische Botschafterin im Pazifik im Oktober 2023 an. Zu ihren Aufgaben gehört es, sich für eine bessere Integration der drei französischen Pazifikgebiete (Neukaledonien, Wallis und Futuna, Französisch-Polynesien) in Ozeanien einzusetzen. Ihr Amtssitz ist in Nouméa (Neukaledonien) (*France Info* 03.11.23, *RNZ Pacific* 17.03.25)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Verhandlungen über Nachfolge des Nouméa-Abkommens

Führende Politiker Neukaledoniens haben Ende April in Nouméa Gespräche mit Frankreich aufgenommen, um die künftige Regierungsführung im französischen Überseegebiet zu gestalten. Inmitten der anhaltenden Spannungen nach den tödlichen Unruhen im letzten Jahr zielen diese, als „historisch“ bezeichneten, Gespräche darauf ab, komplexe Fragen der Selbstbestimmung, der Machtverteilung und der Neudefinition der Staatsbürgerschaft zu klären.

Es ist das erste Mal seit 2021, dass alle politischen Parteien an einen Tisch zurückkehren, um über die Zukunft des französischen Pazifikgebiets zu diskutieren, nachdem sich die Wähler*innen beim letzten Unabhängigkeitsreferendum gegen eine Selbstverwaltung von Neukaledonien entschieden hatten. An den Gesprächen nahm auch Frankreichs Übersee-Minister Manuel Valls teil, der bereits im Februar in Neukaledonien war, um den diplomatischen Boden für diese Gespräche zu ebnet.

Ziel der Gespräche ist es, ein Nachfolgeabkommen für das Nouméa-Abkommen zu entwickeln. Dieses Abkommen besteht seit 1998 in unveränderter Fassung und bedarf dringend einer Anpassung.

Alle Parteien haben sich generell darauf geeinigt, den von der französischen Regierung vorgeschlagenen Vertragsentwurf für ein Nachfolgeabkommen als Ausgangspunkt für die Verhandlungen zu verwenden. Minister Valls erklärte, dass der von Frankreich vorgelegte Vertragsentwurf die unterschiedlichen Meinungen innerhalb der lokalen Kanak-Gemeinschaft widerspiegeln, insbesondere zwischen den indigenen Kanaken, den französischen Einwohnern und anderen europäischen Nachkommen.

Die Unabhängigkeitsbefürworter der Partei FLNKS (*Front de Libération Nationale Kanak et Socialiste*) gaben eine Erklärung ab, in der sie sich bereit erklärten, den Entwurf der französischen Regierung zu erörtern, sich aber nicht zu schnell festlegen zu wollen. Die FLNKS äußerte auch die Befürchtung, dass das Dokument die Bindung an Frankreich verstärken könnte, ohne einen klaren Weg zur Selbstverwaltung des Territoriums aufzuzeigen.

Hintergrund: Der Vertragsentwurf hebt wichtige Themen hervor, die diskutiert und vereinbart werden müssen. Dazu gehören das Recht Neukaledoniens, über seine Zukunft selbst zu entscheiden, die Frage, wie bestimmte Befugnisse, die Frankreich derzeit innehat, verlagert werden können, und die Suche nach neuen Wegen zur Aufteilung der Zuständigkeiten. Darüber hinaus werden Änderungen am politischen System Neukaledoniens und an der Machtverteilung zwischen den lokalen Regierungen und Verwaltungsorganen erwogen.

Das Abkommen von Nouméa wurde 1998 zwischen der französischen Regierung und Vertretern Neukaledoniens unterzeichnet. Es sieht vor, dass Neukaledonien mehr Autonomie erhält, indem bestimmte Kompetenzen von Frankreich auf Neukaledonien übertragen werden. Ausgenommen sind Bereiche wie Verteidigung, Sicherheit, Justiz und Währung. Ein wichtiger Punkt des Abkommens ist, dass es mehrere Referenden zur Unabhängigkeit Neukaledoniens vorsieht. Das erste Referendum fand 2018 statt, gefolgt von zwei weiteren in den Jahren 2020 und 2021. In allen drei Referenden stimmte die Mehrheit der Bevölkerung für den Verbleib bei Frankreich. (*Pacific Media News 30.04.25, Wikipedia*)

Moratorium zum Tiefseebergbau

Die Abgeordneten des Kongresses von Neukaledonien haben Ende April im Namen des sogenannten „Vorsorgeprinzips“ ein 50-jähriges Moratorium für die Erforschung, Prospektion und Ausbeutung von Bodenschätzen

in der Tiefsee des französischen Archipels im Südpazifik verabschiedet. Sie erklärten ein sogenanntes „*Loi du pays*“ (Gesetz des Landes), wonach die gesamte ausschließliche Wirtschaftszone Neukaledoniens mit einer Fläche von 1,3 Millionen Quadratkilometern unter Schutz vor Tiefseebergbau gestellt wurde.

Das Moratorium verbietet alle extraktiven Aktivitäten, mit Ausnahme von nicht-invasiven wissenschaftlichen Forschungsmissionen. „*Anstatt der Logik des unmittelbaren Profits nachzugeben, kann sich Neukaledonien dafür entscheiden, beim Schutz der Ozeane eine Vorreiterrolle zu übernehmen*“, begründete das für das Gesetz zuständige Mitglied der Lokalregierung, Jeremie Katidjo Monnier, während der öffentlichen Sitzung des Kongresses in Nouméa.

Der Gesetzestext wurde mit großer Mehrheit angenommen, mit Ausnahme der konservativen *Loyalisten* und der eher rechten *Rassemblement-LR*, die sich der Stimme enthielten. Sie halten die Bestimmungen für „*zu starr*“, aufgrund des Verbots der kommerziellen Erkundung und der Dauer, die als „*weitgehend unverhältnismäßig*“ und rechtlich fragil angesehen wird.

Info: Neukaledonien gilt als ein „Hot Spot“ der globalen Biodiversität. Sein Meeresraum beherbergt fast ein Drittel der pristinen, d. h. nahezu unberührten Riffe. Diese Riffe machen nur noch 1,5% der Riffe in den gesamten Ozeanen der Erde aus.

Im pazifischen Raum haben sich Nauru und die Cook-Inseln kürzlich für die Exploration in der Tiefsee ausgesprochen. (*Tahiti Infos 29.04.25*)

MIKRONESIEN

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Clara Groth, Masterstudentin Chinese Studies, Uni Würzburg.]

Musk kündigt Beratervertrag

Palau: Das *United States Department of Government Efficiency* (DOGE), das zu jener Zeit noch von Milliardär Elon Musk geleitet wurde, hat Anfang April einen Beratervertrag mit dem US-Außenministerium für die Belange der mikronesischen Republik Palau gekündigt.

In einer Erklärung beschrieb das DOGE den Vertrag über 1,9 Millionen Dollar als „*globale Beratungs- und Unterstützungsdienste für die Republik Palau*“. Die Behörde wies darauf hin, dass dieser Beratervertrag einer der „*verschwendenden Verträge*“ sei, die sie abschaffen werde, um Steuergelder zu sparen.

Einzelheiten über die spezifischen Beratungs- und Unterstützungsleistungen, die das US-Außenministerium zuvor für Palau erbracht hat, bleiben unklar. Die DOGE ging in ihrer Erklärung nicht näher darauf ein, wie die Mittel in dem Inselstaat verwendet wurden.

Dafür soll noch in diesem Jahr das amerikanische Friedenscorps-Programm für Palau erneut aufgenommen werden. Das Friedenskorps erklärte, dass es im Jahr 2025 wieder Freiwillige auf die Insel entsenden werde, nachdem eine Vereinbarung zwischen der Direktorin der Organisation und dem Präsidenten Palaus getroffen wurde. Die Direktorin des Friedenskorps, Carol Spahn, sagte in einer Erklärung: „*Die*

Freiwilligen werden Seite an Seite mit den Partnern in der Gemeinde leben und arbeiten, um die Les- und Schreibfähigkeiten von Kindern zu verbessern und ihnen Kenntnisse in Mathematik und Naturwissenschaften zu vermitteln, sowie Englisch als Fremdsprache zu unterrichten.“

Hintergrund: Das DOGE wurde während der zweiten Trump-Regierung ins Leben gerufen und von Tech-Milliardär Elon Musk als Mittel zur Beseitigung von Bundesausgaben, die als „Verschwendung, Betrug und Missbrauch“ gelten, gefördert. (Artikel von Julia Ratzmann. Palau Island Times 08.04.25)

Überreste japanischer Gefallener werden an Japan übergeben

Palau: Bei einem Ministertreffen im Mai haben Japan und Palau eine der größten Bergungsaktionen für sterbliche Überreste japanischer Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg beschlossen. Von September bis November 1944 war die palauische Insel Peleliu Schauplatz heftiger Kämpfe zwischen der japanischen und der US-amerikanischen Armee, bei denen mehrere tausend Soldaten auf beiden Seiten fielen.

Nach der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg übernahm Japan die Verwaltung über Palau und machte den Inselstaat zu einem wichtigen Militärstützpunkt. In der etwa zwei Monate dauernden Schlacht um Peleliu fielen rund 10.000 japanische Soldaten, während die USA zwischen 1.600 und 1.700 Verluste erlitten.

1953 entsandte die japanische Regierung erstmals ein Team zur

Bergung von sterblichen Überresten von gefallen Soldaten nach Palau. Bisher wurden etwa 7.800 Soldaten geborgen. Im vergangenen Jahr wurde ein Massengrab entdeckt, in dem das US-Militär weitere 1.086 japanische Kriegstote kurz nach der Schlacht beerdigt hatte. Der Fund deckt sich auch mit mittlerweile freigegebenen US-Militärdokumenten. Damit können nun etwa die Hälfte der sterblichen Überreste von 2.400 japanischen Soldaten geborgen werden, die auf Palau bis vergangenes Jahr noch nicht gefunden worden waren.

(<https://www.asahi.com/ajw/articles/15748715>)

ADB-Wachstumsprognose

Palau: Angetrieben von steigenden Touristenzahlen prognostiziert die ADB (*Asian Development Bank*) Palau für das Jahr 2025 ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 9,5 %. Es wird außerdem erwartet, dass sich das Wachstum bei nachlassender Inflation auch 2026 fortsetzt. Dennoch zeigt die ADB-Studie auch Reformbedarf auf.

Obwohl die Touristenzahlen im Jahr 2024 nur 58,9 % des Niveaus von vor der Pandemie im Geschäftsjahr 2019 erreichten, hat sich der Großteil der Tourismusbranche weitgehend erholt, und Experten rechnen auch in den kommenden Jahren mit einem Wachstum. Vor allem die Zahl der Tourist*innen aus China verdoppelte sich im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr. Besucher aus der Volksrepublik machen damit den größten Anteil ausländischer Tourist*innen auf Palau aus. Um den Tourismus weiter anzukurbeln, wurden zusätzliche Flugverbindungen, zum Beispiel aus Australien und Japan, eingeführt.

(<https://www.adb.org/where-work/palau/economy>,
<https://www.fao.org/mountain-partnership/news/newsroom/news-detail/fao-and-boa-kick-start-palau-agri-tourism-project/en>)

Flughafen auf Woleai – Sanierungsauftrag geht an chinesischen Staatsbetrieb

Föderierte Staaten: Ende Mai initiierte Präsident Wesley Simina bei einem Festakt die Sanierung eines ehemaligen Flughafens auf der Insel Woleai. Die Bauarbeiten werden etwa neun Monate andauern und von dem chinesischen Staatsbetrieb *Shandong Hengyue Municipal Engineering Co.* durchgeführt. Ursprünglich wurde der Flughafen während des Zweiten Weltkriegs vom japanischen Militär gebaut und genutzt, war jedoch ab 1945, aufgrund US-amerikanischer Bombenangriffe, nicht mehr funktionsfähig und wurde aufgrund fehlender Finanzierung dem Verfall überlassen.

Nun hat die Regierung der Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM) das chinesische Unternehmen damit beauftragt, den Flughafen wieder auf Vordermann zu bringen. Die bessere Anbindung der Insel an andere Landesteile bietet Möglichkeiten für effektivere medizinische Versorgung und wirtschaftliche Entwicklung.

Gleichzeitig rief das Projekt, vor allem unter US-amerikanischen Sicherheitsexperten, Kritik hervor. Der Flughafen wird als „Dual-Use“-Projekt eingestuft – also ein Projekt, das sowohl zivilen als auch militärischen Nutzen hat. Woleais geographische Lage bereitet Analysten daher Sorge vor einem zu großen Einfluss Chinas

in der strategischen Einflusszone der USA.

(<https://www.newsweek.com/china-reviving-micronesia-woleia-airfield-pacific-islands-us-cofa-2077273>,
https://www.mvariety.com/news/regional_world/fsm-breaks-ground-on-china-led-airport-reconstruction-project-in-woleai/article_8156cf73-28a8-4557-9a7a-19f586e31548.html,
<https://interestingengineering.com/military/china-reviving-wwii-airbase-near-us>)

Medienlandschaft und Pressefreiheit in den FSM

FSM: Im März 2025 veröffentlichte die australische Rundfunkanstalt ABC eine Studie zur Pressefreiheit und Medienlandschaft in insgesamt zwölf Pazifikstaaten, darunter auch den FSM. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass geographische Lage, Internetzugang, die geringe Zahl an Medienanstalten sowie politische Einflussnahme die größten Herausforderungen für den Zugang zu unabhängiger Berichterstattung darstellen.

Die Föderierten Staaten von Mikronesien verfügen über eine Online-Zeitung, mehrere Radiosender und einen Fernsehsender. Diese Mediendienste sind jedoch oft nur in der Nähe von Ballungszentren verfügbar. Da weniger als die Hälfte der Bevölkerung regelmäßigen Internetzugang hat, ist auch der Zugang zu Informationen sehr eingeschränkt. Die Qualität der Berichterstattung ist meist mangelhaft und ein kritischer öffentlicher Diskurs findet nicht statt.

Die Regierung berät aktuell über ein neues Gesetz zur Informationsfreiheit, das einen transparenteren Zugang zu Informationen gewährleisten könnte. Aktuell äußern Medienvertreter allerdings

noch Bedenken hinsichtlich der Pressefreiheit auf den FSM.

(<https://www.abc.net.au/abc-international-development/state-of-the-media-fsm-2025/105005146>)

Kann die Sprache der CHamoru wiederbelebt werden?

Guam: CHamoru ist die Sprache der gleichnamigen indigenen Bevölkerung auf Guam und den Nördlichen Marianen. Allerdings gibt es heute nur noch sehr wenige CHamoru, die ihre Sprache noch aktiv sprechen können, weshalb sie vom Aussterben bedroht ist.

Bereits mit Beginn der amerikanischen Verwaltung von Guam Ende des 18. Jahrhunderts geriet die Sprache immer mehr unter Druck. Die US-Marine führte eine Reihe von Maßnahmen ein, die die Sprache aus dem Alltag und insbesondere aus Bildungseinrichtungen verbannen sollten.

Bis in die 1970er-Jahre hat die Kombination aus heftigen Bestrafungen bei Verwendung der CHamoru-Sprache und gleichzeitigem Druck, sich an die amerikanische Kultur anzupassen, dazu geführt, dass heutzutage weniger als 5 % der jungen Menschen auf Guam und den Nördlichen Marianen noch CHamoru fließend sprechen können.

Inzwischen setzen sich aber immer mehr CHamoru dafür ein, ihre Sprache wiederzubeleben – und damit letztendlich auch ihre etwa 3.500 Jahre alte Kultur, deren Traditionen in den letzten hundert Jahren in großen Teilen verdrängt worden sind.

Mittlerweile wird CHamoru in einigen Kindergärten und Schulen auf Guam wieder unterrichtet, und es gibt ein wachsendes Angebot an Online-Materialien und

Sprachkursen für Erwachsene.

(<https://www.youtube.com/watch?v=Sknr3GqIKA8>)

Zunehmend angespanntes Verhältnis zwischen US-Militär und Zivilbevölkerung auf Guam

Guam: Das US-amerikanische Verteidigungsministerium plant, dass in den kommenden Jahren in etwa 4.000 Marinesoldaten von Okinawa nach Guam umgesiedelt werden. Die massive Truppenpräsenz von mehreren 10.000 US-Soldat*innen auf der japanischen Insel hat in den vergangenen Jahrzehnten für anhaltende Kritik in der Bevölkerung gesorgt und jetzt zu teilweisen Zugeständnissen und kleineren Truppenabzügen auf Seiten der US-Armee geführt. Mit einer Verlegung der Truppen nach Guam will das US-Militär angesichts der angespannten geopolitischen Weltlage und Rivalitäten mit China seinen Einfluss im Pazifik weiterhin erhalten.

Auf Guam stößt der Truppenaufbau allerdings ebenfalls auf teils lautstarken Widerstand in der Bevölkerung. Laut Experten wäre Guam aufgrund seines Militärstützpunktes und seiner strategischen Lage im Falle einer Konfrontation mit China erstes Angriffsziel. Aktivisten protestieren, dass vor allem die indigene Bevölkerung mit diesem Konflikt nichts zu tun hat und dennoch im Ernstfall massiv unter den Konsequenzen zu leiden hätte.

Bereits jetzt sind die konkreten Auswirkungen der Truppenaufstockung auf Guam zu spüren. Der stete Zustrom an Militärpersonal führt zu zunehmender Knappheit an Wohnraum. Militärangehörige profitieren von staatlichen Zuschüssen und treiben die

Marktpreise zusätzlich in die Höhe, weshalb viele einheimische Bewohner*innen große Schwierigkeiten haben, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Auch Umweltschäden durch Militärübungen sorgen immer wieder für Proteste.

Der Konflikt hat erneut eine Debatte um Guams politischen Status angefacht. Die einheimische Bevölkerung hat kaum Einfluss auf Entscheidungen des Verteidigungsministeriums, Truppen auf dem US-Territorium zu stationieren. Bisher muss das Verteidigungsministerium die Inselregierung lediglich über seine Pläne informieren. Eine Kommission auf Guam will sich daher mit der Änderung des politischen Status von Guam befassen und per Referendum dem Territorium mehr Autonomie verschaffen.

Dabei stehen drei Szenarien zur Auswahl: (1) Guam könnte, wie Hawai'i, den Status eines Bundesstaats anstreben. In diesem Fall würden der Bevölkerung wesentlich mehr Rechte, wie zum Beispiel das Wahlrecht zustehen. (2) Eine zweite Option wäre die Assoziationsfreiheit, vergleichbar mit den Föderierten Staaten von Mikronesien oder Palau. Damit würde der Regierung von Guam wesentlich mehr Autonomie zustehen. (3) Ein drittes Szenario wäre die vollständige Unabhängigkeit von den USA. Laut Experten ist es in jedem Fall jedoch unwahrscheinlich, dass die US-Regierung das Ergebnis des Referendums anerkennen würde.

(https://www.aljazeera.com/program/the-take-2/2025/4/21/aje-onl-tt_usa_armingthepacific_av_v2-210425,
<https://www3.nhk.or.jp/nhkworld/en/news/videos/20250516220807392/>,
<https://prismreports.org/2025/05/12/guam-military-marines-housing/>)

Naturschutz: transnationale und kommunale Lösungsansätze

Nördliche Marianen: Im Rahmen einer Umweltschutzinitiative haben sich staatliche und zivilgesellschaftliche Einrichtungen auf Guam und den Nördlichen Marianen zusammengeschlossen, um eine gemeinsame Vision für den Umweltschutz auf den Marianen zu entwickeln. Ziel der Initiative ist es, bedrohte Arten zu identifizieren und Strategien für einen besseren Schutz zu erarbeiten.

Laut Experten und Teilnehmenden seien die Herausforderungen für Ökosysteme meist transnationaler Natur. Es sei daher sinnvoll und effektiver, grenzüberschreitend an Lösungen zu arbeiten. An der Initiative sollen auch verschiedenste Interessengruppen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft beteiligt werden, um eine breitere Unterstützung in der Bevölkerung für die geplanten Maßnahmen zu erreichen.

Eine konkrete und relativ erfolgreiche Schutzmaßnahme ist die jährliche Vogelzählaktion auf den Nördlichen Marianen, bei der ein Verbund aus Freiwilligen verschiedene Vogelarten und deren Verbreitung erfasst. Die Aktion ist nicht nur essenziell für Schutzmaßnahmen, sondern fördert auch das Bewusstsein für die Einzigartigkeit von Flora und Fauna auf den Nördlichen Marianen.

(<https://www.kuam.com/story/52821256/guam-and-cnmi-collab-on-regional-wildlife-conservation-planning>,
<https://www.rnz.co.nz/news/pacific/561321/northern-mariana-islands-annual-bird-count-highlights-conservation-success>)

Widerstand gegen US-Truppen auf den Nördlichen Marianen

Nördliche Marianen: Angesichts einer geplanten Ausweitung von Militärübungen der US-Marine auf den Nördlichen Marianen äußern Anwohnende, Aktivisten und Umweltschützer*innen Besorgnis über potenzielle Umweltschäden. Marine-Vertreter kündigten bereits an, die Bedenken der Lokalbevölkerung zu berücksichtigen und die Pläne dementsprechend anzupassen.

Mit der Verlegung der US-Truppen von Okinawa (Japan) nach Guam steigt auch der Bedarf an Truppenübungsplätzen. Laut US-Militär würden die bestehenden Truppenübungsplätze auf der Insel Tinian nicht weiter ausgebaut werden, sondern lediglich die Frequenz der Übungen erhöht und zusätzliches technisches Equipment verwendet werden.

Dennoch sorgen sich Naturschutzverbände um die Zerstörung von Lebensräumen gefährdeter Arten, die die Ökosysteme des Inselstaates aus dem Gleichgewicht bringen. Zum Beispiel könnten geplante Übungsmanöver in Waldgebieten, in denen der besonders gefährdete *Tinian-Monarch* heimisch ist, die Nistplätze dieser Vogelart zerstören und zu einem weiteren Populationsrückgang führen. Auch Fledermausarten, Zugvögel und natürliche Vegetation, die bereits durch Bebauung, invasive Arten und den Klimawandel bedroht sind, könnten mit der intensiveren Militärpräsenz weiter Schaden nehmen.

Auch Experten für Küstenschutz und Kulturhistoriker schlagen Alarm, da durch die Militärübungen wichtige kulturelle und

historische Stätten der CHamoro zerstört werden könnten.

Die US-Marine kündigte daher eine Umweltverträglichkeitsprüfung an. Zudem sollen sich die Militäraktivitäten auf Tinian beschränken und nicht wie zuvor geplant Pagan Island miteinbeziehen. Während der Prüfphase ist die Bevölkerung dazu angehalten, an Versammlungen teilzunehmen und öffentlich Stellung zu beziehen. Das Feedback soll laut Marine dann in den weiteren Planungsprozessen berücksichtigt werden.

(<https://www.rnz.co.nz/news/pacific/563859/environmental-concerns-take-centre-stage-as-us-military-releases-revised-cnmi-plan>,
<https://www.kuam.com/story/52842050/military-seeks-public-input-on-mariana-islands-training-plan>,
<https://www.rnz.co.nz/news/pacific/559590/northern-mariana-islands-residents-weigh-the-costs-of-a-us-military-build-up-on-tinian>)

Medienlandschaft und Pressefreiheit auf Nauru

Nauru: Im März 2025 veröffentlichte die australische Rundfunkanstalt ABC eine Studie zur Pressefreiheit und Medienlandschaft in insgesamt zwölf Pazifikstaaten, darunter auch Nauru. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Pressefreiheit in dem Inselstaat stark eingeschränkt ist und keine unabhängige Berichterstattung möglich ist.

Eine Besonderheit des Mediensystems auf Nauru ist, dass alle Medieneinrichtungen grundsätzlich verstaatlicht sind und Journalist*innen als Beamte im Auftrag der Regierung arbeiten. Es gibt auf Nauru daher weder private Medienanstalten noch unabhängige Berichterstattung und Inhalte sind selten

regierungskritisch. Auch ausländischen Medienvertretenden wird die Einreise und journalistische Arbeit erschwert. Aufgrund der eingeschränkten Berichterstattung lokaler Medien sind ausländische Mediendienste umso beliebter.

Viele Bewohner*innen Naurus nutzen außerdem soziale Medien wie Facebook, um sich zu informieren. Auch hier greift jedoch die staatliche Zensur, und ein gesellschaftlicher Diskurs ist nur sehr eingeschränkt möglich.

Ähnlich wie in anderen Pazifikstaaten stellen fehlende oder langsame Internetverbindungen eine weitere Herausforderung für den Zugang zu Informationen dar. Der geplante Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur soll die Verbindung auf Nauru jedoch verbessern und beschleunigen. (<https://www.abc.net.au/abc-international-development/state-of-the-media-nauru-2025/105005276>)

Verschiedene Ansätze der Armutsbekämpfung

Nauru ist eines der am stärksten von Entwicklungshilfe abhängigen Länder der Welt. Vor allem in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Bildung und Ernährungssicherheit mangelt es an vielem. Etwa 14 % der Haushaltseinnahmen stammen aus ausländischen Hilfsgeldern. Australien ist dabei Naurus wichtigster Entwicklungshilfepartner und stellt rund 66 % der Mittel bereit.

Im Januar 2024 brach Nauru seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan ab und nahm stattdessen Beziehungen zur Volksrepublik China auf. Im Gegenzug unterstützt die Regierung in Peking den Inselstaat seither ebenfalls mit

Hilfsgeldern. Chinas verstärkte Präsenz in Nauru verkompliziert die geopolitische Lage in der Region und könnte zu weiteren Spannungen zwischen Australien und China führen. Gleichzeitig bietet der neue Partner für Nauru aber auch bedeutende Chancen in der Armutsbekämpfung.

Im Pazifikraum belegt Nauru in Bezug auf Lebenserwartung, Kindersterblichkeit und Nahrungsmittelknappheit einen der letzten Plätze. Etwa jeder vierte Bewohner Naurus lebt unterhalb der Armutsgrenze. Die verschiedenen Entwicklungspartner verfolgen jeweils unterschiedliche Ansätze, um diese Herausforderungen zu bewältigen.

(1) Australische Entwicklungspolitik: Australiens umfassendes Entwicklungsprogramm konzentriert sich auf Gesundheit, Bildung, wirtschaftliche Maßnahmen und Katastrophenhilfe. Innerhalb der nächsten zehn Jahre sollen 50 Millionen US-Dollar in das Programm *Ra'ña Tsimorum* („Look After Your Life“) fließen. Es soll die Qualität und Effizienz des Gesundheitssystems verbessern. Auch die Ausbildung von medizinischem Fachpersonal wird finanziell unterstützt. Darüber hinaus fördert Australien verschiedene Bildungsprojekte, die insbesondere auf eine höhere Schulbesuchsquote abzielen.

Naurus wirtschaftliche Entwicklung wird durch ein weiteres, 60 Millionen US-Dollar umfassendes Programm unterstützt, das sich auf Haushaltsmanagement und wirtschaftliche Diversifizierung konzentriert. Mit der Förderung langfristiger finanzieller Autonomie und Beiträgen zum Generationen-Treuhandfonds hilft

Australien Nauru dabei, angesichts zukünftiger Unsicherheiten eine größere wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit aufzubauen.

(2) Chinas Rolle bei der Armutsbekämpfung: Chinas Entwicklungsstrategie orientiert sich an der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Die „Globale Entwicklungsinitiative“ priorisiert Armutsbekämpfung, Ernährungssicherheit, Industrialisierung, Digitalwirtschaft, Konnektivität und Nachhaltigkeit. In Nauru liegt Chinas Fokus vor allem auf groß angelegten Infrastrukturprojekten. Bereits 2019 begann die *China Harbor Engineering Company* mit dem Bau des landesweit größten Hafens. Dieses Projekt eröffnete Nauru den Zugang zu internationalen Märkten und schuf neue sowie besser bezahlte Arbeitsplätze für die einheimische Bevölkerung. China engagiert sich außerdem im Energiesektor – etwa mit einem fertiggestellten Solarkraftwerk, einem Batteriespeichersystem und einem Umspannwerk. Zudem unterstützte Peking den Erwerb eines Containerschiffs, das den direkten Warentransport zwischen Australien und Nauru ermöglicht. Dadurch können sowohl Preise für Importgüter als auch Wartezeiten deutlich reduziert werden.

Armutsbekämpfung in Nauru: Australien und China spielen trotz – oder gerade wegen – ihrer unterschiedlichen Ansätze eine zentrale Rolle bei der Armutsbekämpfung in Nauru. Während Australien auf nachhaltige Entwicklung durch Gesundheits-, Bildungs- und Wirtschaftsprogramme setzt, bietet Chinas gezielte Infrastrukturhilfe kurzfristige Verbesserungen und

konkrete wirtschaftliche Chancen.

Gemeinsam können beide Staaten einen bedeutenden Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Naurus leisten – vorausgesetzt, ihre Initiativen orientieren sich an den tatsächlichen Prioritäten und Bedürfnissen der Inselbevölkerung.

(<https://borgenproject.org/poverty-reduction-in-nauru/>)

Modernes Fracht- und Passagierschiff

Tuvalu: Am 1. April traf ein neues, hochmodernes Passagier- und Frachtschiff auf Tuvalu ein. Der Minister für Verkehr, Energie, Kommunikation und Innovation von Tuvalu, Simon Kofe, sagte, der Inselstaat habe auf diesen historischen Tag gewartet: *„Dieses Schiff wird eine Lebensader für die Menschen auf den äußeren Inseln sein und einen sichereren Personen- und Warentransport gewährleisten, der unsere Wirtschaft und den regionalen Handel ankurbeln wird“*, sagte Kofe.

Das 67 Meter lange und 13 Meter breite Schiff verfügt über modernste Navigationssysteme, ist rollstuhlgerecht, hat nach Geschlechtern getrennte Toiletten und einen eigenen Bereich für Frauen.

Die Leiterin der Asiatischen Entwicklungshilfebank (ADB) für den pazifischen Raum, Emma Veve, sagte, die *„Manu Sina“* sei so konzipiert, dass sie den besonderen Bedürfnissen der äußeren Inseln von Tuvalu gerecht werde und gleichzeitig internationale Standards für Treibstoffeffizienz, Qualität und Sicherheit erfülle. *„Das Schiff wird eine wichtige Rolle bei*

der Verbesserung der Verbindungen zwischen den äußeren Inseln, der Hauptstadt Funafuti und den Nachbarländern Fidschi und Kiribati spielen und den Zugang der Menschen zu wirtschaftlichen Möglichkeiten, Gesundheitskliniken, Märkten und Schulen verbessern“, erklärte sie beim Einlaufen des Schiffes im Hafen von Funafuti.

Info: Der Bau des mehrere Millionen Dollar teuren Schiffes wurde vom Asiatischen Entwicklungsfonds der ADB (30 Millionen Dollar) und der Regierung von Tuvalu (3 Millionen Dollar) gemeinsam finanziert. Es wurde von der Firma *Honda Heavy Industries* in Saiki (Japan) gebaut. (Artikel von Julia Ratzmann. *RNZ Pacific* 02.04.25, <https://maritimeoptima.com/>)

MARSHALL-INSELN

Tiefsee-Kartierung ist geplant

Ein Vorausteam des *Ocean Exploration Trust* besuchte Ende April Majuro, um sich mit den Beamten der *Marshall Islands Marine Resources Authority* (MIMRA) und weiteren Regierungsvertretern, Studierenden und Pädagogen zu treffen und sich auf den Besuch des *Nautilus*-Forschungsschiffs der Organisation im August vorzubereiten. Während des Besuchs in der MIMRA-Zentrale zeigte Direktor Glen Joseph dem Besuchsteam auch die Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen der MIMRA.

Im Rahmen eines Tiefseekartierungsprojekts sollen die Marshall-Inseln als eine von mehreren Inseln in der Region Mikronesien noch in diesem Jahr kartiert werden. Im August sollen der Meeresboden und die (vermuteten)

300 Meeresberge innerhalb der 200-Meilen-Zone rund um die Marshall-Inseln von dem Team der *Nautilus* erforscht werden. Dazu wird ein Unterwasserfahrzeug des 68 Meter langen Forschungsschiffs den Meeresboden durchstreifen und einen Live-Stream an Deck senden, wo das Forschungsteam die Daten auswerten kann. Das ferngesteuerte Unterwasserfahrzeug kann in einer Tiefe von bis zu 4.000 Metern (13.100 Fuß) arbeiten.

Das Forschungsteam betonte, dass die Fotos und Daten aus der Tiefseekartierung jedem der neun Länder, in dem sie arbeiten, zur Verfügung gestellt werden. „Wir stellen den lokalen Verwaltungsbehörden Festplatten mit Daten zur Verfügung“, erklärte ein Sprecher. „Die gleichen Informationen werden auch auf eine Website hochgeladen, damit sie für politische Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit zugänglich sind. Der Datensatz soll zu einer globalen Diskussion (über die Ozeane) beitragen“, so der Sprecher der Organisation weiter. „Das Team bereitet die Daten in öffentlich verständlichen Präsentationen auf.“

Hintergrund: Der *Ocean Exploration Trust* arbeitet bei dem bevorstehenden Besuch seines Schiffes *Nautilus* mit der MIMRA zusammen. Neben dieser Partnerschaft kooperiert der *Ocean Exploration Trust* mit dem *National Geographic Pristine Seas Programm*, das bereits letztes Jahr in den Gewässern der Marshall-Inseln unterwegs war, um das reiche Meeresleben in und um die Inseln Bokar und Bikar im Norden der Marshall-Inseln zu dokumentieren. (<https://rmimira.com/>, *Marshall Islands Journal* 24.04.25)

Verpflichtung zu sauberer Energie

Auf der 16. Konferenz zur Nachhaltigkeit von Inseln an der Universität von Guam Mitte April unterzeichnete die Präsidentin der Marshall-Inseln, Dr. Hilda Heine, das „*Blue-Planet-Klimaabkommen*“, mit dem sich ihr Land offiziell dazu verpflichtet, bis 2045 zu 100 % erneuerbare Energien zu nutzen.

Das Abkommen, das in Zusammenarbeit mit der *Blue Planet Alliance* geschlossen wurde, bringt die Klimastrategie der Marshall-Inseln in Richtung Netto-Null-Emissionen voran.

Präsidentin Heine schloss sich auch der „*Guam Green Growth Initiative*“ an, die einen wichtigen Schritt zur Verwirklichung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung in der Region darstellt. (*Kuam News* 18.04.25)

Radiosender wieder auf Sendung

Der australische Radiosender *ABC Radio Australia* ging am 13. Juni um 19 Uhr in Majuro auf Sendung und sendete zum ersten Mal seit über fünf Jahren wieder rund um die Uhr auf der Frequenz 106.7FM.

Anlässlich dieses Meilensteins hatte der australische Botschafter Paul Wilson zu einer Veranstaltung in Wallaby Downs eingeladen, bei der der Countdown bis zur offiziellen Eröffnung des Senders heruntergezählt wurde.

Ministerin Bremity Lakjohn sagte zur Wiederinbetriebnahme des Senders: „*Durch den Empfang von 106.7FM haben die Einwohner von Majuro rund um die Uhr den gleichen Zugang zu ABC*

Radio Australia wie die Menschen in den großen Zentren im Pazifik – ob in Nadi oder Nuku'alofa, Arawa oder Apia, Kokopo oder Koror.“

Die Regierung der Marshall-Inseln hatte sich um die Wiederaufnahme des Sendebetriebs auf dem Majuro-Atoll bemüht. Geographisch sei man weit weg von anderen pazifischen Inselstaaten, aber mittels des Radiobetriebs fühle man sich miteinander verbunden und informiert über das, was außerhalb der Marshall-Inseln passiere, hieß es aus Regierungskreisen.

Der australische Radioservice bietet den Hörer*innen ein umfangreiches Programm mit maßgeschneiderten Sendungen über die neuesten pazifischen Nachrichten, Musik, Sport, Kultur, Gesundheit, Wissenschaft und Glauben.

Mit der Installation eines UKW-Senders auf Majuro hat *ABC Radio Australia* die Ausweitung seiner Dienste im Pazifikraum abgeschlossen. Der Start ist der letzte Teil einer Expansion, die im September 2023 mit Ghizo Island auf den Salomonen begann und dann auf den Föderierten Staaten von Mikronesien (Pohnpei), Palau (Koror), Nauru, Kiribati (Tarawa), Tuvalu (Funafuti), die Cook-Inseln (Rarotonga), Auki auf den Salomonen und drei weitere Standorte in Papua-Neuguinea (Ost-Neubritannien (Kokopo), Manus Island (Lorengau) und die Autonome Region Bougainville) fortgeführt wurde.

Hintergrund: Das *Radio Australia* der *Australian Broadcasting Association* wurde zu Beginn des Zweiten Weltkriegs gegründet, um der Propaganda der Achsenmächte entgegenzuwirken.

Jahrzehntlang bot es den Menschen in der Region einen unabhängigen Nachrichtendienst.

Vor etwa einem Jahrzehnt zwangen Haushaltskürzungen der australischen Regierung *ABC Radio Australia* dazu, seine Berichterstattung und seine Dienste einzustellen und sich ausschließlich auf den Großraum Pazifik und Timor-Leste zu konzentrieren. Erst ab 2023 konnte die ABC erneut mit der Ausweitung seines Sendebetriebs auf kleinere Inseln beginnen. *Radio Australia* sendet inzwischen in verschiedenen pazifischen Sprachen. Dabei stellt es seine Informationen und Recherchen auch kleinen lokalen Radiosendern zur Verfügung.

(*Marshall Islands Journal* 19.06.25, <https://www.abc.net.au/pacific/abc-australia-pacific-fm-rollout-marshall-islands/105404032>)

Invasiver Frosch bedroht einheimische Arten

Biologen der *University of Texas* (UTA, USA) in Arlington haben erstmals einen invasiven Frosch - den Gewächshausfrosch - auf den Marshall-Inseln entdeckt.

„Diese ursprünglich aus der Karibik stammenden Frösche sind dafür bekannt, dass sie ihren Lebensraum erweitern, indem sie sich in Erde, Topfpflanzen und landwirtschaftlichen Materialien einnisten“, erklärte Samuel Fisher, ein Doktorand der UT Arlington. „Wir fanden die Frösche vor allem auf *Laura Island*, einer der größeren Inseln, auf der sich auch der Hauptflughafen befindet, aber wir konnten sie auch auf anderen Inseln nachweisen“, sagte er weiter.

Der Gewächshausfrosch ist nicht die einzige eingeführte Art, die

den Biologen und Naturschützern Anlass zur Sorge gibt. Das UTA-Team untersuchte auch die Grüne Anolis, eine in Texas und Oklahoma beheimatete Eidechse, die im gesamten Südosten der Vereinigten Staaten verbreitet ist. Die möglicherweise aus Hawai'i eingeschleppte Grüne Anolis hat sich auf der Hauptinsel der Marshall-Inseln ausgebreitet. Die Forscher fanden Hinweise darauf, dass sie möglicherweise den Smaragdbaumskink, eine einheimische Echtenart, verdrängt.

„Auch wenn diese Frösche und Eidechsen harmlos erscheinen, können sie große ökologische Störungen verursachen, indem sie einheimische Arten verdrängen, die Nahrungsketten verändern und möglicherweise Krankheiten verbreiten - sowohl bei Tieren als auch bei Menschen“, erklärte Dr. Fujita, der Leiter des universitären Forschungsteams auf den Marshall-Inseln.

Hintergrund: In Zusammenarbeit mit lokalen Partnern wie der Quarantäneabteilung des *Ministeriums für natürliche Ressourcen und Handel der Marshall-Inseln* und dem Sekretariat des regionalen Umweltprogramms für den Pazifik untersuchte das UTA-Team gemeinsam mit Wissenschaftler*innen des *U.S. Geological Survey*, wie sich die Landschaft der Region in den letzten 40 Jahren verändert hat. Ihre Forschung umfasste eine Analyse der Veränderungen der Inselgröße, der Form, der Vegetation und vor allem der Zusammensetzung der Reptilien und Amphibien.

Neben der Feldforschung führte das UTA-Team auch Biosicherheitsschulungen für lokale Beamte durch, um die

Früherkennung und Bekämpfung invasiver Arten zu unterstützen.

„Die Erforschung invasiver Arten ist für alle Regionen von enormer Bedeutung, aber Inseln sind besonders gefährdet, da sie oft nur über begrenzte natürliche Feinde verfügen, um die Bedrohung durch neue Organismen auszugleichen“, erläuterte Doktorand Fisher. (*Marianas Variety* 09.04.25, <https://www.uta.edu/news/news-releases/2025/04/07/uta-researchers-find-invasive-frog-on-pacific-island#:~:text=Green-house%20frog%20discovered%20by%20UT%20Arlington%20team%20in,Islands%20threatens%20local%20ecosystems%20by%20displacing%20native%20species>)

KIRIBATI

Auswirkungen von staatlicher Kontrolle und Überwachung auf die Pressefreiheit

Im März 2025 veröffentlichte die australische Rundfunkanstalt ABC eine Studie zur Pressefreiheit und Medienlandschaft in insgesamt zwölf Pazifikstaaten, darunter auch Kiribati. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die unabhängige Berichterstattung lokaler Medieneinrichtungen durch staatliche Regulierung behindert wird – insbesondere in der politischen Berichterstattung.

Nachrichtensender werden demnach zeitweise von staatlichen Behörden überwacht, um sicherzustellen, dass der Inhalt nicht im Widerspruch zu Regierungsinformationen steht. Die Befragten gaben außerdem an, dass aufgrund von Interessenkonflikten keine klare Trennung zwischen Politik und Medien besteht. Die Unabhängigkeit der Medien ist dadurch in Teilen stark

eingeschränkt.

Die Studie stellte außerdem fest, dass das Recht auf Zugang zu Informationen nicht ausdrücklich in der Verfassung verankert ist und der Zugang zu Regierungsinformationen für Journalisten dadurch erheblich erschwert wird. Weitere Herausforderungen stellen die geringe staatliche Finanzierung und die schlechte Internetverbindung dar. Aufgrund begrenzter finanzieller Mittel kommt es immer wieder zu Übertragungsunterbrechungen. Auch der fehlende Internetzugang in abgelegeneren Teilen des Inselstaates macht es manchen Bewohnenden gänzlich unmöglich, auf Nachrichten und Inhalte zuzugreifen.

Die Studie zeigt aber auch positive Entwicklungen auf: Demnach spielt das Thema Inklusion in der Berichterstattung eine immer größere Rolle. Verschiedene lokale Organisationen haben sich in den letzten Jahren für Geschlechtergleichstellung und soziale Inklusion eingesetzt. Dadurch ist die Sensibilität für strukturelle Ungleichheiten in der Berichterstattung gestiegen.

(<https://monitor.civicus.org/ex-plore/kiribati-challenges-for-press-freedom-and-access-to-information/>,
<https://www.abc.net.au/abc-international-development/state-of-the-media-kiribati-2025/105005776>,
<https://live-production.wcms.abc-cdn.net.au/49825f71a15dc72b6c25887730e4c71b>)

Kava-Konsum bereitet Gesundheitsministerin Sorgen

Die Behörden auf Kiribati äußern sich besorgt über den wachsenden Konsum von Kava, auch Rauschpfeffer genannt. Die Pflanze ist in Ozeanien vor allem aufgrund ihrer beruhigenden Wirkung beliebt. Übermäßiger

Konsum kann sich jedoch negativ auf die Gesundheit auswirken.

Traditionell wird Kava zu einem Getränk verarbeitet und verursacht kaum Nebenwirkungen. Gesundheitsexperten warnen allerdings davor, Kava in konzentrierter Form einzunehmen – zum Beispiel als Pillen oder Pulver.

Allein 2024 hat Kiribati 280 Tonnen des pflanzlichen Produkts importiert; das entspricht einem jährlichen Pro-Kopf-Konsum von zwei Kilogramm.

Familienministerin Ruth Cross Kwansing sorgt sich allerdings nicht nur um individuelle gesundheitliche Auswirkungen, sondern auch um die gesellschaftlichen Konsequenzen. Laut Kwansing litten viele Familien darunter, dass Männer abendlang Geld in Kava-Bars ausgäben und die Zeit nicht mit ihren Familien verbringen würden.

Auch anderen Pazifikstaaten, wie Tonga, bereitet der Kava-Konsum Kopfzerbrechen, weshalb Tonga den Export von Kava teilweise einschränkt. Der Großteil der Kavapflanzen wird im Pazifik angebaut, anschließend nach China exportiert, dort zu konzentrierten Extrakten und Pillen verarbeitet und wieder in die Pazifikstaaten importiert. Indem Tonga den Export nach China einschränkt, möchte die Regierung lediglich den Konsum von hochdosierter Kava unterbinden – das traditionelle Kava-Getränk soll jedoch weiterhin erlaubt bleiben.

(<https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/562610/kiribati-considerable-kava-consumption-and-concerns>,
<https://www.abc.net.au/pacific/programs/pacificbeat/kiribatikava-react/105346036>)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Erste Frau im Amt

Tonga: Loupua Pahulu-Kuli wurde am 28. März 2025 zur Obersten Richterin am Magistratsgericht in Tonga ernannt. Sie ist damit die erste Frau im Amt und zugleich die jüngste Amtsinhaberin.

Das Magistratsgericht ähnelt den neuseeländischen Bezirksgerichten. Der König von Tonga ernennt den Chief Magistrate auf Empfehlung des Ausschusses für Richterernennung und Disziplinarangelegenheiten.

Zu Pahulu-Kulis Aufgaben gehören Straf-, Zivil-, Familien- und Jugendstrafsachen sowie die Beaufsichtigung von Justiz- und Verwaltungsaufgaben.

Pahulu-Kuli tritt die Nachfolge von Sione Folau Lokotui an, der 15 Jahre lang im Amt war. Mit 50 Jahren ist sie die jüngste Amtsinhaberin als Chief Magistrate. Das Amt kann bis zum Alter von 72 Jahren ausgeübt werden.

Sie freue sich auf ihre Aufgabe, denn Tonga sei ihre Herzensheimat, so die Juristin: „*Tonga ist ein so kleiner Ort. Aus meiner Arbeit als Bewährungshelferin kenne ich immer noch Fälle oder Angeklagte, mit denen ich gearbeitet habe*“, erklärte sie nach ihrer Ernennung.

Info: Pahulu-Kuli studierte zunächst Naturwissenschaften an der Universität von Auckland, wechselte dann aber in die

Rechtswissenschaften. Sie erhielt ein Stipendium für ein Jurastudium an der *University of the South Pacific* in Vanuatu.

Vor ihrer Ernennung zur Obersten Richterin war sie unter anderem Lehrerin an einer High School, Übersetzerin am Obersten Gerichtshof, Bewährungshelferin, Rechtsdolmetscherin, stellvertretende Staatsanwältin, Rechtsforscherin für das Parlament und Privatanwältin. Im Jahr 2017 kandidierte Pahulu-Kuli erfolglos für einen Sitz im Parlament. (*Pacific Media News 11.04.25*)

Prinzessin setzt sich für Schutz der Wale ein

Tonga: Prinzessin Angelika Lātūfuipeka hat auf dem „*UN One Ocean Science Congress*“ (OOSC) in Nizza (Frankreich) vom 3. bis 6. Juni 2025 als Leiterin der pazifischen Delegation teilgenommen. Zugleich vertrat sie die Umweltschutzorganisation „*Huelo Mata-moana Trust*“ von Tonga, die sich für einen stärkeren Schutz der Wale und einen nachhaltigeren Umgang mit den Ozeanen einsetzt.

Bereits 1978 hatte König Tāufaāhau Tupou IV. Geschichte geschrieben mit einem königlichen Erlass, der die Waljagd in den tongaischen Gewässern verbot und damit eines der ersten Walschutzgebiete der Welt schuf. Dieses fortschrittliche Dekret kam dem weltweiten Verbot des kommerziellen Walfangs durch die Internationale Walfangkommission um mehrere Jahre zuvor und festigte den Ruf Tongas als Pionier in Sachen Meeresschutz.

Prinzessin Lātūfuipeka führt dieses Erbe fort. Zum Welttag der

Ozeane am 8. Juni hat sie die Kampagne „*I'm a Person, too*“ (Ich bin auch eine Person) ins Leben rufen, die die Anerkennung von Walen als Rechtspersonen fordert. Mehr als 300.000 Menschen haben bisher die Gemeinschaftspetition von *Avaaz* unterzeichnet und unterstützen damit die historischen Bemühungen um die Anerkennung der Wale als fühlende Wesen mit dem Recht auf Leben, Kultur und Schutz vor Schaden.

Durch die Verbindung von indigenem Wissen mit modernstem Umweltrecht zielt diese Kampagne darauf ab, das globale Bewusstsein zu verändern und einen rechtlichen Präzedenzfall für die bedrohten Meeresbewohner zu schaffen.

Durch die Verankerung der Walrechte im nationalen Recht könnte Tonga erhebliche Vorteile erzielen:

1) Förderung des Ökotourismus: Gesetzlich geschützte Walpopulationen und internationale Anerkennung werden Tonga als nachhaltiges Walbeobachtungsziel positionieren und die Besucherzahlen im gesamten Südpazifik erhöhen.

2) Erschließung naturbasierter Finanzquellen: Der rechtliche Schutz eröffnet den Zugang zu Märkten für „blaue“ Natur und nachhaltige Investitionen, wodurch neue Finanzmittel für die Klimaresilienz und den gemeinschaftsgetragenen Naturschutz bereitgestellt werden.

3) Verstärkung der globalen Führungsrolle: Die Präsenz von Prinzessin Lātūfuipeka auf der Weltbühne bestätigt Tongas Platz als lösungsorientierte Stimme für die Gerechtigkeit im Meer.

(*Tonga Independent 03.06.25, RNZ Pacific 18.06.25, Wikipedia*)

Frankreich eröffnet erste Botschaft für Polynesien

Samoa: Frankreich hat im März eine Botschaft in Apia (Hauptstadt von Samoa) eröffnet. Nach Angaben des französischen Außenministeriums handelt es sich um die erste französische Botschaft in der Region Polynesien. Mit der Botschaft sollen die Beziehungen zwischen Samoa und den französischen Territorien Französisch-Polynesien, Neukaledonien und Wallis und Futuna gestärkt werden.

Der Berufsdiplomat Guillaume Lemoine wurde am 6. Januar 2025 zum ersten französischen Botschafter mit Sitz in Apia ernannt. Zuvor war er von 2020-2024 Missionschef in Port Moresby (Papua-Neuguinea). Lemoine und ein kleines Team arbeiten noch vor Ort an der Einrichtung dieses neuen diplomatischen Postens.

Die französische Regierung in Paris beschrieb die Beziehungen zwischen Frankreich und Samoa als „*von demselben Wunsch geleitet: Frieden, Sicherheit, den Kampf gegen den Klimawandel und den Schutz der biologischen Vielfalt im Pazifik und weltweit zu fördern*“. (*RNZ Pacific 10.03.25*)

Women's History Month

US-Samoa: Anlässlich des „*Women's History Month*“ im März empfing First Lady Dr. Lois Pula im Gouverneursgebäude von Pago Pago in US-Samoa die „*Women's Coalition of American Samoa*“ (WCAS) zu einem Abend der Begegnung, der Reflexion und der Inspiration. Das Thema des festlichen Empfangs lautete „*Moving*

Forward Together - Women Educating and Inspiring Generations“. Bei der Veranstaltung teilten erfolgreiche Frauen ihre Lebensgeschichte, allen voran die First Lady selbst. Sie hatte erst im Alter von 50 Jahren ein Studium aufgenommen und es 2011 mit Erfolg abgeschlossen. In ihrer Examensarbeit ging es um Bildung und strategische Kommunikation.

WCAS-Präsidentin Vaitinasa gab einen Überblick über die Geschichte und die Ziele der Frauenvereinigung. Man wolle die Frauen von Amerikanisch-Samoa stärken, sie befähigen und vereinen, damit ihre Stimmen in der (politischen) Öffentlichkeit gehört und ihre Führungsqualitäten anerkannt werden, so die Präsidentin in ihrer leidenschaftlichen Ansprache.

Die Kongressabgeordnete Uifa'atali Amata aus dem US-Kongress hob die Bedeutung der Frauen in der samoanischen Kultur hervor. In ihrem schriftlichen Grußwort für den *Womens' History Month* wies Amata auf die vielen starken Frauen in Samoas Geschichte hin. Sie schrieb: „*Als erste weibliche Vertreterin Amerikanisch-Samoas im Kongress ist mir besonders bewusst, dass ich ohne die Beispiele und Opfer der Frauen, die vor mir da waren, nicht da wäre, wo ich jetzt bin.*“ (Samoa News 04.03.25)

125. Flaggentag auf US-Samoa

US-Samoa: Die Kongressabgeordnete für US-Samoa im amerikanischen Kongress, Uifa'atali Amata, hat an das erste Hissen der US-Flagge auf der Insel Tutuila vor 125 Jahren (im April 1900) erinnert.

„*Aus diesem Grund sind wir heute Teil eines großen und freien*

Landes, das weltweit Einfluss auf die Sache der Freiheit, der konstitutionellen demokratischen Regierung und der Wahlen, der Menschenrechte und der Menschenwürde ausübt, die wir alle hochhalten“, erklärte sie anlässlich des 125. Flaggentages, der jährlich in US-Samoa feierlich begangen wird und an die Inkorporation von Amerikanisch-Samoa in die Vereinigten Staaten von Amerika erinnert. Sie wies darauf hin, dass der Flaggentag seit jeher ein ganz besonderer Feiertag für alle Samoaner*innen sei und entsprechend traditionell gefeiert würde.

US-Samoa ist ein Außengebiet der USA im Herzen des pazifischen Ozeans. (Samoa News 15.04.25)

Stärkung der bilateralen Beziehungen

Cook-Inseln: Die Cook-Inseln haben ihre Beziehungen zu Französisch-Polynesien gestärkt, um die historischen Verbindungen zwischen ihren Staaten zu bekräftigen und Möglichkeiten für eine verstärkte Zusammenarbeit zu erörtern. Im Mittelpunkt der Gespräche Anfang April zwischen Premierminister Mark Brown von den Cook-Inseln und dem Präsidenten von Französisch-Polynesien, Moetai Brotherson, stand die gemeinsame Vision vom Wohlstand beider Staaten und einer guten Partnerschaft.

Ein wichtiges Gesprächsthema beider Staats- und Regierungschefs war die digitale Konnektivität, wobei Französisch-Polynesien auf die Erfolge bei der Unterwasserkabelverbindung durch die *South Pacific Connect Initiative* von Google hinwies. Diese Initiative wird die regionale

Telekommunikationsinfrastruktur durch die Verlegung von acht neuen unterseeischen Glasfaserkabeln verbessern.

Um auf die historisch gewachsenen guten Verbindungen der beiden Staaten, deren Notwendigkeit sich auch in der Corona-Krise zeigte, hinzuweisen, beschlossen beide Staatschefs den Abschluss eines „Freundschafts-Memorandums“. Diese Vereinbarung über die zukünftig noch engere Zusammenarbeit soll noch in diesem Jahr fertiggestellt werden.

Premierminister Brown teilte mit, dass die Cook-Inseln in den kommenden Monaten eine formelle Vertretung in Französisch-Polynesien durch einen Honorarkonsul einrichten werden, der konsularische Unterstützung leisten, die Verbindungen zu den Cook-Inseln stärken und die geschäftliche Zusammenarbeit erleichtern soll, wobei der Schwerpunkt auf der Förderung der bilateralen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit liegt.

Der Premierminister der Cook-Inseln ermutigte auch Präsident Brotherson, aktiv nach Möglichkeiten für eine gegenseitige Vertretung auf den Cook-Inseln zu suchen.

Premierminister Brown hob die laufenden Bemühungen der Cook-Inseln um die Ratifizierung des „Übereinkommens über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere in Gebieten jenseits der nationalen Gerichtsbarkeit“ hervor, während Präsident Brotherson den Cook-Inseln die Möglichkeit einer Zusammenarbeit im Bereich der erneuerbaren Energien im Rahmen des Projekts zur Umwandlung von Meeresenergie (*Ocean Thermal Energy*

Conversion) vorstellte, das auf der Insel Bora Bora beginnen soll. Diese von der Europäischen Union finanzierte Initiative zielt darauf ab, Bora Bora zu einem zu 100 % kohlenstofffreien Reiseziel zu machen. Unter Hinweis auf die ähnlichen geografischen Gegebenheiten der Cook-Inseln bekundete Premierminister Brown seine nachdrückliche Unterstützung und sein großes Interesse an diesem Projekt, das einen möglichen Weg zur Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen darstellt. (*Cook Island News* 04.04.25)

Mitiaro, Atiu, Mangaia und Mauke sind jetzt rauchfrei

Cook-Inseln: Die vier äußeren Inseln Mitiaro, Atiu, Mangaia und Mauke auf den Cook-Inseln wurden ab dem 31. Mai offiziell für rauchfrei erklärt. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums bildet diese Initiative den Abschluss eines fünfjährigen Projekts zur Planung, Organisation und Untersuchung von Maßnahmen zur Kontrolle des Tabakkonsums auf den äußeren Inseln.

Der Leiter der Abteilung für Gesundheitsförderung im Ministerium, Tereapii Tumutoa, erklärte, dass es den Unternehmen seit dem 31. Mai dieses Jahres, dem offiziellen Welttag der Tabakfreiheit, nicht mehr erlaubt ist, für Tabakprodukte zu werben und diese zu verkaufen. In der Öffentlichkeit darf nicht mehr geraucht werden.

Tumutoa sagte, die Menschen seien sich der Veränderungen im Zusammenhang mit dem Rauchen bewusst, seit bereits im August letzten Jahres das Verbot von Vapes im Rahmen des *Tobacco Products Control*

Amendment Act 2024 in Kraft getreten sei.

Die Geschäftsführerin der Insel Mitiaro, Anna Roi, erklärte, dass es den Einwohner*innen von Mitiaro erlaubt sei, Tabak für den persönlichen Gebrauch auf der Hauptinsel Rarotonga zu kaufen oder sich diesen auf die Insel schicken zu lassen, jedoch nicht zum Weiterverkauf.

Nachdem die vier Inseln Ende Mai für rauchfrei erklärt wurden, plant das Gesundheitsministerium jetzt, auch die Schul- und Gemeindehäuser auf allen Inseln zu rauchfreien Zonen zu erklären. Tumutoa sagte: „*Wir erklären Schulen, Hallen und Kirchen zu rauchfreien Zonen. Und wir haben eine Richtlinie für rauchfreie Arbeitsplätze, die gerade ausgearbeitet wird. Alle Regierungsvertreter werden also zu rauchfreien Arbeitsplätzen erklärt.*“

Die Vision des Gesundheitsministeriums sei es, dass als nächste Inseln Rarotonga und Aitutaki bis 2030 rauchfrei werden. (*Cook Island News* 28.04.25)

Tote Schildkröten lösen Alarm aus

Cook-Inseln: Ein Tierschutzverein auf den Cook-Inseln schlägt Alarm wegen unterernährter Schildkröten, die tot an den Stränden der Hauptinsel Rarotonga angespült werden.

Die Leiterin des *Discover Marine and Wildlife Eco Centre*, Stephanie Jansen, erklärte, dass der Mangel an nährstoffreicher Nahrung wie Seegras auf der Insel dazu führt, dass die Schildkröten unverdauliche Nahrung zu sich nehmen. Schildkröten ohne Seegras als Nahrung sind kleiner und

schwächer und werden immer anfälliger für den Hungertod, erklärte Jansen. Eine Lösung wäre die Anlage von Fütterungsstationen in der Avarua-Passage, in der etwa 30 Schildkröten leben. Fischer könnten Gurken, Paprika und Salat in die Passage einbringen, um die Schildkröten vor dem Hungertod zu retten, sagte die Meeresschützerin.

Info: Schildkröten haben einzigartige Gesichtsmuster, die wie die Fingerabdrücke eines Menschen zu ihrer Identifizierung verwendet werden können. (*Cook Islands News* 25.04.25)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI

Erhöhte radioaktive Belastung nach Tests in den 1970er Jahren

Frz.-Polynesien: Ende Februar veröffentlichte die französische Behörde für nukleare Sicherheit und Strahlenschutz (*Autorité de sûreté nucléaire et de radioprotection*, ASN) einen 50-seitigen Bericht über die Bewertung der radiologischen Belastung der tahitischen Bevölkerung durch den atmosphärischen Niederschlag des Centaure-Atomwaffentests vom 17. Juli 1974. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass im Jahr nach dem Test Kleinkinder stärker radioaktiv belastet wurden als Erwachsene, wobei in einigen Orten wie Hitia'a, dem Taravao-Plateau oder auch Teahupo'o höhere Dosen gemessen wurden. Die Hauptursachen waren externe Strahlung, Einatmen von Partikeln und deren Aufnahme über kontaminierte Lebensmittel (vor allem durch Gemüse und Milch).

Die 193 Atombombentests, die Frankreich zwischen 1966 und 1996 in Polynesien durchführte, blieben nicht ohne Folgen für die bewohnten Inseln, vom Gambier-Archipel über Tahiti bis zum Tureia-Atoll. Die Auswirkungen von sechs der 41 atmosphärischen Tests, die bis 1974 auf den Atollen Moruroa und Fangataufa durchgeführt wurden, darunter der Centaure-Test, wurden 2006 von der Direktion für militärische Anwendungen der Atomenergiebehörde (CEA) untersucht.

Hintergrund: Dieser Bericht erinnert detailliert auch an die Umstände des Atomtests Centaure, der am 17. Juli 1974 um 8 Uhr auf dem Moruroa-Atoll ausgelöst wurde: Die Explosion erzeugte eine radioaktive Wolke, deren Decke eine maximale Höhe von 5.200 Metern erreichte, die weit unter der ursprünglich erwarteten Höhe von 8.500 Metern lag. Entgegen der Vorhersage, dass der radioaktive Niederschlag im Norden stattfinden würde, wurde die Wolke mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von etwa 20 km/h in Richtung Westnordwest transportiert und erreichte die Insel Tahiti im Laufe des 19. Juli, weniger als zwei Tage nach der Explosion. Die Ankunft der Wolke auf Tahiti führte zu einem plötzlichen Anstieg der Luftverschmutzung und der Umgebungsstrahlung, wobei letztere zwischen 48 und 54 Stunden nach dem Abschuss ihren Höchstwert auf der Insel erreichte. Die zeitweiligen starken Niederschläge und die Blockierung der Luftmassen durch das Relief führten zu einer sehr heterogenen radioaktiven Ablagerung, die im Süden der Insel örtlich bis zu 100-mal höher war als im Westen, so die ASNR in ihrem Bericht. ([\[infos.com/%E2%80%8BLES-retombees-de-l-essai-Centaure-a-Tahiti_a229240.html\]\(https://infos.com/%E2%80%8BLES-retombees-de-l-essai-Centaure-a-Tahiti_a229240.html\)\)](https://www.tahiti-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Erster „Tag der Organspende“

Frz.-Polynesien: Mit Unterstützung des Gesundheitsministeriums gab es am 26. April erstmals einen polynesischen „Tag der Organspende“. Zukünftig soll dieses Datum nach einem Beschluss des Ministerrates fest im Feiertagkalender des französischen Überseegebietes verankert werden.

Seit 2013 ist es möglich, in Französisch-Polynesien eine Niere zu spenden, ohne dafür ins Mutterland Frankreich fliegen zu müssen. Jährlich stehen rund 100 Personen auf der Warteliste für eine Nierentransplantation. Seit 2013 wurden insgesamt 170 Nierentransplantationen durchgeführt, 37 von lebenden Spendern und 133 von verstorbenen Spendern. Andere Organe können mangels medizinischer Kapazitäten in Französisch-Polynesien nicht transplantiert werden.

Um potentielle Spender*innen, Patient*innen und Angehörige kümmern sich die Mitglieder des lokalen Vereins „Un don de vie“ (Ein Geschenk des Lebens). Anaïs Daniel Amoros und Marie Andro arbeiten als hauptamtliche koordinierende Krankenschwestern für Organspende und Projektbeauftragte des Vereins. (*TNTV News 25.04.25, France Info 25.04.25*)

IUCN ernennt wichtige Hai- und Rochengebiete

Pitcairn: Die IUCN (*International Union for Conservation of Nature*) hat bereits im Februar das zu den Pitcairn-Inseln gehörige Ducie

Atoll und die Insel Henderson als wichtige Hai- und Rochengebiete (*Important Shark and Ray Areas - ISRAs*) benannt und damit als kritische Gebiete für den Haischutz ausgezeichnet.

Die Ernennung ist das Ergebnis von Arbeiten, die vom „*Blue Belt Program*“ der britischen Regierung unterstützt werden, einer Initiative, die sich für den Meeresschutz der britischen Überseegebiete einsetzt.

Die Bewertungen stützen sich auf Daten, die vom *Global Ocean Wildlife Analysis Network* (GOWAN) und der lokalen Gemeinschaft der Pitcairner in den Jahren 2021-2023 gesammelt wurden. Die IUCN-Bewertung ergab, dass auf beiden Inseln Populationen von Grauen Riffhaien (*Carcharhinus amblyrhynchos*) vorkommen, während auf Ducie eine Population von Weißspitzen-Riffhaien (*Triaenodon obesus*) zu finden ist. Graue Riffhaie werden derzeit in der Roten Liste der bedrohten Arten der IUCN als gefährdet geführt, während Weißspitzen-Riffhaie als gefährdet eingestuft werden.

Info: Henderson und Dulcie gehören zu insgesamt 179 Orten in Neuseeland und im Pazifik, die neu als ISRAs ausgewiesen wurden.

(<https://divemagazine.com/scuba-diving-news/ducie-atoll-henderson-island-recognised-as-isras>)

UNESCO-Kurs stärkt Brandrisikomanagement

Rapa Nui: Das chilenische UNESCO-Regionalbüro für Lateinamerika und die Karibik hat in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium der Vereinigten Staaten (*US Forest Service*,

USDA) und der chilenischen Forstbehörde (CONAF) einen Einführungskurs über Waldbrände im Nationalpark Rapa Nui durchführt. An der Schulung nahmen 35 Mitglieder der indigenen Gemeinschaft Ma'u Henua teil, die im Nationalpark arbeiten, sowie interessierte Anwohnende des Hauptortes von Rapa Nui.

Die Teilnehmenden wurden in den wichtigsten Konzepten der Waldbrandverhütung und -bewältigung geschult, darunter Brennstoffarten, Topografie, meteorologische Variablen und allgemeine Notfallvorsorge. Der Kurs bot auch eine ausführliche Einweisung in das *Incident Command System* (ICS) und das *General Forest Fire Response Protocol* (PGAIF) und behandelte Themen wie Fluchtwege und Sicherheitszonen. Abschließend nahmen die Teilnehmenden an einer simulierten Waldbrandübung im Gelände teil.

Pilar Vicuña, Kulturkoordinatorin des UNESCO-Regionalbüros für Lateinamerika und die Karibik, erklärte, der Kurs sei wichtig für den Erhalt des kulturellen und natürlichen Erbes der chilenischen Insel im Ostpazifik, vor allem angesichts von Brandschäden an den berühmten Steinskulpturen *Moai* im vergangenen Jahr.

(<https://whc.unesco.org/en/news/2747>)

HAWAI'I

Einführung einer „Green Fee“

Laut einer Pressemitteilung des Büros von Gouverneur Josh Green wird mit dem Gesetz 96 die derzeitige Übernachtungssteuer (TAT) des Bundesstaates Hawai'i mit Wirkung zum 1. Januar 2026 um 0,75 % auf insgesamt 11 % des

Übernachtungspreises angehoben. Die Zusatzgebühr gilt für Reisende, die in Hotels, Kurzzeit-Vermietungen und zum ersten Mal auch auf Kreuzfahrtschiffen übernachten.

Mit der neuen Klimafolgenabgabe (Green Fee) sollen Projekte zur Bewältigung des Klimawandels, zum nachhaltigen Tourismus, zur Gefahrenabwehr und zum Umweltschutz auf den Hawai'i-Inseln finanziert werden. Die neue Gebühr soll jährlich 100 Millionen US-Dollar einbringen.

Hintergrund: Bisher wurde die TAT von Kreuzfahrtpassagieren umgangen, doch das neue Gesetz soll die „Gerechtigkeit in der gesamten Tourismusbranche“ fördern, indem sichergestellt wird, dass alle Reisenden zum Schutz der wirtschaftlichen und natürlichen Ressourcen der Inseln beitragen.

Da immer mehr Reiseziele mit den Auswirkungen des Übertourismus und des Klimawandels konfrontiert sind, werden weltweit immer häufiger sogenannte „Touristensteuern“ erhoben. Letztes Jahr haben Griechenland, Bali und die Galápagos-Inseln ihre Gebühren für Reisende eingeführt oder erhöht, um einen Beitrag zu verschiedenen Nachhaltigkeitsprogrammen zu leisten.

Experten zufolge ist die Wirksamkeit einer solchen Steuer noch nicht zur Gänze erforscht und hängt stark von den Ergebnissen und Zielen ab. In einigen Fällen, wie in Venedig, hat eine „Eintrittsgebühr“ die Touristen nicht abgeschreckt, an anderen Orten hat diese Steuer erfolgreich Projekte finanziert. (*USA Today Travel* 28.05.26)

Internationale Zusammenarbeit sorgt für spektakuläre Sonnenbilder

Von Hawai'i aus können seit April diesen Jahres Sonnenbilder gemacht werden, die die Oberfläche des Sterns so detailliert wie nie zuvor zeigen. Ausschlaggebend dafür ist ein deutsches Hightech-Instrument, das nach fast 15 Jahren Planung seinen Zielort erreicht hat: Das *Haleakala Observatory* auf der Insel Maui.

Der „Visible Tunable Filtergraph“ (VTF) vom Institut für Sonnenphysik (KIS) aus Freiburg ist nun das neue „Herzstück“ des weltweit größten Sonnenteleskops. Das „Daniel K. Inouye Solar Telescope“ (IST), das nach einem ehemaligen US-Senator benannt ist, steht auf dem Vulkan Haleakala und ist ein Spiegelteleskop. Das bedeutet, dass das optische Teleskop einen Hohlspiegel anstelle von Linsen besitzt, wie das beispielsweise bei Fernrohren der Fall ist.

Das IST wurde 2019 erstmals betrieben und nach einer mehrjährigen Probephase wurden im Jahr 2022 erstmals wissenschaftliche Beobachtungen gemacht.

Das *Haleakala Observatory* gehört zum astronomischen Institut der *University of Hawai'i* und ist nicht das einzige Observatorium der Inselgruppe. Auf dem Gipfel des 4.200 Meter hohen Vulkans Mauna Kea (Hauptinsel Hawai'i) – der nebenbei der höchste Berg Hawai'is ist – befindet sich das Mauna Kea Observatorium. Die Teleskope auf dem Mauna Kea werden von verschiedenen Universitäten und anderen Institutionen aus elf Nationen genutzt. (*Artikel von Noah Schmitz*)

(<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/max-planck-institut-entwickelt-fuer-hawaii-100.html> 24.04.25)

Blutspendedienst ehrt Spender

Der US-Amerikaner Vinton Smith aus dem Staat Pennsylvania hat am 14. Juni, dem internationalen Weltblutspendertag, sein Ziel, in allen 50 amerikanischen Bundesstaaten einmal sein Blut zu spenden, erreicht. Smith spendete im *Young Street Donor Center* in Honolulu. Damit schloss der engagierte Blutspender seine 17-jährige Reise durch alle US-Bundesstaaten ab. Ziel war es, bei allen Spenden auf die Bedeutung der Blutspende aufmerksam zu machen und gesunde Menschen ebenfalls zu einer Spende zu ermutigen. Wie in vielen Ländern weltweit fehlt es vor allem in den Sommermonaten in den USA an ausreichend Spenderblut in Krankenhäusern.

Kim-Anh Nguyen, Präsident und CEO der *Blood Bank of Hawai'i*, sagte, es sei eine ganz besondere Ehre, diesen Spender im Gesundheitszentrum zu empfangen und ihm Blut abzapfen. In ganz Amerika sei man dankbar für Smith Botschaft, wie lebensrettend Blutspenden sein können.

Vinton Smith wurde bei seiner Reise nach Hawai'i von der Fluggesellschaft *Alaska Airlines* mit kostenlosen Flügen unterstützt. Sein Engagement begründete er mit dem Vorbild seiner Eltern, die er schon als Kind zum Blutspenden habe begleiten können.

(PIX 11.com 23.06.25, <https://news.alaskaair.com/community/guest-on-mission-donate-blood-all-50-states-alaska-airlines/>)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Tänzerische Meinungsäußerung im Parlament

Im neuseeländischen Parlament kam es zu einem beispiellosen Vorfall: Drei Abgeordnete der Māori-Partei (*Te Pāti Māori*), darunter die 22-jährige Hana Rāwhiti Maipi-Clarke, protestierten mit einem traditionellen *Haka*, einem rituellen Tanz der Maori, gegen den umstrittenen „*Treaty Principles Bill*“.

Dieser Gesetzentwurf zielte darauf ab, die Prinzipien des Vertrags von Waitangi von 1840 neu zu definieren, was viele als Bedrohung für die Rechte der indigenen Bevölkerung ansehen. Während der Parlamentsdebatte zerriss Maipi-Clarke demonstrativ eine Kopie des Gesetzesentwurfs und begann den *Haka*, dem sich ihre Parteikollegen Debbie Ngarewa-Packer und Rawiri Waititi anschlossen. Die Aktion führte zu einer Unterbrechung der Sitzung und wurde von einigen Abgeordneten als einschüchternd empfunden. Infolgedessen wurden Maipi-Clarke für sieben Tage und die beiden Parteivorsitzenden für 21 Tage suspendiert – die längsten Suspendierungen in der Geschichte des neuseeländischen Parlaments.

Trotz der Sanktionen war der Protest erfolgreich: Der umstrittene Gesetzentwurf wurde letztendlich abgelehnt. Die Suspendierten betonten, dass ihr Handeln ein Ausdruck kultureller Identität und des Widerstands gegen die Einschränkung indigener Rechte sei. Maipi-Clarke erklärte: „*Wir werden nicht zum Schweigen gebracht und wir werden nicht*

verloren gehen.“

Die Ereignisse lösten landesweite Diskussionen über die Rolle der Māori-Kultur im politischen Prozess aus und verdeutlichten die Spannungen zwischen traditionellen indigenen Rechten und modernen Gesetzgebungsverfahren. (*Stern.de* 06.06.2025, *The Australian.com* 05.06.2025)

Bildungspartnerschaft mit den Salomonen

Neuseeland wird noch in diesem Jahr eine neue Bildungspartnerschaft mit den Salomonen starten. Das gab Rebecca Williams, die amtierende neuseeländische Hochkommissarin, Anfang April bekannt. Sie sagte, man werde die Umsetzung des Bildungsgesetzes 2023 der Salomonen unterstützen und sicherstellen, dass Bildungsanbieter und Schulen über die Ressourcen und Kapazitäten verfügen, die sie benötigen, um ihre Rolle bei der Bereitstellung einer qualitativ hochwertigen Bildung zu erfüllen.

Im Vordergrund stünde die Ausbildung von Lehrkräften, vor allem im Bereich der Resilienz. Nur gesunde und motivierte Lehrende seien in der Lage, Wissen gut zu vermitteln, erklärte die Hochkommissarin. Neuseeland werde die Salomonen auch bei der Datenverwaltung und dem Datenmanagementsystem im Bildungsbereich unterstützen, hieß es weiter. Es ginge hier vor allem um die gerechte Ressourcenverteilung in dem melanesischen Inselstaat. (*The Island Sun* 07.04.25)

Vanuatu und Neuseeland stärken Beziehungen

Das RSE-Programm (*Recognized Seasonal Employer*) und die Visafreiheit waren die wichtigsten Diskussionspunkte zwischen Regierungsvertretern von Vanuatu und Neuseeland während offizieller Gespräche Mitte Juni.

Der vanuatische Premierminister Jotham Napat würdigte das neuseeländische RSE-Programm als eine wichtige Möglichkeit für Bürger*innen aus Vanuatu, saisonal im neuseeländischen Agrarsektor zu arbeiten und Geld zu verdienen. „*Unsere Regierung hat erkannt, wie wichtig es ist, den Arbeitsschutz zu erhöhen, die Bedingungen zu verbessern und die wirtschaftlichen Vorteile des Programms zu steigern, um seine langfristige Nachhaltigkeit und den individuellen Nutzen zu gewährleisten*“, sagte Premierminister Napat.

Er dankte der neuseeländischen Regierung für ihre jüngste Ankündigung einer visafreien Regelung für die Mitgliedsländer des *Pacific Islands Forum*, zu dem auch Vanuatu gehört.

Ab Juli dieses Jahres wird die neuseeländische Regierung die Visabeschränkungen für die Mitgliedsländer des *Pacific Islands Forum* aufheben, ein Schritt, der die regionale Mobilität in Ozeanien und die inselübergreifende Zusammenarbeit fördern soll.

Hintergrund: Das *Recognized Seasonal Employment Scheme* (RSE) ist ein Programm, das es Arbeitgebern in Neuseelands Gartenbau- und Weinbauindustrie ermöglicht, saisonale Arbeitskräfte aus pazifischen Inselstaaten zu rekrutieren. Das Programm soll

den Arbeitskräftemangel in der Erntehochsaison beseitigen, wenn keine Neuseeländer zur Verfügung stehen.

Die Saison-Arbeitskräfte können für bis zu 7 Monate innerhalb eines 11-monatigen Zeitraums in Neuseeland bleiben.

(VBTC 12.06.25, <https://www.mbie.govt.nz/immigration-and-tourism/immigration/recognised-seasonal-employer-policy-review>)

RESSET-Projekt

Die neuseeländische Regierung wird Vanuatu mit einem Projekt namens RESSET (*Renewable Energy Solar and Storage on Efate and Tanna*, RESSET) bei der Umstellung auf 100 % erneuerbare Energien bis 2030 unterstützen.

Vanuatu hat derzeit eine der niedrigsten Stromversorgungsraten der Welt. Im Rahmen des RESSET-Projekts wird Neuseeland als federführender Geber den Großteil der Mittel für die Installation von Solaranlagen und Batteriespeichersystemen auf Efate, in der Nähe von Port Vila, und auf der Insel Tanna bereitstellen. Das Projekt wird dazu beitragen, mehr erneuerbare Energien in die bestehenden Stromnetze zu integrieren, die Treibhausgasemissionen zu senken und einen erschwinglicheren und stabileren Zugang zu Energie in den am stärksten besiedelten und klimatisch exponierten Gebieten Vanuatus zu ermöglichen.

Der stellvertretende Premierminister und Außenminister Neuseelands, Winston Peters, bestätigte das Engagement seines Landes auf einer Pressekonferenz Mitte Juni in Port Vila (Vanuatu). „*Wir wissen auch, dass nachhaltige erneuerbare Energien der Schlüssel zum*

Wirtschaftswachstum sind. Wir freuen uns, ankündigen zu können, dass Neuseeland auch der Hauptgeldgeber für RESSET, ein Projekt für erneuerbare Energien auf Efate und Tanna, sein wird. Mit Initiativen wie diesen arbeiten wir weiter zusammen, um die langfristige Entwicklung von Vanuatu zu unterstützen“, sagte Peters.

Sobald das RESSET in Betrieb ist, soll es messbare Ergebnisse liefern. Auf Efate wird die Solarstromerzeugungskapazität um 4,8 Megawatt peak (MWp) steigen, und die Batteriespeicherung wird 6 Megawattstunden (MWh) erreichen. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromnetz wird von 15 Prozent auf 30 Prozent steigen, und die Stromkosten für die Verbraucher könnten um schätzungsweise 5 Prozent sinken. Es wird erwartet, dass durch das Projekt etwa 84.000 Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente vermieden werden.

Auf Tanna werden durch das Projekt 1,2 MWp an Solarstrom und 2,5 MWh an Batteriespeicher hinzugefügt. Der Anteil der erneuerbaren Energien wird von Null auf 75 Prozent steigen, und die Stromkosten werden voraussichtlich um etwa 25 Prozent sinken. Die vermiedenen Emissionen werden auf 14.878 Tonnen CO₂eq geschätzt.

(*Vanuatu Daily Post* 18.04.25, <https://www.gets.govt.nz/MFAT/ExternalTenderDetails.htm?id=28434146>)

Neuseeland verbietet Hunderennen

Neuseeland setzt ein deutliches Zeichen für den Tierschutz: Bis spätestens 2026 sollen kommerzielle Windhundrennen im Land

verboten werden. Damit schließt sich das Land einer wachsenden internationalen Bewegung an, die den Fokus nicht länger auf Unterhaltung oder Profit, sondern auf das Wohlergehen der Tiere legt.

Windhundrennen haben eine lange, aber umstrittene Tradition. Was einst als faszinierendes Spektakel begann, wurde im Laufe der Jahrzehnte zu einem millionenschweren Geschäft – mit dramatischen Folgen für die Tiere. Die schnellen, eleganten Hunde, allen voran die Rasse Greyhound, wurden eigens für diesen Sport gezüchtet, trainiert und oft verheizt. Zwar zählen Windhunde zu den schnellsten Landtieren der Welt, doch sie sind Sprinter, keine Dauerläufer. Ihre körperlichen Grenzen werden in Rennen regelmäßig überschritten.

Ein Bericht der neuseeländischen Rennsportkommission brachte 2017 erschreckende Zahlen ans Licht: Innerhalb von nur vier Jahren mussten rund 1.500 Greyhounds eingeschläfert werden, viele von ihnen aufgrund schwerer Verletzungen auf der Rennbahn. Die durchschnittliche Lebenserwartung eines Rennhundes lag bei nur dreieinhalb Jahren – dabei könnten diese Tiere bis zu 14 Jahre alt werden.

Trotz einiger Reformen in der Folgezeit blieb die Zahl der verletzten und getöteten Tiere hoch. Der Druck von Tierschutzorganisationen und aus der Politik wuchs. Nun zieht die neuseeländische Regierung endgültig die Reißleine. Ab 2026 soll das letzte Rennen gelaufen sein. Gleichzeitig wird das Einschläfern der Tiere aus wirtschaftlichen Gründen verboten. Rund 3.000 Greyhounds, die derzeit noch im aktiven Renneinsatz sind, sollen

vermittelt und in liebevolle Hände gegeben werden. Die Entscheidung wird parteiübergreifend unterstützt – ein seltener politischer Konsens, der zeigt, wie sehr das Thema auch die Gesellschaft bewegt.

Bereits heute gibt es weltweit nur noch wenige Länder, in denen Windhundrennen legal sind. Mit Neuseelands Schritt schrumpft diese Liste weiter. Und während sich die Wettarena bald schließt, öffnet sich für viele Windhunde ein neues Kapitel. Auf sozialen Medien zeigen glückliche Besitzer*innen, wie sich die einstigen Rennhunde zu sanften, anhänglichen Familienmitgliedern entwickeln. *(Artikel von Noah Schmitz. <https://goodnews-magazin.de/neuseeland-verbietet-hunderennen/>, goodnews-magazin 27.12.24)*

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Indigene Gemeinschaften fordern ein Ende des Landraubs

Indonesien: Mehr als 250 Mitglieder indigener und lokaler Gemeinschaften versammelten sich in der zweiten Märzwoche im indonesischen Merauke-Distrikt (Westpapua) zum sogenannten „Merauke Dialogue“, um ein Ende der von der Regierung unterstützten Projekte von strategischer nationaler Bedeutung (PSN) zu fordern. Das Treffen war von der Nichtregierungsorganisation PUSAKA organisiert worden.

Die PSN-Projekte, zu denen Lebensmittelsiedlungen (food estates), Plantagen und industrielle

Anlagen gehören, haben Landkonflikte ausgelöst, von denen 103.000 Familien und rund eine Million Hektar Land betroffen sind. Indigene Gemeinschaften berichten von Zwangsvertreibungen, Gewalt und Abholzung, insbesondere in der Region Papua.

Bei dem viertägigen Treffen berichteten die Teilnehmenden aus den betroffenen Gemeinden über ihre Erfahrungen mit Vertreibung und Leid, die durch PSN-Projekte wie Straßen, Dämme, Kraftwerke, Industriegebiete und Plantagen verursacht wurden.

In Merauke selbst plant die indonesische Regierung, drei Millionen Hektar für Reis- und Zuckerrohrplantagen zu roden, trotz der Proteste der Indigenen. Einige Gemeindemitglieder sind Drohungen und Gewalt ausgesetzt, weil sie sich weigern, ihr angestammtes Land zu verkaufen, während sich die Klanspaltungen vertiefen.

In Merauke wurde bereits mit der Rodung von Land begonnen, um Platz für Zuckerrohrplantagen zu schaffen. Trotz des Widerstands der indigenen Völker schreitet das Projekt der Lebensmittelplantagen voran. Im Januar 2025 waren im Distrikt Tanah Miring 7.147 Hektar Wald und Savanne für das Zuckerrohrprojekt gerodet worden, während im Distrikt Ilwayab 4.543 Hektar Wald und Mangroven für die mit dem Reisanbau verbundene Infrastruktur wie Straßen und einen Hafen gerodet worden waren, so die Daten von Pusaka.

Zum Abschluss des Treffens veröffentlichten die indigenen Gemeinschaften eine sogenannte „Merauke Solidaritätserklärung“ (Merauke Solidarity Declaration).

Pusaka-Direktor Franky Samp-erante sagte, diese Erklärung markiere den Beginn des Widerstands gegen die Zerstörung der Gemeinden und ihrer Lebensräume. „*Wir fordern die vollständige Einstellung der Nationalen Strategischen Projekte und anderer sogenannter Projekte von nationalem Interesse, die eindeutig auf Kosten der Bevölkerung gehen*“, heißt es in der Erklärung. „*Die Verantwortlichen für die Verbrechen des Staates und der Unternehmen müssen den Menschen den gesamten gestohlenen Reichtum zurückgeben und ihre Gesundheit und ihren Lebensraum in allen Gebieten, die im Namen des nationalen Interesses geopfert wurden, sofort wiederherstellen.*“

Hintergrund: Zwischen 2016 und 2024 initiierte die Regierung 233 PSN-Projekte mit einem Gesamtinvestitionswert von rund 378 Milliarden US-Dollar.

Nach Angaben des *Konsortiums für Agrarreform (KPA)* gab es zwischen 2020 und 2024 154 Konflikte im Zusammenhang mit dem PSN. Bei der Nationalen Menschenrechtskommission (Komnas HAM) gingen zwischen 2020 und 2023 114 Beschwerden im Zusammenhang mit dem PSN ein, darunter Vorwürfe über Zwangsräumungen, Gewalt gegen Demonstranten, Arbeitsmissbrauch, Umweltzerstörung und Angriffe auf Journalisten.

Hier geht es zur Merauke-Solidaritätserklärung:

<https://pusaka.or.id/en/news/solidaritas-merauke-declaration/>
(<https://news.mongabay.com/2025/03/indigenous-communities-in-indonesia-demand-halt-to-land-grabbing-government-projects/>)

Aktuelle Wirtschaftskrise

Indonesien: Die aktuellen Wirtschaftsdaten deuten darauf hin, dass sich die Wirtschaftskrise aufgrund von Misswirtschaft und Vetternwirtschaft der derzeitigen Regierung verschärft.

Im Mai 2025 erreichte die indonesische Auslandsverschuldung mit 427 Mrd. US\$ (39 % des Bruttoinlandsproduktes) ihren höchsten Stand, wobei allein im Jahr 2025 ein Anstieg um 48,5 Mrd. US\$ zu erwarten ist. Indonesien hat außerdem eine der höchsten Arbeitslosenquoten in den Mitgliedstaaten des ASEAN-Handelsabkommens (5,2 Prozent). 171 Millionen Menschen (60 Prozent) leben in Armut und das Haushaltsdefizit für 2025 ist hoch (37 Milliarden US-Dollar).

Der indonesische Präsident Prabowo hat Kürzungen bei den öffentlichen Diensten und Aufsichtsorganen vorgenommen, aber die Mittel für die Sicherheitskräfte und die Strafverfolgungsbehörden bleiben stabil. Außerdem wurde ein neuer Staatsfonds namens *Danantara* eingerichtet, doch der Aktienmarkt reagierte mit einem zweimaligen Absturz. Wichtige Wirtschaftsprojekte gingen an Prabowos treue Anhänger und an das Militär. Beispiele hierfür sind die neu konsolidierte staatliche *PT Agrinas* in der Palmölindustrie und die Politik der kostenlosen nahrhaften Mahlzeiten (free meals, Makan Bergizi Gratis - MBG) an Schulen, deren Verwaltung an die politischen Unterstützer von Prabowo delegiert wurde. (TAPOL Quarterly update 06.06.25)

Militär rüstet weiter auf

Indonesien: Im Februar kündigten der indonesische Präsident Prabowo und der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Agus Subiyanto, die Aufstellung von 100 neuen Bataillonen an, die bei Wirtschaftsprojekten „helfen“ sollen. Außerdem wurden neue Regionalkommandos (Kodam und Korem) eingerichtet, darunter eines in Süd-Papua, dem Standort des geplanten 2 Millionen Hektar großen Food-Estate-Projekts in der Nähe von Merauke.

Das Parlament billigte im März Änderungen des TNI-Gesetzes (Tentara Nasional Indonesia, Streitkräfte von Indonesien), die dem Militär eine größere Rolle in zivilen Regierungsämtern einräumen. Beispielsweise können sie nun in allen nationalen und regionalen Staatsanwaltschaften stationiert werden, was die Unabhängigkeit der Justiz gefährden könnte.

Als Reaktion auf diese Änderungen haben Studierende und die Zivilgesellschaft landesweit große angelegte Proteste organisiert, die sich zur Bewegung „Dunkles Indonesien“ (*Indonesia Gelap*) zusammengeschlossen haben. Die Proteste haben dazu geführt, dass der Gesetzgeber einige Klauseln der Gesetzesnovelle gestrichen hat, so dass weiterhin ein Verbot der Beteiligung des Militärs an der Wirtschaft besteht.

Auch wenn dieses Verbot nur auf dem Papier besteht, so ist doch seit langem bekannt, dass Militärs heimlich an der Privatwirtschaft beteiligt sind. Das Zentrum für Wirtschafts- und Rechtsstudien (*Centre of Economic and Law Studies*, CELIOS) hat die Situation als „Prabowos vom Militär

gesteuerte Wirtschaft“ beschrieben, mit Beispielen wie dem Abkommen des Militärs mit der Provinzregierung von West-Java, das sich auf Infrastrukturprojekte wie Straßen, Brücken, Bewässerungskanäle und Wohnhäuser für die Bevölkerung konzentriert. (TAPOL Quarterly update 06.06.25)

“Papuan Behind Bars” veröffentlicht vierteljährlichen Bericht

Westpapua: „*Papuan Behind Bars*“ (PBB), die umfassendste Datenbank über politische Gefangene in Westpapua, die u.a. von der britischen Menschenrechtsorganisation TAPOL mit koordiniert wird, hat im April ihren Bericht für das vierte Quartal 2024 veröffentlicht. In diesem werden alle Personen aufgeführt, die von Oktober bis Dezember 2024 wegen Straftaten im Zusammenhang mit Westpapua verhaftet wurden. Seit Prabowo Subianto das Präsidentenamt von Joko Widodo übernommen hat, wächst die Besorgnis über die zunehmende Militarisierung und die damit einhergehenden Missbräuche in der indonesischen Region Westpapua.

Wichtige Punkte des Berichtes sind:

- Es gab im genannten Zeitraum 58 politische Verhaftungen von Papua, darunter mindestens 51 willkürliche Verhaftungen und sechs willkürliche Inhaftierungen. Von diesen Fällen wurden 40 Personen freigelassen, 12 weitere sind noch inhaftiert, wobei zwei von ihnen angeblich vermisst werden.

- Acht Personen wurden Berichten zufolge gefoltert, vier Personen wurden Opfer

außergerichtlicher Tötungen, und zwei Personen waren minderjährig.

- Mindestens 11 Inhaftierte, die in der Vergangenheit festgenommen wurden, wurden von den Gerichten verurteilt. Fünf wurden verurteilt, weil sie von einer Verschwörung zur Rebellion wussten und diese nicht verhinderten, zwei wurden wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verurteilt, zwei Männer wurden wegen Beleidigung des Staatswappens und zwei wegen vorsätzlichen Mordes verurteilt. Die Strafen reichten von fünf Monaten bis zu 12 Jahren Gefängnis.

Den ausführlichen Bericht kann man **hier** nachlesen:

<https://papuansbehind-bars.org/publications/>

Menschenrechte 2025 – Aktuelle Lage in 13 Ländern

Westpapua/Deutschland: Das Bündnis *Internationale Advocacy Netzwerke* (IAN), dem auch das deutsche Westpapua-Netzwerk angehört, engagiert sich seit über 10 Jahren für eine Verbesserung der Menschenrechtslage in Afrika, Asien und Lateinamerika. Dabei macht das IAN auf vielschichtige länderspezifische Menschenrechtsprobleme aufmerksam, teilweise bestehen diese auch länderübergreifend. Aufgabe des Bündnisses ist es, die Stimmen der überseeischen Partner*innen mithilfe von Handlungsempfehlungen für politische Entscheidungsträger*innen in Deutschland, in der EU und der UN zu stärken.

Im jetzt vorgelegten Dossier für 2025 wird die Menschenrechtssituation in 13 Ländern bzw. 14

Regionen vorgestellt. Jeder Bericht bietet Hintergrundinformationen- und landesspezifische Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung, Abgeordnete des Bundestages und alle, die Außenpolitik mitgestalten. Mit den IAN-Empfehlungen werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie sich die Zivilgesellschaft in den jeweiligen Ländern für die Menschenrechte stark machen kann.

Die weltpolitische Lage gibt Anlass zur Besorgnis. Gerade in diesen Zeiten ist der Einsatz für die universellen Menschenrechte und ihre Verteidiger*innen von großer Bedeutung. Konflikte und Kriege rütteln am Weltgefüge. Eine zunehmende Anzahl autoritärer Regierungen baut sukzessive die demokratische Grundordnung ab, wie sie uns vertraut ist. Die Klimakrise sorgt als Katalysator dafür, dass weltweit Ungleichheiten zunehmen. In der Folge dieser Ungleichheiten nehmen Kriminalität und Gewalt zu.

Deutsches und europäisches Engagement für Menschenrechte, Demokratie und eine freie Zivilgesellschaft sind angesichts der besorgniserregenden weltpolitischen Lage unerlässlich, sowohl innerhalb als auch außerhalb Deutschlands. Gewalt gegen Frauen muss gestoppt, Hass und Rassismus müssen Paroli geboten und autoritären Tendenzen entgegengetreten werden.

Das Dossier kann **hier** kostenlos heruntergeladen werden:

https://westpapaunetz.de/wp-content/uploads/2025/06/IAN_Dossier_Menschenrechte_2025.pdf

AUSTRALIEN

EU und Australien verhandeln über Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft

Der australische Premierminister Anthony Albanese hat sich am Rande des G7-Gipfels vom 16. bis 17. Juni 2025 in Kananaskis, Alberta (Kanada) mit der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, und dem Präsidenten des Europäischen Rates, Antonio Costa, zu trilateralen Verabredungen getroffen. Australien und die Europäische Union (EU) erklärten, dass sie Verhandlungen über eine „Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft“ aufnehmen werden und bekräftigten ihr Engagement, „Freihandelsverhandlungen voranzutreiben“.

In einer Erklärung der EU hieß es, sie werde einen Rahmen für die derzeitige und künftige Zusammenarbeit bieten, auch in Bereichen wie der Verteidigungsindustrie, dem Cyberspace und der Terrorismusbekämpfung. Brüssel betonte jedoch, dass der künftige Pakt „keine militärischen Einsatzverpflichtungen“ enthalte.

„Dies wird die Tür zu gemeinsamen Beschaffungsmöglichkeiten im Verteidigungsbereich öffnen und sowohl unserer Industrie als auch unserer Sicherheit zugutekommen“, sagte Außenminister Albanese in einer Erklärung.

„In einer Zeit wachsender Spannungen und strategischen Wettbewerbs müssen vertrauenswürdige Partner zusammenstehen“, sagte Ursula von der Leyen in ihrer eigenen Erklärung. Sie fügte

hinzu, dass die EU und Australien sich unabhängig voneinander „auch verpflichtet haben, die Freihandelsverhandlungen voranzutreiben - weil wirtschaftliche Sicherheit auch wichtig ist“. (<https://www.politico.eu/article/eu-and-australia-to-negotiate-security-and-defense-partnership/>, Reuters.com 18.06.25)

Universitäten fallen in Weltrangliste zurück

In Australien sind derzeit nur noch zwei Universitäten, die *University of Melbourne* und die *University of NSW* in Sydney, unter den Top 20 der „QS World University Rankings“: Die *University of Melbourne* ist um sieben Plätze auf Platz 19 zurückgefallen, während die *University of Sydney* von Platz 18 auf Platz 25 fiel.

Insgesamt sind 25 der 36 in der Rangliste aufgeführten australischen Universitäten (69 %) in diesem Jahr zurückgefallen und nur sieben sind aufgestiegen, was auf den Aufstieg von Wettbewerbern aus dem asiatisch-pazifischen Raum zurückzuführen ist.

Dies war der drittgrößte prozentuale Rückgang weltweit hinter Österreich (88 %) und Russland (85 %), während die USA unter den traditionellen vier großen Studienländern (USA, Australien, das Vereinigte Königreich und Kanada) weiterhin am besten abschnitten.

Experten sprechen von einem „turbulenten Jahr“ in der australischen Bildungspolitik und suchen die Schuld für den Niedergang der Universitäten teilweise bei Donalds Trumps Bildungspolitik.

Hintergrund: Die Mitte Juni veröffentlichte Rangliste basiert auf Millionen von wissenschaftlichen

Arbeiten und Erkenntnissen von 127.041 Akademiker*innen an 1.501 Universitäten in 106 Ländern weltweit. (*The Guardian* 19.06.25)

Neuer Botschafter für Papua-Neuguinea

Der neue australische Hochkommissar für Papua-Neuguinea, Ewen Neil McDonald, hat Mitte Mai sein Akkreditierungsschreiben an Premier James Marape im Büro des Premierministers in Port Moresby (Papua-Neuguinea) übergeben. Marape berief sich bei dem ersten Treffen mit dem neuen Botschafter auf die historisch gewachsenen guten Beziehungen der beiden Nachbarstaaten. Dann übermittelte er seine Glückwünsche an Premierminister Anthony Albanese und die australische *Labor Party* zu ihrem jüngsten Wahlsieg. Marape erinnerte daran, dass die australische Labor-Regierung auch die Regierung war, die Papua-Neuguinea am 16. September 1975 die Unabhängigkeit gewährte. „Es ist zutiefst symbolisch, dass die Labor-Regierung erneut an der Spitze Australiens steht, während wir uns darauf vorbereiten, 50 Jahre Unabhängigkeit zu feiern“, erklärte der Premier in seiner Rede.

Er würdigte Australien als den größten Entwicklungspartner PNGs, der im Zeitraum von 2024 bis 2025 schätzungsweise 637,4 Millionen AU\$ an öffentlicher Entwicklungshilfe bereitstellte. „Unsere bilateralen Beziehungen haben sich mit der Umfassenden Strategischen und Wirtschaftlichen Partnerschaft (CSEP) 2020-2030 und der Unterzeichnung des bilateralen Sicherheitsabkommens (BSA) im Jahr 2023

erweitert“, erklärte Marape weiter.

Info: Ewen Neil McDonald ist ein hochrangiger Beamter des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und Handel und war zuletzt australischer Hochkommissar in Fidschi.

Zuvor war er als australischer Hochkommissar in Neuseeland tätig und als nicht-residentieller Botschafter auch für die Cook-Inseln und Niue akkreditiert.

(PNG Business News 19.05.25, <https://www.foreignminister.gov.au/minister/penny-wong/media-release/high-commissioner-papua-new-guinea-0>)

Trump belegt Norfolkinsel mit hohen Zöllen

Norfolkinsel: Obwohl die Norfolkinsel ein australisches Territorium ist, wurde sie in die Zollliste des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump mit einem anderen Zollsatz aufgenommen. Die Insel östlich von Australien und nordwestlich von Neuseelands Nordinsel wurde mit einem Zollsatz von 29 % belegt, während Australien nur 10 % zahlen muss.

Die Handelskammer der Insel erklärte, die Entscheidung der USA werfe kritische Fragen über die internationale Anerkennung der Norfolkinsel als „unabhängige, souveräne Nation“ und die Tatsache auf, dass die Norfolkinsel nach Meinung ihrer rund 2.200 Einwohner*innen nicht zu Australien gehöre. Man sehe den ihnen zugeschriebenen höheren Zollsatz als Anerkennung der Bemühungen um eine staatliche Unabhängigkeit von Australien, hieß es aus der Industrie- und Handelskammer der Norfolkinsel: „Die Einstufung der Norfolkinsel als

nicht zu Australien gehörig in dieser Zollentscheidung bekräftigt, was die Gemeinschaft der Norfolkinsel seit langem behauptet hat: Die Norfolkinsel ist keine Erweiterung von Australien.“

Norfolk hatte zuvor ein hohes Maß an Autonomie von Australien, wurde aber 2015 direkt in das lokale Regierungssystem des Landes eingegliedert. Dieser Schritt verärgerte viele Bewohner*innen der Norfolkinsel und führte zu einer Reihe von Kampagnen, darunter Appelle an die Vereinten Nationen und den Internationalen Gerichtshof, von Gruppen, die ein gewisses Maß an Autonomie wiederherstellen oder die Unabhängigkeit einklagen wollten.

Die Handelskammer hat den Zolltarif zum Anlass genommen, die Forderung der Inseln nach Unabhängigkeit, einschließlich der „Wiederherstellung der wirtschaftlichen Rechte“ und des ausschließlichen Zugangs zu ihrer ausschließlichen Wirtschaftszone, zu bekräftigen.

In der Erklärung heißt es, die Norfolkinsel sei eine „souveräne Nation, die die Möglichkeit haben muss, direkt mit internationalen Handelspartnern in Kontakt zu treten und nicht über australische Beamte, die nicht die Interessen der Norfolkinsel vertreten“.

Hintergrund: Durch den *Norfolk Island Legislation Amendment Bill 2015*, der vom australischen Bundesparlament am 14. Mai 2015 erlassen wurde, wurde die Selbstverwaltung der Norfolkinsel zum 30. Juni 2016 aufgehoben und die Insel ab dem folgenden 1. Juli der Gesetzgebung des australischen Bundesstaates New South Wales

unterstellt. Seitdem obliegt die Verwaltung der Insel dem *Norfolk Island Regional Council*. Die Angliederung an Australien ist in der Bevölkerung umstritten. Die Insel wird in australischen Parlamentswahlen im *Australian Capital Territory* repräsentiert. (RNZ Pacific 04.04.25, Wikipedia, <https://www.nirc.gov.au/Home>)

SPORT

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Noah Schmitz, FSJ'ler in der Pazifik-Infostelle.]

Merch aus Australien

Papua-Neuguinea: Der Cricket-Verband *Papua New Guinea Cricket PNG* (CPNG) bekommt materielle Unterstützung von australischen Partnern. Diese findet im Rahmen eines Programms statt, das von der australischen Verteidigungstreitkraft *Australian Defence Force* (ADF) und dem *PacificAus Sports Program* der australischen Regierung ins Leben gerufen wurde. Außerdem trägt der australische Cricket-Verband *cricket australia* (CA) einen Teil dazu bei.

Bei den Spenden handelt es sich um ca. 20 Boxen Merchandise-Artikel von *cricket australia*, die den Verantwortlichen in einer kleinen Übergabe-Zeremonie im Amini-Park in Port Moresby (Papua-Neuguinea) übergeben wurden.

Die Initiative sei ein klares Zeichen für die gute Zusammenarbeit zwischen Australien und PNG im Cricket, so der Tenor der Redner. Vor Ort waren auch Schlüsselfiguren der ADF und von Cricket PNG.

(<https://www.pngbusiness-news.com/articles/2025/4/cricket-png-gets-development-boost-from-australian-partners>
PNG Business News 16.04.25)

Speedway- Ozeanien-Meisterschaft

Australien: *Speedway* (Deutsch: Bahnsport) ist eine Motorsport-Disziplin, bei welcher die Motorradfahrer auf einer abgesperrten Ovalbahn eine variierende Anzahl an Runden fahren.

Rohan Tungate, ein australischer Speedway-Fahrer, beendete die Speedway-Ozeanien-Meisterschaft am 25. Januar 2025 in Gillman (nahe Adelaide) mit einem überzeugenden Triumph und sicherte sich 19 Punkte – dieselbe Punktzahl wie sein Landsmann Jaimon Lidsey, der sich im direkten Vergleich jedoch mit dem zweiten Rang begnügen musste. Den dritten Platz belegte James Pearson mit 14 Punkten, während Tom Brennan (GB) mit 16 Punkten zunächst als Favorit galt, im Finale jedoch stürzte und so am Podium vorbeirutschte. In den Halbfinalrennen hatten sich Tungate (zweiter Rang im ersten Halbfinale hinter Tom Brennan) und Lidsey (Sieger des zweiten Semis) souverän fürs Finale qualifiziert. Das Finale selbst musste nach einem Zwischenfall mit Brennan neu gestartet werden – ehe Tungate auf der äußeren Linie in Führung ging und sich gegen Lidsey sowie Pearson durchsetzte.

Mit dem Sieg bei der Ozeanien-Meisterschaft sicherte sich Tungate nicht nur den Titel, sondern auch einen der begehrten dritten Startplätze des australischen Verbandes für das

Speedway-Grand-Prix-Qualifying 2026. Diese Qualifikation findet voraussichtlich im August 2026 in Holsted (Dänemark) statt, eine weitere Chance gab es am Pfingstmontag in Abensberg, in der Nähe Münchens. (*Speedweek.com 25.01.25*)

Hochmoderner Sportkomplex eröffnet

Tonga: China hat den neuen nationalen Sportkomplex von Tonga in der Hauptstadt Nuku'alofa offiziell übergeben. Der Komplex kostete mehr als 25 Millionen US-Dollar und wurde von Peking finanziert. Er umfasst das Hallenstadion der Tonga High School, ein Rugbyfeld nach internationalem Standard, Netzball- und Tennisplätze sowie ein Wassersportzentrum.

Die offizielle Übergabe fand Mitte März zwischen dem tongaischen Premierminister Dr. 'Aisake Valu Eke und dem chinesischen Botschafter in Tonga, Liu Weimin, statt.

Das Büro des tongaischen Premierministers erklärte, die Übergabe des Komplexes sei ein „wichtiger Meilenstein in den Beziehungen zwischen Tonga und China“.

„Dieser hochmoderne Sportkomplex ist mehr als nur ein Austragungsort für Sportveranstaltungen - er wird als nationales Zentrum für große Versammlungen, Gemeinschaftsveranstaltungen und kulturelle Aktivitäten dienen. Die beeindruckende Anlage ist ein bemerkenswertes Zeugnis für die dauerhafte Freundschaft und Partnerschaft zwischen Tonga und China“, hieß es aus dem Büro des Premiers. (*RNZ Pacific 17.03.25*)

David aus dem Pazifik gegen Goliath aus Oberbayern

Deutschland: Wenn der *FC Bayern München* am Sonnta, den 15.06. bei der FIFA Klub-WM auf *Auckland City FC* trifft, geht es sportlich um den Einzug in die nächste Runde – und symbolisch um weit mehr: Es ist ein Aufeinandertreffen zweier Fußballwelten, das einen Moment innehalten lässt. Für Sarpreet Singh, einst Spieler des deutschen Rekordmeisters und erster Neuseeländer im Bayern-Trikot, ist es eine Begegnung voller Erinnerungen. Der offensive Mittelfeldspieler wechselte 2019 vom neuseeländischen Klub *Wellington Phoenix* nach München. Dort wurde er mit den Amateuren Meister in der 3. Liga und lief zweimal für die Profimannschaft in der Bundesliga auf – ein historischer Moment, nicht nur für ihn persönlich, sondern auch für den neuseeländischen Fußball. Inzwischen spielt Singh in der zweiten portugiesischen Liga bei *União de Leiria*, hat sich nach Verletzungen zurückgekämpft und zuletzt mit der Nationalmannschaft seines Landes die Qualifikation für die Weltmeisterschaft 2026 geschafft.

Hintergrund: Der neuseeländische Fußball erlebt einen Wandel. Während Rugby lange unangefochten dominierte, wächst die Popularität des Fußballs. Immer mehr Kinder entscheiden sich für das runde Leder, immer mehr Strukturen entstehen. Neben *Wellington Phoenix* nimmt seit 2024 auch *Auckland FC* an der australischen A-League teil – ein weiterer Schritt zur Professionalisierung des Sports im Land der *All Blacks*.

Auckland City FC, der Klub, dem die Bayern nun begegnen, gilt als

Aushängeschild des neuseeländischen Vereinsfußballs. Mit zehnteiligen Meistertiteln und 13 Triumphen in der *OFC Champions League* ist der Verein auf regionaler Ebene das Maß aller Dinge. International blieb man lange ein Geheimtipp – doch mit dem dritten Platz bei der Klub-WM 2014 setzte Auckland ein Achtungszeichen. In diesem Jahr nehmen sie bereits zum 13. Mal am globalen Turnier teil – Rekord. Angeführt wird das Team von Kapitän Mario Ilich und Innenverteidiger Adam Mitchell. Besonders im Fokus steht jedoch Stürmer Myer Bevan, der sein Team mit einem Doppelpack im OFC-Finale zum Titel schoss. Der Angreifer spielte einst in Vancouver an der Seite von Alphonso Davies und ist derzeit bester Torschütze seines Teams. Bevan verkörpert das neue Selbstbewusstsein des ozeanischen Fußballs – schnörkellos, gefährlich, zielstrebig.

Für *Auckland City* wird die Partie gegen die Bayern zur größten sportlichen Herausforderung – und zur Bühne, auf der sich der neuseeländische Fußball der Welt präsentiert. Die Rollenverteilung scheint klar, und doch liegt in dieser Begegnung ein besonderer Zauber: Es ist das Kräftemessen eines Fußballriesen mit einem Verein aus einer Nation im Aufbruch. Millionen werden zusehen, wenn der Ball rollt – auch Sarpreet Singh, der beide Seiten kennt. (*FC Bayern.com 12.06.25*)

Erstes Länderspiel

Die **Marshall-Inseln** stehen kurz davor, ein bedeutendes Kapitel in ihrer Sportgeschichte aufzuschlagen: Im August 2025 wird erstmals eine Nationalmannschaft

des Inselstaates an einem internationalen Fußballturnier teilnehmen. Beim *Outrigger Challenge Cup* in Springdale, Arkansas (USA) wird die Mannschaft in offiziellen 11-gegen-11-Spielen gegen Teams aus den US Virgin Islands und den Turks- und Caicosinseln antreten.

Die *Marshall Islands Soccer Federation* (MISF) wurde erst vor wenigen Jahren gegründet, nachdem bekannt wurde, dass das Land das letzte weltweit ohne offizielle Fußballnationalmannschaft war. Mit Unterstützung internationaler Freiwilliger, insbesondere aus Großbritannien, wurde seitdem intensiv an Strukturen, Training und Nachwuchsförderung gearbeitet.

Ein zentraler Schritt war die Verpflichtung eines technischen Direktors aus Oxford, der Trainings und Fußballprojekte auf Majuro und Ebeye etablierte. Auch der Schulsport wurde in die Entwicklung einbezogen. Im vergangenen Jahr fand erstmals ein Futsal-Turnier unter dem Namen *Outrigger Challenge Cup* statt. Futsal ist die offizielle Hallenvariante von Fußball, bei der zwei Mannschaften mit je fünf Spielern gegeneinander antreten.

Für das Turnier in Arkansas werden insgesamt elf Spieler und zwei Offizielle erwartet – darunter vier Spieler und ein Coach aus Majuro – der Hauptstadt der Marshall Islands – sowie sieben Spieler und ein Vorstandsmitglied aus Kwajalein – einem Korallenatoll mit 97 Inseln. Die MISF sieht das Turnier als Meilenstein auf dem Weg zur Anerkennung in einem regionalen Fußballverband – und langfristig als Schritt Richtung FIFA-Mitgliedschaft. (*Marshall Islands Journal 20.06.25*)

„TOK BILONG PASIFIK“

Auf dem Brett nach Ozeanien

Deutschland: Nachdem bereits im Jahr 2023 das Worker-Placement-Brettspiel „Darwins Journey“ auf den Markt kam und direkt großen Anklang fand, folgt nun die Fortsetzung „Darwins Journey Oceania“.

Worker-Placement-Spiele sind Brettspiele mit einer speziellen Spielmechanik, die Spieler*innen nur eine limitierte Anzahl von Aktionen erlaubt; diese werden durch eine begrenzte Summe von Spielfiguren ausgeführt. Die Worker-Placement-Mechanik ist seit den 2000er Jahren populär.

In „Darwin’s Journey“ erhalten die 1-4 Spielenden die Rolle von Forscher*innen, die auf den Entdeckungsrouten Charles Darwins reisen und neue Arten und Regionen entdecken. Als klassisches Worker-Placement-Spiel kombiniert „Darwin’s Journey Oceania“ Elemente von Ressourcenmanagement, Entdeckung und Entwicklung. Außerdem ist das Spiel für seine anspruchsvolle Strategie und taktische Entscheidungen bekannt.

Bei dem Spiel „Oceania“ geht es zusammengefasst darum, die berühmten wissenschaftlichen Errungenschaften und die Reise Charles Darwins in Ozeanien nachzuerleben und dabei möglichst viele Punkte zu sammeln. Dies geschieht, indem man die eigene Forschung vorantreibt. Eine Runde dauert zwischen 60 und 120 Minuten. Verkaufsstart und Preis des Spiels sind noch nicht bekannt. (*Artikel von Noah Schmitz. [37](https://brettspiel-news.de/index.php/nachrichten/65-</i>)</p>
</div>
<div data-bbox=)*

crowdfunding/13132-mit-darwin-auf-reise-nach-ozeanien, Brettspiel news 14.01.2025)

Einziges Kino schließt

Nördliche Marianen: Kinofans auf den Nördlichen Marianen beklagen die Schließung des einzigen Kinos in der Region. Das „*Hollywood Theater*“, ein Kinokomplex mit mehreren Sälen in der Stadt Saipan, hat zum 1. Mai aus wirtschaftlichen Gründen seinen Lichtfilmbetrieb eingestellt.

Vor allem Familien äußerten sich enttäuscht über die Schließung der *Regal Cinemas*. Saipan böte wenig attraktive Freizeitangebote für Eltern mit Kindern, hieß es. Andere Kinogänger erklärten, das Kino sei an den heißesten Tagen im Sommer immer ein Zufluchtsort gewesen, da es voll klimatisiert gewesen sei und man sich zwei Stunden lang in der Kühle mit Getränken und Snacks habe erholen können.

Das Commonwealth der Nördlichen Marianen erlebt derzeit eine schwere Wirtschaftskrise. Nach Angaben des Arbeitsministeriums der Inselgruppe hat das Commonwealth zwischen 2020 und 2024 71 Unternehmen verloren – so gab es sieben Schließungen im Jahr 2020, fünf Schließungen im Jahr 2021, 11 Schließungen im Jahr 2022, 24 Schließungen im Jahr 2023 und 24 Schließungen im Jahr 2024, darunter auch traditionsreiche Unternehmen wie die Zeitung „*Saipan Tribune*“ und das Luxushotel „*Hyatt Regency Saipan*“ (das schließlich von MB Corp. gekauft wurde und bald zu einem Sheraton werden soll). (*RNZ Pacific* 28.04.25)

Eisvogel legt erste Eier nach 37 Jahren

Palmyra-Atoll: Mit Hilfe von Naturschützern scheint sich der beinahe ausgestorbene Guam-Eisvogel (*Todiramphus cinnamominus*) auf dem Palmyra-Atoll, einer abgelegenen kreisförmigen Kette von 26 Inseln auf halbem Weg zwischen Hawai'i und Amerika-nisch-Samoa, niederzulassen.

Biologen sind vorsichtig optimistisch, was die Zukunft der Art angeht, nachdem sie am 31. März 2025 Eier in einem Nest entdeckt hatten, das sich etwa 12 Fuß über dem Boden befindet. Sie zeigten sich begeistert über die Entdeckung der Eier:

„Diese Vögel wurden bis letztes Jahr in Gefangenschaft aufgezogen“, erklärte der Biologe Martin Kastner, der mit der *Nature Conservancy* und der *Zoological Society of London* am Wiedersiedlungsprojekt des Guam-Eisvogels arbeitet. „Jetzt gehen sie auf Nahrungssuche, nisten und legen sogar selbständig Eier. Das ist ein unglaublicher Schritt nach vorn“, sagte der Biologe bei der Entdeckung des Eis in einem Eisvogel-nest. Die Eier waren keine völlige Überraschung für Kastner, der im März die erste Paarung von Eisvögeln in freier Wildbahn seit dem Aussterben der Art fotografiert hatte.

Info: Früher war der farbenfrohe Kingfisher auf Guam weit verbreitet. Doch die Einführung der invasiven Braunen Baumnatter, die den einheimischen Tieren der Insel schadete, dezimierte die Art. Die Vögel wurden auf Guam 1988 in freier Wildbahn für ausgestorben erklärt.

Naturschützer konnten 28 Eisvogel einfangen, um eine

Zuchtpopulation in Gefangenschaft aufzubauen und die Art am Leben zu erhalten, bevor sie für immer verschwand.

Im vergangenen September setzten Biologen neun in Gefangenschaft gezüchtete Guam-Eisvögel - fünf Männchen und vier Weibchen - auf dem Palmyra-Atoll aus.

Das Palmyra-Atoll liegt etwa 3.600 Meilen östlich von Guam. Die Biologen wählten diesen Ort aus, weil er vollständig geschützt ist und innerhalb der Grenzen des *Palmyra Atoll National Wildlife Refuge* des U.S. Fish and Wildlife Service und des *Pacific Remote Islands Marine National Monument* liegt. Außerdem wurde das Palmyra-Atoll von invasiven Arten wie Ratten befreit, die den Vögeln zum Opfer fallen könnten.

Langfristig wollen die Biologen bis zu 30 Brutpaare des Kingfisher auf dem Palmyra-Atoll ansiedeln. US-amerikanische Zoos werden weiterhin handaufgezogene Küken auf das Atoll schicken, bis sie dieses Ziel erreicht haben. Weitere neun Eisvögel aus Guam sollen noch in diesem Sommer ein-treffen und im Herbst ausgewildert werden.

Das endgültige Ziel ist es, über das Palmyra-Atoll hinauszugehen und die Art auf Guam wieder anzusiedeln - doch zuerst muss das Problem der invasiven Braunen Baum-schlange gelöst werden.

(<https://www.smithsonianmag.com/art-news/biologists-rejoice-as-extremely-rare-guam-kingfishers-lay-their-first-wild-eggs-in-nearly-40-years-180986481/>,
<https://www.abc.net.au/pacific/programs/pacificbeat/guamkingfisher/105209642>)

Erste Stipendiatin aus Papua-Neuguinea

Papua-Neuguinea: Rebecca Ruga Gima, eine studierte Biologin und Naturschützerin, ist die erste Papua-Neuguineerin, die für das Programm „2025 Young Explorers“ der „*National Geographic Society*“ ausgewählt wurde. Ihre Auswahl ist eine Anerkennung für ihre engagierte Arbeit im Kampf gegen die Wasserknappheit und die Herausforderungen des Naturschutzes in ihrem Land.

Die 25-jährige Gima, deren Eltern aus Neuirland und der Zentralprovinz stammen, gehört zu 15 jungen Menschen aus der ganzen Welt, die in das Umweltschutzprogramm der renommierten Gesellschaft aufgenommen wurden. Im Rahmen des einjährigen Programms wird Gima durch *National Geographic* geschult und betreut. *„Ich habe immer noch vor, den Gemeinden zu helfen, wie ich es bisher getan habe. Ich mache immer noch das, was ich vorher gemacht habe, nämlich Gemeinden bei der Bewältigung des Klimawandels zu helfen und nach nachhaltigen Lösungen zu suchen, um nicht nachhaltige menschliche Praktiken zu bekämpfen und gleichzeitig die Artenvielfalt zu erhalten“*, erklärte die neue Stipendiatin beim Pressegespräch.

Info: Im Rahmen des Young Explorer-Programms der Gesellschaft erhalten Gima und die vierzehn anderen Preisträger*innen einen Geldpreis sowie maßgeschneiderte Schulungen, Mentoring und Zugang zu einem globalen Netzwerk von Gleichgesinnten und Experten.

(<https://news.nationalgeographic.org/>,
Post-Courier 05.06.25)

Königspaar auf Staatsbesuch

Tonga: König Tupou VI. und seine Ehefrau, Königin Nanasipau'u, aus dem Königreich Tonga werden auf Einladung des Oberhauptes des fidschianischen Ältestenrates, Ratu Tevita Uluilakeba Mara, vom 8. bis 12. Juli 2025 zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Fidschi reisen und damit einen Meilenstein in der diplomatischen und kulturellen Zusammenarbeit beider Staaten setzen.

Der Besuch, der vom fidschianischen Kabinett gebilligt wurde, unterstreicht die tief verwurzelten historischen und kulturellen Bindungen zwischen Fidschi und Tonga, insbesondere die langjährigen Beziehungen zwischen den fidschianischen Lau-Inseln und der tongaischen Monarchie.

Ratu Tevita Uluilakeba Mara, eine Schlüsselfigur in der traditionellen Führung Lauas, betonte die Bedeutung des königlichen Besuchs mit den Worten: *„Dies ist ein bedeutsames Ereignis, das unsere gemeinsame Abstammung ehrt und die Einheit zwischen unseren Völkern stärkt“*.

Auf den Lau-Inseln gibt es starke tongaische Einflüsse in der Gesellschaft und Kultur. Auf Lau wird das Königspaar an traditionellen Einweihungsfeiern kultureller Stätten teilnehmen und sich anschließend zu Gesprächen über die Themen Klimawandel, Kulturerhalt und weitere Zusammenarbeit mit dem fidschianischen Präsidenten und Regierungsvertretern treffen. (*Kaniva Tonga* 17.04.25)

Erster Bankautomat mit Schokokuchen eingeweiht

Tuvalu: Mit dem Anschneiden eines großen Schoko-Sahne-Kuchens hat Tuvalu's Premierminister Feleti Teo den ersten automatischen Bankautomaten (ATM) auf Tuvalu eingeweiht.

Jahrelang hatten die rund 12.000 Einwohner*innen des Landes ihre Bankgeschäfte ausschließlich in bar abgewickelt, wobei die Arbeiter*innen an jedem Zahltag lange Schlangen bilden mussten, um ihren Lohn in bar von der Bank abheben zu können.

Der Generaldirektor der *National Bank of Tuvalu*, Siose Teo, sprach von einer *„großen Errungenschaft“* und einer *„transformativen Umstellung“*, auf die man viele Jahre hingearbeitet habe.

Die Menschen hatten sich vor dem ersten Geldautomaten auf der Hauptinsel Funafuti versammelt, um das Ereignis mit einem Schokoladenkuchen zu feiern.

„Der ATM wird definitiv Barrieren überwinden und die Menschen mit modernen und zuverlässigen Bankdienstleistungen vertraut machen“, sagte Nisar Ali von *Pacific Technology Limited*, das an der Entwicklung des Automaten beteiligt war.

Info: Ab sofort gibt es in Tuvalu fünf ATMs und 30 über die Inseln verteilte Kassenterminals in Geschäften für die Bankkunden.

Mit einer Landmasse von nur 26 Quadratkilometern ist das vom Klimawandel bedrohte Tuvalu eines der kleinsten und abgelegensten Länder der Erde.

In einem Briefing der Asiatischen Entwicklungshilfebank aus dem Jahr 2019 wurde der Bankensektor des Landes als *„effektiv unreguliert“* beschrieben. (*BBC News* 16.04.25)

IN MEMORIAM**† Hilda Lini, Politikerin und Journalistin**

Vanuatu: Am 25. Mai 2025 verstarb im Alter von 70 Jahren im Krankenhaus in Port Vila die Politikerin, Anti-Atom-Aktivistin und Journalistin Hilda Lini.

Motarilavao Hilda Lini wurde am 7. September 1954 auf der Insel Pentecost geboren. Sie war Chief der Turaga auf der Insel Pentecost. Einer ihrer Brüder war Walter Lini, der erste Premierminister des unabhängigen Staates Vanuatu von 1980 bis 1991.

Im Alter von 17 Jahren, als sie noch die britische Secondary School besuchte, begann Lini, sich in der *New Hebridean Cultural Association* zu engagieren, der späteren politischen Partei „*Vanua'aku Pati*“. In den Ferien half sie ihrem Bruder Walter Hadye Lini bei der Redaktion der Parteizeitung *Vanua'aku Viewpoints*. 1973/1974 nahm sie an Studentenprotesten teil und ging später in die Landeshauptstadt Port Vila. 1975 gewann die *Vanua'aku Pati* die ersten Wahlen in dem britisch-französischen Kondominium Neue Hebriden. Im Februar 1976 wurde Hilda Lini in Nachfolge ihres Bruders vom Parteikongress zur neuen Redakteurin der *Vanua'aku Viewpoints* gewählt. 1977 wurde sie zudem Koordinatorin des Parteiprogramms zur Mobilisierung der Frauen für die Unabhängigkeitsbewegung. Außerdem half sie beim Jugendprogramm, so organisierte man Demonstrationen für das Wahlrecht ab 18 Jahren.

Ab 1979 studierte Lini Journalismus mit Hilfe eines Stipendiums des *Australian Council of Churches* an der University of Papua New Guinea. Sie schloss das Studium mit einem Bachelor of Arts ab.

1982 suchte die *South Pacific Commission* (SPC) eine Leiterin für ihr Frauenprogramm. Lini war zu dieser Zeit Vizepräsidentin des Nationalen Frauenrates, bei der YWCA, dem Pacific Council of Churches und der Bewegung *Nuclear Free and Independent Pacific* (NFIP). Sie bewarb sich bei der SPC und wurde die erste Vanuatuerin, die eine leitende Stellung bei einer internationalen Organisation erhielt. Sie gründete das *South Pacific Commission Women's Bureau* in Nouméa, der Hauptstadt des französischen Überseegebietes Neukaledonien. Frankreich hatte Schwierigkeiten mit Lini, da sie bereits zuvor die Unabhängigkeitsbewegung Neukaledoniens (ebenso wie jene in Westpapua und Osttimor) unterstützte als auch mit Verve gegen die Atomwaffenversuche im Pazifik kämpfte. Lini blieb bis 1986 im Amt, musste dann aber gehen, nachdem sie bei einem UN-Frauenforum in Nairobi (Kenia) die Forderung nach einem Atomwaffenteststopp in einer Rede offen angesprochen hatte.

Nach ihrer Rückkehr nach Vanuatu wurde Lini im November 1987 als erste Frau in das Parlament von Vanuatu gewählt, sieben Jahre nach der Unabhängigkeit des Inselstaates.

Von 1991 bis 1995 war Lini Ministerin für ländliche Wasserversorgung und Gesundheit. 1993 war sie zudem amtsführende Ministerin für Außenangelegenheiten und Tourismus und von Oktober

bis November 1996 Ministerin für Justiz, Kultur und Frauen. In diesem Amt folgte ihr noch 1996 ihr Bruder nach, der ehemalige Premierminister Walter Hadye Lini. Hilda Lini verließ danach die NUP ihres Bruders und gründete ihre eigene Partei, die *Tu Vanuatu kominiti*. Ein weiterer Bruder aus der Familie Lini, Ham Lini, war von 2004 bis 2008 Premierminister von Vanuatu.

Von 2000 bis 2004 war Hilda Lini Direktorin des *Pacific Concerns Resource Center* (PCRC), des 1980 gegründeten Büros der Bewegung *Nuclear Free and Independent Pacific* (NFIP).

Aufgrund ihres Engagements gegen Nuklearwaffen erhielt Hilda Lini 1993 den *Sean MacBride Peace Prize* und 2005 in Oslo den *Nuclear-Free Future Award*.

Hilda Lini wurde mit einem Staatsbegräbnis unter landesweiter Trauerbeflaggung in Nord-Pentecost beigesetzt. (*Wikipedia, Chatgpt, RNZ Pacific 26.05.25, <https://la1ere.franceinfo.fr/26.05.25>*)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN**Schuldenkrise im Pazifik: Caritas-Kampagne fordert Schuldenerlass**

Papua-Neuguinea/Vatikan: In mehreren Pazifikstaaten spitzt sich die Schuldenlage dramatisch zu. Länder wie Fidschi, Samoa und Papua-Neuguinea stehen unter wachsenden finanziellen Druck. Papua-Neuguinea etwa verzeichnet eine Staatsverschuldung von rund 11 Milliarden Euro. Gleichzeitig lebt ein Großteil der Bevölkerung in Armut, besonders in

abgelegenen Regionen ohne Zugang zu grundlegender Versorgung. Die wirtschaftliche Lage wird zusätzlich durch strukturelle Korruption und Misswirtschaft verschärft.

Als Reaktion auf die globale Schuldenkrise hat *Caritas International* im Rahmen des katholischen Heiligen Jahres 2025 die Kampagne „Turn Debt into Hope“ ins Leben gerufen. Sie setzt sich für den Erlass nicht tragbarer Schulden in Entwicklungsländern ein und fordert eine umfassende Reform des internationalen Finanzsystems. Die Kampagne wird von rund 50 religiösen und zivilgesellschaftlichen Organisationen weltweit unterstützt – bislang jedoch ohne Beteiligung aus Ozeanien.

Internationale Institutionen, wie der Internationale Währungsfonds und die Weltbank, schätzen, dass etwa 60 % der Länder mit niedrigem Einkommen kurz vor der Zahlungsunfähigkeit stehen. Viele dieser Länder geben inzwischen mehr für Schuldzinsen aus als für grundlegende soziale Bereiche wie Gesundheit und Bildung. Gleichzeitig sind die Kreditniveaus für Staaten des globalen Südens deutlich höher als für wohlhabende Länder.

Die Caritas-Initiative zielt darauf ab, die strukturellen Ursachen der Schuldenkrise zu bekämpfen, um künftige Krisen zu vermeiden. Die Petition der Kampagne soll auf wichtigen internationalen Gipfeln vorgestellt werden – darunter der G7-Gipfel in Kanada, der G20-Gipfel in Südafrika und die UN-Klimakonferenz COP30 in Brasilien. Ziel ist es, politischen Druck aufzubauen und konkrete Maßnahmen für den Schuldenerlass und finanzielle Gerechtigkeit zu erreichen.

Hier gibt es Infos zur Kampagne: <https://www.caritas.org/turn-debt-into-hope>.

(Artikel von Noah Schmitz. *Agenzia Fides* 05.04.25)

Papua-Neuguinea erklärt christliche Identität in Verfassungsänderung

Papua-Neuguinea: Die Abgeordneten von Papua-Neuguinea haben mit überwältigender Mehrheit für die Verfassungsänderung gestimmt, mit der die melanesische Nation als christlicher Staat anerkannt werden soll. Bei der Abstimmung im Parlament in Port Moresby am 12. März stimmten 80 Parlamentarier dafür und nur vier dagegen.

Mit der Änderung wird eine Erklärung in die Präambel der Verfassung aufgenommen, in der es heißt: *„Wir anerkennen und erklären Gott, den Vater, Jesus Christus, den Sohn, und den Heiligen Geist als Schöpfer und Erhalter des gesamten Universums und als Quelle unserer Macht und Autorität, die dem Volk und allen Personen innerhalb des geografischen Zuständigkeitsbereichs von Papua-Neuguinea übertragen wurde.“*

Darüber hinaus wird sich das Christentum nun im fünften Ziel der Verfassung widerspiegeln, und die Bibel wird als nationales Symbol anerkannt.

Premierminister James Marape, der sich für die Verfassungsänderung eingesetzt hatte, zeigte sich glücklich mit der Entscheidung: *„Mit dieser Verfassungsänderung wird unser Land endlich als christliches Land anerkannt. Dies spiegelt in höchstem Maße die Rolle wider, die die christlichen Kirchen in unserer Entwicklung als Land*

gespielt haben.“

Gemeinden, Kirchen und zivilgesellschaftliche Gruppen in ganz Papua-Neuguinea waren an den Diskussionen beteiligt und unterstützten die Änderung weitgehend.

„Bei so viel Vielfalt, Sprachen, assoziierten Kulturen und Stammeszugehörigkeiten kann niemand die Tatsache bestreiten, dass die christlichen Kirchen die Einheit und das Zusammengehörigkeitsgefühl unseres Landes verankert haben“, erklärte der Premier.

Marape stellte auch klar, dass die Verfassungsänderung die Rechte von Personen, die andere Religionen ausüben, nicht beeinträchtigt. Abschnitt 45 der Verfassung von PNG, der die Gewissens-, Gedanken- und Religionsfreiheit schützt, bleibt unangetastet.

(*RNZ Pacific* 13.03.25,

<https://www.thepngsun.com/png-parliament-declares-nations-christian-identity/>)

Erster Heiliger aus Papua-Neuguinea

Papua-Neuguinea: Noch vor seinem Tod und unmittelbar nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus nach einer langwierigen Lungenentzündung hat Papst Franziskus als Folge auf seine Pazifikreise im letzten Herbst den katholischen Märtyrer Peter ToRot heiliggesprochen. Papst Franziskus genehmigte die Heiligsprechung von Peter ToRot nach einer Abstimmung der Kardinäle und Bischöfe im Vatikan.

Tomas Ravaioli, ein argentinischer Missionar in Papua-Neuguinea, hatte Jahre damit verbracht, die für die Anerkennung von Peter ToRot als Heiliger erforderlichen Unterlagen zu sammeln.

Pater Ravaioli traf Papst Franziskus, als dieser im September letzten Jahres auf einer großen Asien-Pazifik-Tournee auch PNG besuchte.

Info: Der am 5. März 1912 im Dorf Rakunai auf der Insel Ost-Neubritannien als Sohn des Dorfvorstehers Angelo To Puia geborene Peter ToRot leitete während der japanischen Besatzung im Zweiten Weltkrieg eine katholische Missionsstation. Der Katechet war verheiratet und hatte eigene Kinder. Er lehnte die Polygamie ab und setzte sich lautstark für die Ehe ein. Seine Ansichten brachten ihn einigen Aufzeichnungen zufolge in Schwierigkeiten, als die Japaner die Polygamie legalisierten und versuchten, Beziehungen zu den Einheimischen in Papua-Neuguinea aufzubauen. ToRot wurde als „Antagonist“ verhaftet und 1945 in einem japanischen Gefängnis festgehalten und dort auch im Juli 1945 getötet, vermutlich mit einer Giftspritze.

1995 war Peter ToRot bereits vom damaligen Papst Johannes Paul II. während seines Besuchs in Papua-Neuguinea seliggesprochen worden. Seitdem gab es die Bemühungen um eine Heiligsprechung.

Der katholische Erzbischof Rochus Tatamai aus der Diözese Rabaul (Neubritannien) begrüßte die Heiligsprechung und sagte, nun hätte auch Papua-Neuguinea endlich seinen ersten offiziellen Heiligen.

(<https://www.vaticannews.va/en/pope/news/2025-03/pope-francis-saints-decrees-peter-to-rot-malayan.html>, ABC News 01.04.25)

Kirchen fordern eine christliche Nation

Cook-Inseln: Nach der Entdeckung einer bisher im Geheimen operierenden islamischen Moschee Ende letzten Jahres in der Hauptstadt Rarotonga drängen die Kirchen auf den Cook-Inseln darauf, dass das Land zu einer christlichen Nation erklärt wird. Das fordert u.a. William Framhein, Interimssekretär der „Christlichen Bewegung der Cook-Inseln“.

Ein „Sonderausschuss für religiöse Organisationen“ wurde dafür von der Christlichen Kirche der Cook-Inseln initiiert. Er hat eine Verfassungsänderung vorgeschlagen, um die Cook-Inseln als christliche Nation anzuerkennen, „mit dem Schutz und der Förderung des christlichen Glaubens als Grundlage für die Gesetze und die Regierung des Landes“.

Die Oppositionsführerin der Cook-Inseln, Tina Browne, sagte, der Vorschlag stehe im Widerspruch zu Artikel 64 der Verfassung, der die Religionsfreiheit garantiert. (RNZ Pacific 06.03.25)

Erster einheimischer Erzbischof für Nouméa, Wallis und Futuna und Vanuatu

Neukaledonien: Monsignore Sunitino Sionépoé (60) aus Wallis und Futuna wurde am 12. April offiziell zum neuen katholischen Erzbischof von Nouméa, Wallis und Futuna und Vanuatu ernannt. Er ist Nachfolger von Monsignore Michel-Marie Calvet (81), der das Amt seit 1981 innehatte.

Die Antrittsmesse von Monsignore Sionepoe fand in der

Kathedrale Saint-Joseph in Nouméa (Neukaledonien) vor Tausenden von Katholik*innen statt, von denen einige sogar aus Neuseeland angereist waren, wo der Nuntius des Vatikans für die gesamte Region Ozeanien, Monsignore Gábor Pinter aus Wellington, seinen Amtssitz hat.

Am Hochamt nahmen auch 11 Bischöfe aus der Region teil, darunter die Bischöfe aus Guam, Pape'ete, Port Vila, Kiribati und Wallis und Futuna.

Der 60-jährige Sionepoe, der am 15. Januar 2025 von Papst Franziskus in sein Amt eingeführt worden war, wurde bei der liturgischen Einführung in der Kathedrale von Muscheln und Trommeln der Insel Lifou sowie von traditionellen Gesängen und Tänzen seiner Heimatinsel Wallis-et-Futuna begleitet. In seiner Antrittspredigt appellierte der neue Erzbischof an alle Katholik*innen, „Handwerker des Friedens“ zu bleiben.

Info: Der aus Wallis und Futuna stammende Monsignore Sionepoe wurde 1993 zum Priester geweiht und 1998 zum Bischof von Wallis ernannt. Im Laufe seiner Karriere hat er auch in Tonga, im Norden Neukaledoniens und auf den Fidschi-Inseln gewirkt. Er ist Mitglied der Ordensgemeinschaft der Maristen. (RNZ Pacific 17.04.25, Wikipedia)

IN EIGENER SACHE

Aufruf und Bitte um Mithilfe

Erinnerungskulturelle Brücken zwischen Deutschland und dem Pazifik - Förderung der deutsch-pazifischen Beziehungen im 21. Jahrhundert durch Interkulturelle Verständigung

Liebe Freundinnen und Freunde des Pazifiks, mein Name ist Moritz Pöllath und ich lehre an der LMU (München) Geschichte. Einer meiner Schwerpunkte ist die Geschichte des Pazifiks. Glücklicherweise fördert das Auswärtige Amt zwei Feldforschungen, bei denen ich mich der Erinnerungskultur über und im Pazifik an die gemeinsame deutsch-pazifische Geschichte widmen kann. Das übergeordnete Ziel ist es, Brücken zwischen unserem Land und den ehemaligen deutschen Kolonien im Pazifik zu bauen - auf zivilgesellschaftlicher Ebene und aus einer erinnerungskulturellen Fragestellung heraus.

Geplant sind drei Etappen, die ich hier nur in Kürze ausführe:

1. Kontakt und individuelle Treffen mit Mitgliedern der Diaspora der Pacific Islanders in Deutschland: gleich ob in dritter, zweiter oder erster Generation. Ich möchte gerne über das individuelle Geschichtsbewusstsein arbeiten (u. a. wie wird an die Kolonialzeit erinnert? Wie wurde die Vermittlung von deutscher oder pazifischer Geschichte in der Schule oder Gesellschaft wahrgenommen?).

2. Feldstudien im Pazifik. Dazu werde ich mit Lehrkräften und Akteuren der Bildungsministerien

Interviews vor Ort führen.

3. Auswertung und Abschlussveranstaltung in Deutschland: Vorschläge für eine globale Lehrkraftausbildung basierend auf den Interviews oder wie kommt der Pazifik in den Geschichtsunterricht?

Insbesondere für den ersten Schritt bin ich auf Mithilfe von Ihnen und Euch angewiesen. Wer kann sich vorstellen, mit mir über diese Fragen zu sprechen? Wer kennt Pacific Islander in Deutschland, die bereit wären, mit mir zu reden? Ich plane, diese offenen Gespräche über unsere gemeinsame oder geteilte Erinnerungskultur entweder privat zu führen und die Interviewpartner am Wohnort zu besuchen oder per Telefon/Zoom zu interviewen. Ratschläge und Kontakte für meinen zweiten Schritt nehme ich auch immer entgegen. Bitte zögert nicht, mich anzuschreiben: E-Mail: Moritz.Poellath@lrz.uni-muenchen.de

Ich sehe in den Gesprächen eine echte Chance, die Verbindungen in den Pazifik sichtbar zu machen und diese in die zukünftige Ausrichtung des Geschichtsunterrichts in Deutschland einzubringen - denn immer noch verschwindet das größte Meer der Welt im Geschichtsbewusstsein und damit in der Bedeutung vieler unserer Mitbürger*innen.

Herzliche Grüße und schreibt auch, wenn Ihr Nachfragen habt oder nur vage Ideen. Jeder Tipp oder jede Idee kann helfen!

Moritz

(PD Dr. Moritz Pöllath, Akademischer Oberrat)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Redaktionelle Mitarbeit: Noah Schmitz

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.

Evangelische Bank
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

ABC • Australien Info • Contemporary Pacific • Cook Islands News • Fiji Times • Loop Pacific • National • Neuseeland Info • Noovell • Pacific Islands Business • PNG Mine Watch • Pacific Beat • Pacific Daily News • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand International • Solomon Islands Broadcasting • Association • Tahiti Info • Wantok • Westpapua Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE



und
Mission
EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de